

NORDENSTADT-NACHRICHTEN

6. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Januar/Februar 1982

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Aufstellung und Erweiterung von Bebauungsplänen

Um einen "Wildwuchs" in Zukunft zu beschneiden, hat die SPD-Fraktion im Ortsbeirat einen Antrag eingebracht, der den Magistrat der Stadt Wiesbaden auffordert, für die Gebiete Ortskern, Wallauer Weg und Hunsrückstraße im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklung Bebauungspläne aufzustellen. In der Begründung zu diesem Antrag heißt es:

"Die geordnete städtebauliche Entwicklung im Bereich der bisher noch nicht von Bebauungsplänen erfaßten Gebieten ist gefährdet. Eine immer stärker zunehmende Hinterhofbebauung bringt die Gefahr mit sich, daß die Ziele der Bauleitplanung auf Jahrzehnte hinaus nicht mehr zu verwirklichen sind. In den Neubaugebieten regeln umfangreiche Bestimmungen die Bebauung. In den erhaltenswerten Ortskerngebieten ist die Bebauung der freien Entscheidung der Verwaltung überlassen. Einzelne Bauvorhaben werden isoliert geprüft und genehmigt. Dies ist nicht den öffentlichen Belangen dienlich. Es wird deshalb für notwendig erachtet, die geordnete städtebauliche Entwicklung und Erhaltung der erforderlichen Freiflächen durch die Aufstellung von Bebauungsplänen zu sichern. Bis zur Rechtskraft soll eine Veränderungssperre sicherstellen, daß diesen Zielen nicht entgegengewirkt wird. In begründeten Einzelfällen kann durch den

Magistrat im Einvernehmen mit dem Ortsbeirat Befreiung erteilt werden."

Daß wir hierbei beabsichtigen, die Wünsche der Anlieger in die Planung miteinzubeziehen, halten wir für selbstverständlich. Außerdem muß nach unseren Vorstellungen auch weiterhin eine möglichst individuelle Bauart möglich sein.

Der Bebauungsplan "Ortskern" soll den räumlichen Geltungsbereich Turmstraße, nördlicher Teil der Stolberger Straße, Oberpfortstraße, Friedhofstraße, Heerstraße, Junkerstraße, Rüsselgasse und Eichendorffweg umfassen. Er soll sich zum Ziel setzen, den Charakter des alten Nordenstadt zu bewahren, die Wohnqualität zu verbessern bzw. zu erhalten, ohne dabei die bislang landwirtschaftliche und gewerbliche Nutzung zu beeinträchtigen.

Im Fall "Wallauer Weg" handelt es sich um eine Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 6, der zusätzlich noch die nicht-erfaßten Gebiete nördlich des Wallauer Weges aufnehmen soll. Zum Geltungsbereich "Hunsrückstraße" gehört der südliche Teil der Stolberger Straße, der Grabenweg, Geisbergweg und der südliche Teil der Hunsrückstraße.

HPSch

Geschlossen gegen zwei Fronten

Die hessischen Sozialdemokraten im Jahr der Landtagswahl

In diesen Wochen beginnt in Hessen der count-down für die Landtagswahl 1982. Anlaß genug, die Vorbereitungen der Gegner zu werten und die Situation der SPD einige Monate vor Beginn der Wahlkampf-Schlußphase darzustellen; denn das Land wird über seine Grenzen hinaus genauso wie bei der letzten Wahl im Jahre 1978 auch diesmal mehr und mehr die Schlagzeilen bestimmen.

Die personelle Ausgangslage verändert sich nicht. Dem SPD-Landesvorsitzenden und Ministerpräsidenten Holger Börner will wieder Alfred Dregger entgegen treten, nach wie vor Rechtsaußen der Union und ununterbrochener Verlierer gegen die sozialdemokratischen Spitzenkandidaten seit 1969. Die Tatsache, daß Dregger alle vom Kohl-Flügel ihm unterbreiteten "Stellenanhebungen" (EG-Kommissar in Brüssel und Bundestagsvizepräsident) ausgeschlagen und sich erneut für die Anti-Börner Kandidatur entschieden hat, macht einige Fakten wieder einmal deutlich, die in Hessen bereits in Vergessenheit zu geraten drohen:

- die CDU steht noch immer hinter dem rechtskonservativen Kurs ihres Landesvorsitzenden;
- trotz Schälmeienklängen gegenüber den Freien Demokraten, die an heuchlerischer Süße gewiß noch zunehmen werden, bedeutet das in Fragen der Rechts-, Sicherheits- und Bildungspolitik für den Wahlkampf die Fortsetzung des "Glaubenskrieges" gegen Liberalität und geistige Unabhängigkeit;
- Walter Wallmann, der bei den letzten Kommunalwahlen erfolgreiche Frankfurter Oberbürgermeister und Stellvertreter Dreggers im Landesvorstand hält sich bedeckt, offenbar ganz froh darüber, daß er sich dem Risiko einer Kandidatur gegen den bei der hessischen Bevölkerung in hohem Ansehen stehenden Ministerpräsidenten nicht aussetzen muß. Denn eine Niederlage würde sowohl den Frankfurter Wahlsieg-Lack abblättern, als auch die Wünsche für höhere Ämter als unrealistisch erscheinen lassen. ▶

„Wir wünschen unseren Lesern ein gesundes und erfolgreiches Jahr 1982“

Interessengleichheit zwischen CDU und Grünen

Alarmierend ist, wie ungeniert die CDU in Hessen auf die Interessengleichheit zwischen ihr und den Grünen hinweist. Natürlich kennt auch die CDU das vertrauliche Strategiepapier der Grünen zum Volksbegehren gegen den Flughafen-ausbau in Hessen, in dem unverhohlen zum Ausdruck kommt, daß das Volksbegehren eigentlich in erster Linie Instrument für ganz andere Ziele sein soll. Aus der Mobilisierung für ein Volksbegehren soll die Infrastruktur für eine neue Partei geschaffen werden, die sich mit Erfolg an den Landtagswahlen in diesem Jahr beteiligen könnte. Dregger hofft auf Erfolg in diesem Zweifronten-Wahlkampf gegen die SPD, und jeder Sozialdemokrat, der das Volksbegehren - aus welchen Gründen auch immer - unterstützt, muß wissen, daß er damit objektiv Alfred Dreggers Strategie, an die Macht zu gelangen, entgegenkommt. Schon heute melden sich in unserem Land mehr und mehr Scharfmacher zu Wort. Gegen führende Sozialdemokraten nimmt die Hetze zu. Die gleichen Gruppen schrecken vor der Aufforderung zu Gewalt gegen die Verwirklichung demokratisch zustandegekommener Entscheidungen nicht zurück, und in der Bevölkerung wachsen Befürchtungen, daß aus scharfmacherischen Worten gegen Personen leicht Untaten gegen den Rechtsstaat werden können.

Innerparteiliche Geschlossenheit unerlässlich

Seit 1946 haben die Bürger Hessens immer wieder Vertrauen in die politische Kraft der SPD investiert. Die Entwicklung zur Volkspartei hat aus diesem Land wesentliche Impulse empfangen. Wie sie sich 1982 entscheiden werden, wird deshalb davon abhängen, ob die Signale des Landesparteitages vom Juni 81 als Motor und Richtschnur für den Wahlkampf übernommen werden: Verantwortung für Hessen, offen diskutieren, aber geschlossen handeln!



Insbesondere an alle Funktionsträger in der SPD werden deshalb in diesen Wochen hohe Anforderungen gestellt, was politisches Fingerspitzengefühl und innerparteiliche Solidarität angeht. Es ist ein Problem, daß es in der SPD nach wie vor Menschen gibt, die meinen, "ihre Wahrheit" absolut als die einzig richtige Wahrheit setzen zu können und dabei auch der Gefahr unterliegen, Fraktionen sogar in Vorständen zu bilden. Die CDU und die Grünen warten nur auf solche Entwicklungen! Beide haben gemeinsam das Ziel, Berliner Verhältnisse auf Hessen zu übertragen. Das jedoch würde bedeuten, daß die Union eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat erhält und damit ihrem Hauptziel sehr nah gekommen wäre: Die Sozialdemokraten aus der bundespolitischen Verantwortung zu drängen. Und so wird, genauso wie schon 1978, die Landtagswahl in Hessen auch zu einem Bonner Termin.

Horst Winterstein
Vorsitzender der SPD-
Landtagsfraktion

Eine neue Rektorin an unserer Grundschule

Im Oktober 1981 war es soweit: Frau Gabriele BOTHE-SCHEFFLER trat ihren Dienst als Leiterin der Grundschule Nordenstadt an. Anlaß genug für die NORDENSTADT NACHRICHTEN mit Frau Bothe-Scheffler zu sprechen. In diesem Gespräch stellte sie heraus, daß sie, mit dem notwendigen Rüstzeug versehen - Ausbildung und Tätigkeiten als Lehrerin und Konrektorin an anderen Wiesbadener Schulen - bereits jetzt ganz konkrete Schwerpunkte ihrer künftigen Arbeit nennen konnte.

Insbesondere betrifft dies die intensive und notwendige Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule. Diese sollen sich doch ergänzen. Eltern müssen nicht das Gefühl haben, sich der Institution Schule ausgeliefert zu fühlen. Hier kann auch der Elternbeirat eingreifen und vermitteln, neben dem persönlichen Gespräch zwischen Eltern und Schule. Niemals darf jedoch vergessen werden, daß das Kind im Mittelpunkt steht.

Die Grundschule ist - so Frau Bothe-Scheffler - im wesentlichen der Ort, an dem alle Kinder zusammentreffen, und zwar mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen, aus den verschiedensten Elternhäusern. Die Kinder sollen in der Schule nicht nur den Lehrstoff, der ihnen durch den Lehrer vermittelt wird, begreifen, sondern auch voneinander lernen. Darin besteht schließlich die Chance, daß man Verständnis und Hilfsbereitschaft dem anderen gegenüber entwickelt und dadurch eine Atmosphäre des gegenseitigen Vertrauens schafft. Das betrifft natürlich auch den Lehrer. Er muß jedes einzelne Kind beobachten, seine Schwächen und Stärken erkennen. Leistungsschwächere Kinder können in der Grundschule Nordenstadt Förderkurse besuchen. Wie Frau Bothe-Scheffler erläuterte, sei es besonders wichtig, die Eltern miteinzubeziehen, wenn ein Kind Förderung und zusätzliche Unterstützung benötigt. Letztere darf nicht auf die Schule beschränkt bleiben.

Im übrigen befürwortet die neue Schulleiterin besonders die "freie Arbeit". Sie beinhaltet eine individuelle Differenzierung des Lehrstoffes, der in kleineren "Portionen" vermittelt wird. Das hat zur Folge, daß das Kind stundenmäßig gesehen länger in der Schule verbleibt, jedoch wird das Lernen aufgelockert durch Spiele und dergleichen, durch ein gezieltes Eingehen auf das Kind. Das Gelernte kann besser verarbeitet werden, zumal immer wieder die Motivation und das Interesse des Kindes berücksichtigt werde.

Frau Bothe-Scheffler ist der Ansicht, daß die Tendenz im Bereich der Grundschularbeit immer mehr in die Richtung geht, daß es nicht so entscheidend sei, wann ein Lernziel und wie es erreicht werde. Dementsprechend sei auch die Form der Beurteilung - in der Leistungen nur beschrieben statt benotet werden - als Zeugnis gerade für die ersten Klassen gut geeignet.

Zum Schluß des Gesprächs äußerte sich Frau Bothe-Scheffler noch zum Neubau der Grundschule. Sie begrüßte die Raumaufteilung und die nun ausreichende Zahl von Klassenräumen. Insbesondere von Vorteil für die pädagogische Arbeit seien die Gruppenräume, die jeweils von zwei Parallelklassen genutzt werden können.

Die NORDENSTADT NACHRICHTEN wünschen Frau Bothe-Scheffler für ihre künftige Arbeit alles Gute und viel Erfolg!

A.S.

Sprechstunden der NORDENSTADT-NACHRICHTEN

Seit November 1981 bietet die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN einen besonderen Service an. Im Rahmen der eingeführten Sprechstunden, die an jedem ersten Dienstag im Monat im Sitzungszimmer (1. Stock) des Gemeindezentrums abgehalten werden, können sich Nordenstadts Bürger mit Fragen aber auch mit Anregungen an uns wenden. Soweit es im Rahmen unserer Möglichkeiten liegt, sind wir auch gern im Umgang mit der oft schwer verständlichen Behördenbürokratie behilflich. Zumindest am ersten Abend unserer Sprechstunde haben die Bürger Nordenstadts zahlreich von unserem Angebot Gebrauch gemacht. Daß es beim zweiten Mal zu keinen Besuchen kam, mag wohl daran gelegen haben, daß der Termin in Vergessenheit geraten war. Hier also unsere nächsten Sprechstunden: jeweils Dienstag 5. Januar, 2. Februar, 2. März 1982, in der Zeit von 18 bis 19 Uhr.

Die Redaktion

Dritte-Welt-Laden in Hochheim

Was ist ein Dritte-Welt-Laden? Am Anfang stand eine Idee: die Mittel zur Unterstützung einer Kindertagesstätte in Brasilien aufzubringen. Die Initiatoren sind zwei zurückgekehrte Entwicklungshelfer, die am Aufbau der Tagesstätte mitgewirkt hatten und wußten, was da noch alles fehlte. Der Laden sollte die Möglichkeit bieten, zu Geld zu kommen. Und diese Idee kam an!

All das an Kunst-, Gebrauchs- und Verbrauchsartikeln, was ein Basar in den Entwicklungsländern so zu bieten hat, wird auch hier zum Verkauf angeboten. Der Laden hat Freunde gefunden. Eine Aktionsgruppe gründete sich; zwischenzeitlich wurde sie zum eingetragenen Verein. Es werden neben Kaffee aus Mittelamerika, hölzerne Elefanten aus Afrika und exotische Gewürze aus Asien angeboten. Bei einer Tasse Tee kann der Interessierte diskutieren und erfragen, was ihm an der Beziehung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern unverständlich oder problematisch erscheint.

Eine Leihbibliothek mit einschlägiger Literatur ist im Entstehen. Die Idee strahlt aus. Interessierte Gruppen, die ähnliche Begegnungs- und Informationsstätten planen, haben Kontakte aufgenommen. Ein wirklich nachahmenswerte Einrichtung, die da vor unserer Haustür entstanden ist.

E.Sp.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtl. verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
ETK-Spiekermann, Wacholderweg 5
Werner Wahler, Pommernstraße 4
Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14



FALKEN-Kindergruppe in Nordenstadt

Nach den Herbstferien 1981 traf sich die Falken-Gruppe in Nordenstadt zur ersten Gruppenstunde. Im Gruppenraum der Taunushalle haben wir - vorläufig - einen Raum gefunden. Warum vorläufig? Nun, von anfänglich 10 Kindern ist die Gruppe rasch auf über 25 Kinder angewachsen.

In der letzten Zeit wurde vor allem gebastelt: Weihnachtsbaumschmuck, wie auch eine Rübenlaterne. Schnitzeljagden und Versteckspiele rund um die Taunushalle bringen Abwechslung.

Und wie denken wir uns die Gruppenarbeit in Zukunft? Das Spielen steht für die Kinder wohl immer im Mittelpunkt. Gemeinsames Lesen von Büchern haben wir uns vorgenommen, auch weitere Bastelarbeiten. Wir wollen aber auch die Kinder als Gesprächspartner ernst nehmen, mit ihnen über Themen sprechen, die sie an uns herantragen, die sie betreffen.

Wenn die Jahreszeit es in den nächsten Monaten wieder zuläßt, werden wir Ausflüge machen. Und, und ja, eigentlich nehmen wir an, daß die Kinder selbst mit Vorschlägen kommen, denn sie sollen nicht Konsumenten einer Jugendgruppe sein, sondern aktive Mitglieder.

Zur Erinnerung: die Falken-Gruppe trifft sich freitags von 15,30 bis 18,00 Uhr im Gruppenraum der Taunushalle. Alle Kinder von 6 bis 12 Jahren sind eingeladen. Jugendliche, die Interesse an der Jugendarbeit allgemein haben und sich für eine Mitarbeit in unserem Team interessieren, sind uns willkommen. Zu einer ersten Kontaktaufnahme steht dafür Renate Giebel, Tel. 13219, zur Verfügung.

G.J.

Fehlentscheidung!

Der Weg von Nordenstadt zum Hauptbahnhof mit den ESWE-Bussen ist mit zeitraubendem Umsteigen verbunden. Dies ist für viele sicher ein Hinderungsgrund, vom Auto auf öffentliche Nahverkehrsmittel umzusteigen, obwohl die Anbindung Wiesbadens an den FVV günstige Voraussetzungen dafür böte.

Im Wahlprogramm der SPD Nordenstadt wurde die Anbindung einer Buslinie an den Hauptbahnhof festgeschrieben. Von der CDU-Fraktion im Nordenstadter Ortsbeirat kam zwischenzeitlich der konkrete Vorschlag, die Linie 45 über den Hauptbahnhof zu leiten. Dieser Antrag wurde auch von der SPD-Fraktion unterstützt.

Der Beschluß des Ortsbeirates wurde von der ESWE zum Anlaß genommen, eine Stichprobenbefragung in der Linie 45 durchzuführen. Wie gar nicht anders zu erwarten, ergab diese Befragung, daß das Interesse der Fahrtteilnehmer zum Hauptbahnhof zu gelangen, nur gering war. Die ESWE hielt deshalb eine Busanbindung an den Hauptbahnhof für nicht erforderlich.

Um die Methode zu erläutern: Was glauben Sie, wird das Ergebnis einer Umfrage sein, wenn Sie im Zug nach München sitzend gefragt werden, ob es nicht sinnvoller wäre, daß dieser Zug nach Hannover führe?

Frohe Stunden für Nordenstadt's Senioren

Seit 1976 veranstaltet die SPD Nordenstadt alljährlich am ersten Wochenende im Dezember ihren Adventsseniorennachmittag. So auch im vergangenen Jahr am 5. Dezember.

Nordenstadt's SPD-Vorsitzender, Paul Hüllenhütter, begrüßte die 150 Teilnehmer, brachte seine Freude über den zahlreichen Besuch und die zunehmende Beliebtheit dieser Veranstaltung zum Ausdruck und wünschte den anwesenden Senioren ein paar fröhliche, unterhaltsam besinnliche Stunden. Er betonte, daß auch der SPD-Ortsverein sparen müsse, aber man dies nicht bei dieser traditionsreichen Veranstaltung für eine Bevölkerungsgruppe tun wolle, der wir vieles zu verdanken haben. Hüllenhütter bedankte sich bei der Ortsverwaltung und dem Verwaltungs-

dem sozialen Frieden und dem Weltfrieden in unserer schweren wirtschaftlichen und weltpolitischen Lage. Das Wort "Frieden", nichts ungewöhnliches in der Adventszeit, ging wie ein Leitfaden durch die sich anschließenden Ansprachen des SPD-Fraktionsvorsitzenden im Hessischen Landtag, Horst Winterstein, und des SPD-Bundestagsabgeordneten, Rudi Schmitt. Schmitt ließ es sich nicht nehmen, am Ende seiner Ausführungen, während der er auch über die Rentenerhöhungen zum 1.1.82 und die geplanten Änderungen in der Rentenversicherung sprach, ein Weihnachtsgedicht von Eichendorff vorzutragen. Hierdurch angeregt verlas eine Seniorin ein Gedicht, das sie in den Kriegswirren des Jahres 1943 selbst verfaßt hatte.



GEORG BUCH bei seiner kurzen Ansprache während des Adventsseniorennachmittages der SPD-Nordenstadt

stellenleiter, Herrn Schindler, daß man es möglich gemacht hatte, einen geschmückten Weihnachtsbaum im Gemeindesaal aufzustellen, obwohl die Stadt die Mittel hierfür gestrichen hat. Auch diesmal mundete Nordenstadt's Senioren Kaffee, ofenfrischer Kuchen und Wein, der von fleißigen Händen der SPD-Mitglieder serviert wurde. Nachdenkliche Ruhe kehrte ein, als Wiesbaden's ehemaliger Oberbürgermeister und frühere Landtagspräsident Georg Buch zu den Anwesenden sprach. Buch, allen wohl bekannt, sprach u.a. vom höchsten Gut der Menschheit, dem Begriff des "Friedens",

Einen erheblichen Anteil am Gelingen dieser Feier hatten die Einlagen der Nordenstadter Kindergruppe "Die Falken" (NORDENSTADT NACHRICHTEN berichtete in seiner letzten Ausgabe über diese Neugründung). Mit ihren Gedichtsvorträgen, Blockflötenspiel, Gesang und Tanz erfreuten sie die Herzen der Senioren. Wen wundert es, daß die am Schluß von den Falken auf einem kleinen Basar verkauften selbstgebastelten Dingen, wie Christbaumschmuck und Kerzenhalter aus Salzteig, oder selbstgebastelte Weihnachtskarten, reißenden Absatz fanden. Ohne Zweifel war dies eine gelungene Veranstaltung! W.Sp.

Eine weitere Überraschung bescherte uns die ESWE mit ihrem Aufsichtsratsbeschluß, den Busverkehr zum Frankfurter Flughafen einzustellen. Wie kam es zu dieser Entscheidung? Mit Einführung der S-Bahn wurde eine Zusanbindung vom Wiesbadener Hauptbahnhof zum Flughafen Frankfurt erreicht. Zwangsläufig damit verbunden sank die Auslastung der Buslinie. Sie wurde unwirtschaftlich.

und Wallau einzurichten. Statt einer Erprobung, ob mit den neuen zusätzlichen Fahrtteilnehmern die Wirtschaftlichkeit wieder gesichert werden könnte, wurde dieser unverständliche Beschluß gefaßt.

Die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN möchte sich für die Verbesserung der Busanbindungen engagieren. Wir haben uns deshalb überlegt, eine solche Forderung mit einer Befragung der Nordenstadter Bevölkerung zu untermauern.

Die ESWE Verkehrsbetriebe ignorieren jedoch seit Jahren das Bedürfnis vieler Nordenstadter, Delkenheimer und Wallauer, Haltestellen in Nordenstadt

Bitte verwenden Sie den untenstehenden Abschnitt, um uns Ihre Meinung zu sagen.

- Ich bin für eine verbesserte Busanbindung zum Hauptbahnhof
- Ich bin für die Weiterbetrieung des Linienbusses zum Flughafen Frankfurt mit Haltestelle in Nordenstadt
- Die Verkehrsanbindung sollte in Richtung verbessert werden.

Name

Anschrift

Bitte stellen Sie Ihre Antwort einem der Redaktionsmitglieder (siehe Impressum) zu.



Aus dem Ortsbeirat



Die Finanzen spielten auch in der letzten Sitzung des Ortsbeirates im Dezember 1981 wieder eine große Rolle. Wären die Mittel vorhanden, hätte der Fuß- und Radweg vom Geisbergweg bis zum Wallauer Weg gebaut werden können und auch die geplante Grünfläche im Bereich des Gemeindezentrums brauchte nicht auf unabsehbare Zeit eine von Unkraut überwucherte Schutthalde zu bleiben. Der Radweg fiel dem Rotstift zum Opfer, die Grünfläche kann wohl nur in kleinen Schritten entstehen. Damit muß man sich wohl abfinden! Nicht abfinden sollte man sich damit, daß der Eingliederungsvertrag immer dann von der Stadt Wiesbaden ignoriert wird, wenn dies den Interessen der Stadtväter entgegenkommt. So muß man mit Recht bezweifeln, ob auf Dauer die Bürgernähe einer schrittweisen Zentralisierung weichen muß. Und so faßte der Ortsbeirat einstimmig den Beschluß, daß die im Eingliederungsvertrag festgelegten Aufgaben der Ortsverwaltung nicht zur Disposition stehen dürfen. Der Magistrat wurde aufgefordert, sämtliche Diskussionen über eine Übertragung von Aufgaben der Ortsverwaltung an Fachämter abzuschließen.

Erneut befaßte sich der Ortsbeirat mit der Verwendung des städtischen Hauses am Geisbergweg. Nach wie vor ist die neugegründete Jugendgruppe "Die Falken" an einer Anmietung des Hauses interessiert. Ich meine, daß die Einwände gegen einen schnellen Verkauf durchaus gerechtfertigt sind! Bietet sich doch hier eine Gelegenheit, eines der wenigen zur Disposition stehenden städtischen Anwesen der Allgemeinheit zugänglich zu machen und die Jugendarbeit in unserem Stadtteil zu unterstützen. Der Jugendgruppe geht es wie der Stadtkasse: beiden steht nicht viel Geld zur Verfügung. Da fand ich den Vorschlag schon ganz gut, den "Falken" bis zum 28. Februar 1982 eine Frist einzuräumen, mit den städtischen Ämtern zu verhandeln. Dies wurde einstimmig beschlossen.

Elke Spiekermann

TERMINE · TERMINE · TERMINE · TERMINE · TERMINE

- | | |
|---|---|
| <p>15. Januar 1982
Jahreshauptversammlung Freiwillige Feuerwehr (Gemeindezentrum)</p> <p>21. Januar 1982
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr (Gemeindezentrum)</p> <p>23. Januar 1982
Gr. Fremdensitzung CBNV (Taunushalle)</p> <p>30. Januar 1982
Maskenball MGW (Taunushalle)</p> <p>06. Februar 1982
Maskenball MVN (Taunushalle)</p> | <p>13. Februar 1982
Maskenball KZV (Taunushalle)</p> <p>20. Februar 1982
Maskenball Freiwillige Feuerwehr (Taunushalle)</p> <p>22. Februar 1982
Maskenball TUS (Taunushalle)</p> <p>23. Februar 1982
Begrabung der Fastnacht CBNV (Gutenbergstube)</p> <p>26. Februar 1982
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr (Gemeindezentrum)</p> |
|---|---|

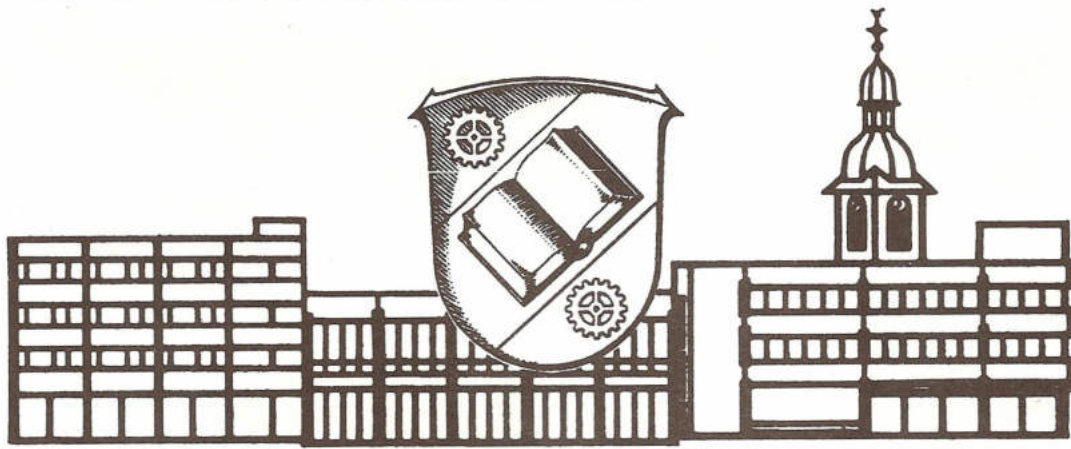
Die neue Kindertagesstätte in Nordenstadt

Die Kindertagesstätte II an der Heerstraße hat vor einigen Monaten endlich ihre Pforten geöffnet und damit die langen Wartelisten der für einen Kindergartenplatz gemeldeten Kinder etwas schrumpfen lassen. Betreut werden in dieser neuen Kindertagesstätte etwa 100 Kinder, davon 80 im Kindergartenbereich - in der grünen, roten und braunen Gruppe, wie in der Vorschulgruppe - und der Rest im Kinderhort. Ein reichhaltiges Angebot, wie Kochkurs, Möglichkeiten zum Färben und Drucken, Rhythmikkurs, Ton- und Gipsarbeiten, wird in der hervorragend ausgestatteten Tagesstätte von den neun pädagogischen Mitarbeitern unterbreitet. Dennoch fehlt es auch hier noch an einigen Dingen, die man evtl.

aus dem Erlös des Weihnachtsbasars, der im Dezember im Rahmen eines "Tags der offenen Tür" veranstaltet wurde, vonseiten des Elternbeirats noch anschaffen kann. So sollen auch z.B. für die Hortkinder, die zum großen Teil erst nach der Schule kommen, die Räume noch gemütlicher gestaltet werden. Ideen werden da noch gesammelt. Ebenso auch "olle" Klamotten zum Verkleiden und Theaterspielen. Alles in allem hat sich die Kindertagesstätte nach den üblichen Anlaufschwierigkeiten solcher Einrichtungen gut eingespielt. Wünschen wir den Erzieherinnen ausreichendes Einfühlungsvermögen für die Sorgen und Nöte unserer Kinder und den Kindern viel Spaß in ihrer Einrichtung.
E.Sp.



Unser Bild zeigt Elke Spiekermann (Mitglied der SPD-Fraktion im Nordenstadter Ortsbeirat) bei der Übergabe eines Präsentes der SPD anlässlich der Eröffnung der Kindertagesstätte



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

6. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

April/Mai 1982

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

» Vertrag ist nicht gleich Vertrag «

Als am 9. März 1974 die Eingliederungsverträge zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden und der selbständigen Gemeinde Nordenstadt unterzeichnet wurden, war die Bevölkerung von Nordenstadt in zwei Lager geteilt. Die einen waren froh, einer Eingliederung per Gesetz zuvorgekommen zu sein und einen Vertrag ausgehandelt zu haben, der die Entwicklung Nordenstadts zu einem beliebten Wohnort mit mittelständischer Industrieansiedlung fördert. Die anderen, hier besonders die CDU in Wiesbaden und in Nordenstadt, lehnten den Vertrag kategorisch ab. Dabei fielen Worte wie überhastet, nicht ausreichend, unnötig. Die CDU Nordenstadt träumte sogar immer noch von einer Großgemeinde Nordenstadt.

Nur drei Monate nach Vertragsabschluss wurde Nordenstadt im Rahmen der Neugliederung des Main-Taunus-Kreises per Gesetz der Stadt Wiesbaden zum 1.1.1977 eingegliedert. Trotz dieser Tatsache machte die CDU weiterhin Stimmung gegen die Verträge. Zumindest in Nordenstadt zahlte sich das dann auch aus. Bei der Kommunalwahl im Frühjahr 1977, drei Monate nach der Eingliederung, erhielt sie vom Wähler in Nordenstadt die Mehrheit und auch die SPD-Hochburg Wiesbaden war dahin.

Die CDU - selbst überrascht, jetzt regieren zu müssen - sah sich mit Verträgen konfrontiert, die sie über Jahre hin

bekämpft hatte. Anfangs gab man sich mit Nordenstadt noch Mühe, wenigstens so zu tun, als könne man den neuen Stadtbezirk als Teil des Ganzen behandeln. CDU-Politiker kamen, schlugen die Hände demonstrativ über dem Kopf zusammen und betonten zunächst, was die SPD jahrelang versäumt hätte würde nun erstmal nachgeholt: Straßen zur Entlastung der Wohnbereiche, Schule, Kindergarten, Grünflächen würden schnellstens gebaut werden. Zu dieser Zeit dachte man noch, die CDU hält die Eingemeindungsverträge ein, denn da standen diese Punkte ja auch drin.

Doch was kam dann?

Massive Elternproteste und ein jahrelanges Drängen wurden nötig, um wenigstens den Schulneubau und den Bau der zweiten Kindertagesstätte durchzusetzen. Das Grundstück für die von der SPD geforderten Grünfläche wurde nach langem Gerangel zwischen den Parteien angekauft, aber dann wieder zum größten Teil zur Bebauung mit Einfamilienhäusern freigegeben. Entlastungsstraßen sind bis heute noch nicht bewilligt. Weder für den Hessenring noch für die Oberpfortstraße/Hunsrückstraße ist eine Entlastung in den nächsten vier Jahren in Sicht. Finanzmittel für die Westringverlängerung werden von Jahr zu Jahr verschoben. Die Sportplatzweiterung mit Freizeitgelände und Grillplatz, vertraglich für 1980 zugesichert, erscheint in keinem Haushaltsentwurf mehr.

Der bürgernahen Verwaltung, auch Bestandteil des Vertrages, geht es jetzt auch an den Kragen. Den Verwaltungsstellenleiter, Herrn Schindler, müssen wir jetzt schon mit der Delkenheimer Verwaltung teilen. Unter dem Mantel der Rationalisierung wird man sich in diesem Jahr noch einiges einfallen lassen. Der nächste Schlag gegen den Eingliederungsvertrag wurde vorbereitet. Vereine sollten Taunushalle, Gemeindezentrum und Sportplatz nur noch gegen eine Nutzungsgebühr betreten dürfen. Stand nicht etwas von kostenloser Nutzung im Vertrag?

Aber da stand ja auch etwas über die Möglichkeit, den Wasserpreis anzuheben, und man hat sich nicht daran gehalten. Statt 1 Mark zahlen wir seit dem 1.1.81 2,30 Mark. Die Investitionen der Stadt Wiesbaden in den letzten fünf Jahren entsprachen in der Höhe noch nicht einmal der Summe der Investitionen, die die Gemeinde Nordenstadt in den letzten drei Jahren vor ihrer Eingemeindung tätigte und das, obwohl sich allein das Gewerbesteueraufkommen von 1976 bis 1981 mehr als verdoppelt hat.

Dieses alles zusammengefaßt, läßt die Bemerkung zu, wir haben einen vorausschauenden Eingliederungsvertrag, den weitreichendsten aller sechs eingemeindeten Vororte, aber die, die immer an dem Vertrag herumgemäkelt haben, haben ihn mit Füßen getreten und Punkt für Punkt mißachtet.

W.Sp.

30. April Taunushalle Nordenstadt

Beginn: 20 Uhr · Eintritt: 5,- DM

Showband Treffpunkt

Tanz in den Mai

Unter den Anwesenden werden Reisen + kleine Preise verlost

GÄRTNERN OHNE GIFT!

Immer häufiger ist heute der Wunsch nach unbehandelten Nahrungsmitteln und giftfreien Gärten zu hören. Trotz aller Bemühungen und Kontrollen droht uns allen die Gefahr der schleichenden Umweltvergiftung. Viele Gartenbesitzer und "Hobbygärtner" versuchen, ohne Gifanwendung auszukommen. Welcher Maßnahmen und Hilfsmittel kann man sich also bei der "Hobbygärtnerei" bedienen, um negative Eingriffe in den Naturhaushalt zu vermeiden?

Von entscheidender Bedeutung ist die Bodenpflege: Um die Erhaltung des natürlichen Nährstoffkreislaufes sowie die Belabung des Bodens zu fördern, ist Wesentliches zu beachten. Als oberster Grundsatz gilt: **k e i n Gift! k e i n Kunstdünger!**

Bodenverbesserung erfolgt mit organischem Dünger, Pflanzenjauchen, Gründüngung, Basaltmehl, Hornspäne, Blutmehl, Tonminerale, Sand - je nach Bodenbeschaffenheit.

Torf als Bodenverbesserungsmittel wird meist überschätzt. Er verändert entweder nachteilig den Säuregehalt des Bodens, enthält wenig Nährstoffe und wirkt durch seine stark wasserziehende und wasserhaltende Kraft geradezu schädlich auf das Wachstum von Pflanzen.

Kompost eignet sich zur Humusversorgung wesentlich besser und ist billiger in der "Eigenproduktion". Außerdem leisten wir durch Verzicht auf Torf praktischen Naturschutz, weil dadurch vielleicht die letzten Moore vor dem Abbau bewahrt bleiben. Wichtig ist außerdem, die Hack- und Grabarbeiten auf ein Minimum zu reduzieren, damit die natürliche Bodenschichtung nicht verändert wird.

Auflockern genügt! Beetflächen nicht betreten, solange der Boden noch naß ist = Bodenverdichtung. Mit einer guten Bodenpflege und geeigneten Kulturmethoden wird man bereits mit vielen Gartenproblemen fertig, denn dadurch werden die Lebensbedingungen der "Schädlinge" ungünstig, gleichzeitig die Wachstumsbedingungen der Kulturpflanzen optimaler. Eine altbewährte Methode, ohne chemische Insektenvertilgungsmittel auszukommen, ist u.a. die Mischkultur. So schützen sich z.B. gegenseitig Tomaten und Blumenkohl, Karotten und Zwiebeln, Salat und Borretsch, Rosen und Tagetes (Schädlingsabwehr mit Hilfe von Duftstoffen, Wurzelausscheidungen, etc.). Das Wichtigste für das giftfreie Gärtnern aber ist die Umstellung unseres bisherigen Denkens.

Viele unserer Gärten gelten als echte "Kunstwerke". Aber das Stückchen Natur hat mit Natürlichkeit nicht mehr viel zu tun. Zwar blühen Sommerflor und Rosenbeet in aufdringlichen Farben, aber wo bleibt das Leben, wo die Vielfalt, das bunte Durcheinander von Pflanzen und Tieren? Der Rasen ist eine sterile Grünfläche. Wagt ein Blümchen oder Moos das grüne Heiligtum zu entweihen, rücken wir ihm mit kombiniertem Dünge-Unkrautvertilger zu Leibe. In einem solchen künstlichen Garten führen wir einen ständigen Kampf gegen die Natur, gegen wildlebende Pflanzen und Tiere, die eigentlich dort heimisch wären. Wir Menschen bezeichnen sie als "Unkraut" oder "Ungeziefer" und verfolgen sie mit Fleiß und noch mehr Gift. Freuen wir uns über das Gänseblümchen auf unserer Wiese und den sonnengelben Löwenzahn unter dem Stachelbeerbusch. E.Sp.

NORDENSTADTER BÜRGER FORDERN VERBESSERUNG DES ÖFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHRS!

In der Februar-Ausgabe der NORDENSTADT-NACHRICHTEN berichteten wir unter der Überschrift "Fehlentscheidung" über die beabsichtigte Einstellung der Flughafenlinie und über die fragwürdigen Methoden der Bedarfsermittlung eines Stadtbusses zum Hauptbahnhof.

Die Auswertung der bei uns eingegangenen Antworten beweist eindeutig die Notwendigkeit der verbesserten Anbindung zum Hauptbahnhof und die Beibehaltung des Flughafenbusses mit einer Haltestelle in Nordenstadt.

Darüberhinaus erhielten wir noch weitere Anregungen, z.B. die Errichtung einer Buslinie, die die Stadtteile Igstadt, Bierstadt, Breckenheim und Medenbach mit Nordenstadt verbindet. Ebenfalls besteht ein großes Bedürfnis, die Strecken nach Kastel, Biebrich und Mainz anzubinden und auch den Frankfurter Verkehrsverbund in die Überlegungen miteinzubeziehen.

Die gesamten Unterlagen werden wir als nächsten Schritt der SPD-Fraktion des Nordenstadter Ortsbeirates übergeben und ihn auffordern, mit allen Fraktionen des Ortsbeirates zu einem gemeinsamen Vorschlag zu kommen.

Unabhängig davon hat die Redaktion der NORDENSTADT-NACHRICHTEN beim Regierungspräsidenten, der über die beabsichtigte Stilllegung des Flughafenbusses abschließend befinden wird, in einem Schreiben für die Beibehaltung der Linie plädiert. In diesem Schreiben heißt es u.a.: "Wir möchten Sie heute darauf aufmerksam machen, daß in den östlichen Vororten Wiesbadens und in der angrenzenden Gemeinde Hofheim ein besonders Interesse an der Beibehaltung der Buslinie zum

Flughafen besteht. Diese genannten Stadtbezirke haben schon mehrfach in Sitzungen ihrer Ortsbeiräte bei den Stadtwerken eine Änderung der Linienführung zur besseren Anbindung gefordert. Dieser Wunsch wurde jedoch von den Stadtwerken permanent ignoriert. Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, daß diese Buslinie zum Flughafen Frankfurt beibehalten wird und die von uns in der letzten Ausgabe unserer Zeitung geforderte Änderung der Linienführung zur Sicherung der Wirtschaftlichkeit erprobt wird."

Hier im Auszug die Antwort des Regierungspräsidenten:

"Der Antrag auf Einstellung der Flughafenlinie Wiesbaden - Frankfurt am Main gemäß § 24 P BefG wird zur Zeit eingehend von meiner Behörde geprüft. Auch Ihre Bedenken und Anregungen werden in die Prüfung miteinbezogen. Gegenwärtig finden Verhandlungen über die Fortführung der Buslinie statt. Bisher steht fest, daß zumindest bis zum 23.5.1982 die Flughafenlinie evtl. unter einem modifizierten Fahrplan weiterbetrieben wird. Über die abschließende Entscheidung meiner Behörde werde ich Sie zu gegebener Zeit unterrichten."

Die SPD-Fraktion im Ortsbeirat haben wir gebeten, durch einen Beschluß des Ortsbeirates gegen diese Stilllegungspläne zu protestieren und gleichzeitig die sofortige Errichtung mindestens einer Haltestelle in Nordenstadt zu fordern.

Die Redaktion der NORDENSTADT-NACHRICHTEN wird am Ball bleiben.

WW

Rotstift statt zukunftsorientierter Jugendpolitik

Wer spricht heute nicht vom Sparen? Wer versucht nicht, z.B. beim Energie- bzw. Benzinverbrauch weniger Geld auszugeben? Allerdings wird keiner seine Heizung so drosseln, daß er ständig erkältet ist oder Benzin statt Super tanken und damit den Motor ruinieren. Politiker - also Menschen, die für andere verantwortlich handeln sollten -, scheinen sich um die Konsequenzen ihrer Entscheidungen nicht zu scheren.

Das undifferenzierte Streichkonzert im Bereich der Jugendpolitik zeigt, daß die CDU-Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung nur an den Haushalt 82/83 und nicht an mögliche Folgen der Sparmaßnahmen denkt.

Die Sparbeschlüsse treffen alle in Vereinen/Gruppen organisierten Jugendlichen, die auch am 04.02.82 in einer Familiendemonstration - u.a. mit einer kleinen Gruppe der FALKEN aus Nordenstadt - gegen die Kürzungen protestierten. Worum geht es? Jugendzentren werden geschlossen oder personell ungenügend ausgestattet, Zuschüsse für die Verbandsarbeit werden drastisch gekürzt, usw. Die im Moment eingesparten Gelder werden möglicherweise in ein paar Jahren - aber dann in einem vielfachen - dazu gebraucht, straffällig gewordenen Jugendlichen zu helfen.

Unsere Hoffnung, daß die CDU-Mehrheit in Sachen Jugendpolitik noch einlenken könnte, ist verschwindend gering. Aber irgendwann einmal hatte die CDU doch die Investitionen für die Jugend als Investitionen für die Zukunft propagiert. Der Jugend in Wiesbaden steht eine düstere Zukunft bevor.

G. J.

Ferienfreizeit für Jugendliche

Das Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden veranstaltet in der Zeit vom 17.07. - 31.07.1982 eine Ferienfreizeit in Vöhl am Edersee. Daran können 25 Personen im Alter von 10 - 18 Jahren teilnehmen. Der Teilnehmerpreis beträgt DM 345.--; für Mitglieder des Jugendwerkes der Arbeiterwohlfahrt sind es noch DM 315.-- Im Preis sind die Mahlzeiten, Unterbringung, Reisekosten und das Programmgeld für diverse Veranstaltungen enthalten. Die Unterbringung erfolgt in Zelten, doch kann das am Ort vorhandene Gästehaus bei schlechtem Wetter zum Aufenthalt und für viele Aktivitäten genutzt werden. Den Jugendlichen stehen 5 Betreuer zur Verfügung. Sollten sich mehrere Kinder aus derselben Familie anmelden, verringert sich für diese der Preis auf DM 300.-- Anmeldungen können vorgenommen werden: Kreisjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Wiesbaden Wellritzstraße 49, 6200 Wiesbaden Tel.: 06121/402041 Anmeldeschluß: 1. Juni 1982

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserechtlich verantwortlich: Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7
Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
Elke Spiekermann, Wacholderweg 5
Werner Wahler, Pommernstraße 45
Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14

"Die Seite des Wahlkämpfers"

Gleichrangig neben der Beschäftigungspolitik, die in Hessen sowohl mit eigenen Programmen im Landeshaushalt als auch durch Unterstützung der Initiativen des Bundes durchgeführt wird, stehen Frieden und Sicherheit im Zentrum unserer Arbeit. Soziale und wirtschaftliche Sicherheit sind Voraussetzung für den inneren und äußeren Frieden. Sicherheit ist untrennbar verbunden mit der Stabilität unserer Demokratie.

Zur Friedenspolitik haben wir auf einem Landesparteitag einen Beschluß für Abrüstung und Entspannung in Europa gefaßt, an dem sich die Arbeit der hessischen Sozialdemokraten orientiert:

- Wir unterstützen alle Bemühungen, durch Verhandlungen zu internationaler Rüstungskontrolle und anschließender Abrüstung zu kommen. Es liegt im Interesse aller Menschen in Europa, daß umgehend Verhandlungen mit dem Ziel aufgenommen werden, die weitere Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in Ost und West zu verhindern und die vorhandenen abzubauen.
- Wir stehen an der Seite aller, die die Anwendung militärischer Gewalt zur Lösung von politischen und wirtschaftlichen Problemen ablehnen. Das heißt aber auch: Nur der gewaltlose Protest ist ein glaubwürdiger Protest gegen den Krieg. Laßt uns gemeinsam dafür sorgen, daß unser Friedenswille nicht durch gewalttätige Minderheiten in Zweifel gebracht wird.
- Der Frieden ist die wichtigste politische Aufgabe. Die einzige Chance für eine dauerhafte Friedenspolitik besteht in der Fortsetzung der Entspannungspolitik und im Abbau der internationalen Konflikte durch Verhandlungen.

Sozialdemokraten und Arbeiterbewegung stehen gemeinsam zu dem Ziel der bestmöglichen Sicherung des Friedens. Ein Zeichen für diese Gemeinsamkeit ist, daß in Hessen SPD-Landesvorstand und SPD-Landtagsfraktion geschlossen den Friedensappell des Deutschen Gewerkschaftsbundes unterstützen, in dem die Regierung der USA und die der Sowjetunion aufgefordert werden, unverzüglich Verhandlungen über Rüstungsbegrenzungen und Rüstungsabbau aufzunehmen. Als Ziel dieser Verhandlungen werden in diesem Appell genannt:

- Verzicht auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa
- Einstellung der Produktion von Atomwaffen
- Abbau von bereits stationierten Mittelstreckenraketen.

Unsere sozialdemokratische Politik verengt Sicherheit nicht nur auf militärische Sicherheit. Die Erhaltung ökologischer Lebensvoraussetzungen beispielsweise und die Herausforderung an die Menschheit, knappe Rohstoffe sparsam und gerecht zu bewirtschaften, ist ein grundlegender Bestimmungsfaktor für die Sicherheit der Völker dieser Erde. Die Bundesrepublik Deutschland muß deshalb weiter am Aufbau eines politischen und wirtschaftlichen Systems mitwirken, das die Kluft zwischen Reichen und Armen überwinden hilft und das die In-

SICHERHEIT UND FRIEDEN



Horst Winterstein
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

teressen zwischen Rohstoff- und Technologieproduzenten ausgleicht. Erforderlich ist sowohl der Abbau von Zerstörungspotentialen und von Konfrontationen als auch die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit.

Über unsere Arbeit für den Frieden und die Sicherheit nach außen vernachlässigen wir nicht unsere Bemühungen um die innere Sicherheit. Hier möchte ich insbesondere betonen, daß innere Sicherheit und geistige und persönliche Freiheit keine Gegensätze sind. Wo es keine Sicherheit gibt, gibt es auch keine Freiheit. Wo die Freiheit aufgehoben oder im Kern angetastet wird, treten Unsicherheit und Angst an die Stelle von Sicherheit.

Angst ist ein politischer Faktor, der anfällig macht für starke Worte und starke Männer. Jene, die sich für stark halten, schüren diese Angst. Strategie und Taktik von Teilen der CDU zielen darauf ab, durch Intoleranz gegenüber Andersdenkenden, durch Diffamierung und teilweise sogar Einschüchterung ein Klima der Angst zu schaffen.

Die Konservativen wünschen in der Innenpolitik nicht nur eine Wende, sondern vielmehr das Zurück zu einem autoritären Staat, der seine Machtmittel gegenüber Minderheiten konsequent einsetzt. Demgegenüber bekennen wir Sozialdemokraten uns zu einem demokratischen Staat, der auch die legitimen Rechte der Minderheiten schützt. Ohne Toleranz und ohne Bemühen um Ausgleich zwischen gegensätzlichen gesellschaftlichen Kräften entsteht ein verhärtetes Klima in der Bürgerschaft, das einen Nährboden für die Zunahme von Gewalt bildet. Der Rechtsstaat schafft Sicherheit. Jedoch ist Sicherheit in einem demokratischen Staat mehr als Polizeischutz und die Macht zur Durchsetzung getroffener Entscheidungen. Die größte Sicherheit beruht auf Dauer in der Zustimmung und im Vertrauen der Bürger.

Innere Sicherheit läßt sich nicht auf Schutz vor Gewalt und Kriminalität, auf Schutz vor politischen Extremismus und Terrorismus begrenzen. Innere Sicherheit ist weitergehend, nämlich die Gewährleistung von Sicherheit durch den Schutz des Freiheits- und Lebensraumes der Bürger.

Innere Sicherheit setzt die Verwirklichung von Chancengleichheit und sozialer Sicherheit voraus. Insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Krisen ist das Netz der sozialen Sicherheit der beste Schutz vor einer Belastung des inneren Friedens.

Und gerade in Zeiten großer Spannungen und wirtschaftlicher Krisen sind wir Sozialdemokraten besonders verpflichtet, freiheitliche Tradition und soziale Gerechtigkeit zu bewahren. Eine politische Wende, die mit vorgeblichen Patentrezepten mehr Sicherheit verspricht, aber in Wirklichkeit soziale Gerechtigkeit beschränkt, Chancengleichheit abbaut und den freiheitlichen Rechtsstaat begrenzt, kann unseren Bürgern nicht nutzen.

Wir haben durch eine vorausschauende und verantwortungsbewußte Reformpolitik den äußeren, den inneren und den sozialen Frieden gesichert. Wer auch morgen sicher leben will, muß weiter mit uns für Reformen und Fortschritt kämpfen.

Horst Winterstein,
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag

DREGGERS FLUCHT NACH VORN

"Alfred Dregger versucht, die Verantwortung für den von der CDU begonnenen schrittweisen Abbau des Sozialstaates zu verschleiern." Dies erklärte der hessische Sozialminister zu den Äußerungen des CDU-Landesvorsitzenden zum Taschengeld für Altenheimbewohner. Dregger wolle durch eine Flucht nach vorn vergessen machen, daß die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat die drastische Kürzung des Taschengeldes für Altenheimbewohner durchgesetzt habe. Damit hätten CDU/CSU ihr wahres Herz für alte Menschen gezeigt. Jetzt werde der Protest in den Altenheimen so massiv, daß die CDU um eines ihrer traditionellen Wählerpotentiale bange und auf die Linie der SPD einschwenken wolle. Sozialminister Clauss erklärte, daß eine Korrektur auf Bundesebene trotz der bisherigen Haltung der Union eventuell möglich sei. Sonst bleibe nur der von ihm vorgeschlagene Weg, daß Grundtaschengeld zu erhöhen. Hierbei bedürfe es der Mitwirkung der kommunalen Spitzenverbände sowie der Städte und Gemeinden, bei denen die CDU ja eine deutliche Mehrheit habe. Er sei bereits an die kommunalen Spitzenverbände herangetreten, habe aber bisher keine Antwort erhalten. Offensichtlich habe Alfred Dregger seine Parteifreunde auf kommunaler Ebene noch nicht von seinem plötzlichen Sinneswandel unterrichtet. Clauss forderte Dregger auf, nicht nur Sozialpolitik per Pressemitteilung zu betreiben, sondern in der Union durchzusetzen, daß unsoziale Entscheidungen von CDU/CSU zum Taschengeld für Heimbewohner korrigiert werde.

Noch einmal: Bebauungspläne

Es gibt in Nordenstadt noch, wie es in schrecklichem Verwaltungsdeutsch heißt, "unverplante" Gebiete, also Ortsbereiche, für die es keinen Bebauungsplan gibt. Dazu gehört der alte Ortskern. Der Beschluß des Ortsbeirates vom 04.11.1981, die Aufstellung solcher Bebauungspläne zu fordern, hat zu einigen Verwirrungen, aber auch zu einseitigen Darstellungen geführt, die es zu korrigieren gilt.

Jeder ist für eine geordnete städtebauliche Entwicklung. Ob man deswegen für den alten Ortskern einen Bebauungsplan braucht, darüber wird gestritten. Die SPD ist der Meinung: man braucht ihn; die FDP teilt diese Meinung. Beide verweisen auf negative Beispiele in der bisherigen Entwicklung, denen man in Nordenstadt begegnet, wenn man sich nur umsieht und umhört. Die CDU und bislang auch das zuständige Dezernat sind gegenteiliger Meinung. Sie verweisen auf den § 34 des Bundesbaugesetzes, wonach in Gebieten ohne Bebauungsplan ohnehin nur solche Bauten genehmigt werden dürfen, die nach der schon vorhandenen Bebauung und Erschließung unbedenklich sind. Das genüge doch.

Uns genügt dieser § 34 nicht. Und im Interesse einer sachlichen Diskussion möchten wir unseren Standpunkt begründen:

1. Geordnete städtebauliche Entwicklung ist nur möglich, wenn man, so gut es geht, auch in langfristigen Perspektiven denkt. Es geht in alten Nordenstadt nicht nur um fünf oder sechs unbebaute Grundstücke. Vielmehr müssen Antworten auf folgende Fragen gefunden werden:

- Was wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten aus Bauernhöfen, wenn z.B. die Nachkommen die Landwirtschaft nicht weiterführen?
- Soll eine Bevölkerungsverdichtung angestrebt oder verhindert werden?
- Sollen auch Reservflächen für spätere Belange des öffentlichen

Interesses freigehalten werden (z. B. Grünflächen, Spielplätze, Gemeinschaftseinrichtungen)?

Die Beantwortung solcher Fragen kann nicht vom Ermessen einer Behörde und das heißt oft genug von dem eines einzelnen Sachbearbeiters erwartet werden. Hier bedarf es kommunalpolitischer Entscheidungen, bei denen die Beteiligung der Bürger sichergestellt ist. Dies genau wird durch einen Bebauungsplan erreicht.

2. Die mit der Aufstellung eines Bebauungsplanes im allgemeinen verbundene Veränderungssperre bringt keine allzu großen Nachteile für die Grundstückseigner mit sich, denn es sind Ausnahmen möglich; besonders dann, wenn die Ziele der Planung erkennbar werden. Und da ein Ziel unumstritten ist: das Gewordene in seinem Grundcharakter zu erhalten, dürften für Bewohner kaum Nachteile entstehen. Wir wollen allerdings auch verhindern, daß unersetzliches Bauland rein finanziellen Interessen zum Opfer fällt, ohne daß die Sozialpflichtigkeit von Eigentum beachtet wird.

3. Wir haben mit der Forderung nach dem Bebauungsplan ein Ziel anvisiert. Ob es sich erreichen läßt, ist nicht nur vom politischen Willen, sondern auch von den Ergebnissen einer Strukturanalyse abhängig. Wir haben auch diese gefordert. Die CDU meinte im Ortsbeirat, dies sei inkonsequent; man tue den zweiten Schritt vor dem ersten. Wir sehen das anders. Man kann auch den ersten Schritt nur sinnvoll tun, wenn man eine Zielvorstellung hat. Die Forderung nach einem Bebauungsplan verleiht der Forderung nach einer Strukturanalyse Nachdruck. Wozu sollten sich ohnehin überlastete Ämter die Mühe machen, eine Strukturanalyse zu erstellen, wenn man gleichzeitig die Forderung nach einem Bebauungsplan wieder aufhebt, wie es die CDU am 10.02.1982 im Ortsbeirat wollte? S.B.

Wiedergewählt

Die Sorge um die Sicherung von Arbeitsplätzen und des sozialen Friedens waren die Hauptthemen der Jahreshauptversammlung der SPD-Nordenstadt. Staatssekretär Jörg JORDAN, der als Gastredner begrüßt werden konnte, betonte in seiner Rede die Bedeutung einer stabilen Wirtschaft für den Bestand unserer Demokratie und den sozialen Frieden.

Klare Schwerpunkte der Landespolitik, die von Sozialdemokraten gesetzt werden, sind daher folgerichtig zusätzliche Investitionen im Wohnungsbau, für ein Dorferneuerungsprogramm und für ein Umweltschutzprogramm im Rahmen der Landesplanung. Solche zusätzlichen Wachstumsimpulse dienen sowohl der Erhaltung von Arbeitsplätzen wie auch der Verbesserung der Lebensqualität in den Ballungsgebieten und auf dem Lande.

Die Bildungspolitik bleibt auch weiterhin von großer Bedeutung. Qualitatives statt quantitatives Wachstum kann nur mit verbesserten Ausbildungs- und Fortbildungsangeboten erreicht werden. Vollbeschäftigung als Hauptziel der Politik läßt sich heute bei verändertem Verbraucherverhalten nicht mehr allein durch verstärkte Produktionszuwächse und mehr Konsum erreichen. Hier muß ein Umdenken einsetzen, forderte Jordan. Die Mitglieder bestätigten anschließend den langjährigen Vorsitzenden Paul HÖLLENHÜTTER erneut in seinem Amt als erster Vorsitzender und ebenso seinen Stellvertreter Wolfgang SPANGENBERG.

Neu in die Funktion eines zweiten Stellvertreters wählte die Versammlung Dr. Siegfried BRILL. Bestätigt wurden die Kassierer Dieter MAJER und Werner WAHLER und die Schriftführer Harald SCHINDLER und Nils JENSEN. Beisitzer sind: Elke SPIEKERMANN, Katrin KIEHNE, Rainer GIEBEL, Dietmar NOWAK, Manfred HASENJÄGER und Dieter SCHRÖFL.

Das versteh einer

Nulltarif für die Benutzung der Wiesbadener Sporthallen auch in den östlichen Vororten dem Streichkonzert der CDU-Mehrheitsfraktion im Wiesbadener Stadtparlament zum Opfer gefallen - so war es kürzlich den Beschlüssen der CDU-Fraktion zu entnehmen. Künftig sollen also auch die Sportvereine zusätzliche Belastungen auf sich nehmen, um das allgemeine Haushaltsdefizit der Stadt mitauszugleichen zu helfen - oder nun doch nicht? Gleichzeitig spricht sich nämlich der sportpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der CDU gegen eine Sporthallengebühr für Vereine aus. Ist das lediglich ein Zeichen für schlechte Abstimmung untereinander? Ich meine: nein! Vielmehr zeigt sich hier das wahre Gesicht des politischen Gegners: Da alles versprechen, wo keine Verantwortung zu tragen ist (Landtag); dort, wo sie regieren, die Vielen bezahlen lassen und die Wenigen schonen. N.J.

"BILD"-Zeitung

einst und jetzt

Es gab einmal eine Zeit, da war auch die "Bild"-Zeitung gegen Atomwaffen auf deutschem Boden. Diese Forderung hält das Massenblatt heute für prokommunistisch. Hier zwei Kommentare der Zeitung: der erste stammt vom 21. November 1957, der zweite vom 25. Januar 1982. Urteilen Sie selbst.

Keine Atom-Waffen für uns!

Gestern war Bußtag. In drei Tagen ist Totensonntag. In vier Wochen ist Weibachten. "Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!" In diesen Wochen fällt eine Entscheidung von größter Tragweite.

In diesen vier Wochen entscheidet es sich, ob Westdeutschland mit Abschüßrampen für Atomraketen bestückt und ob es selbst mit Atomwaffen ausgerüstet werden soll. Oder ob es sich dem skandinavischen Vorbild - Dänemark, Norwegen und auch Schweden - anschließen und beides ablehnen wird. In diesen vier Wochen entscheidet es sich, ob Deutschland - das westliche und das östliche, das ganze Deutschland - zum Vorfeld und zum vorersten Graben eines möglichen Atomkrieges werden oder ob es sich zu einer atomfreien Zone in Mitteleuropa bekennen soll.

Das ist unsere freie Entscheidung! Keine Macht der Welt, auch nicht die NATO, kann uns gegen unseren Willen dazu zwingen. Wir müssen in jedem Fall ja oder nein dazu sagen und die Verantwortung dafür übernehmen. Wenn die stille Adventszeit beginnt und die ersten Weihnachtsbäume auftauchen, wird jeder von uns mit dieser Sorge und Verantwortung belastet werden.

Ja oder nein? BILD sagt nein!

Keine Atomwaffen für Westdeutschland und keine Abschüßrampen für Atomraketen! Deutschland muß atomfrei bleiben! Deutschland weiß, was Trümmer und Ruinen bedeuten! Keiner von uns kann die Verantwortung tragen, ja zu sagen.

Es ist deshalb Zeit für die deutsche Politik, sich zu einer atomfreien Zone in Mitteleuropa zu bekennen. Polen und die Tschechoslowakei haben sie schon vorgeschlagen. Dänemark, Norwegen und Schweden haben es ebenfalls getan. BILD sagt ja zu dieser atomfreien Zone! BILD sagt nein zur Bestückung Westdeutschlands mit Raketenrampen und zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr!

24 Jahre später:

Könnte von Breschnew stammen. Die Hamburger SPD beschloß eine atomwaffenfreie Zone in Europa und ein Stationierungsverbot für neue, moderne westliche Atom-Raketen, solange mit den Sowjets verhandelt wird. Beschluß 1 könnte auch von Breschnew stammen, denn atomwaffenfreie Zone bedeutet gewaltige Panzerüberlegenheit der Sowjets - also militärische Überlegenheit. Beschluß 2 könnte auch von Breschnew stammen, denn um die westliche Nachrüstung zu verhindern, brauchte er die Abrüstungsverhandlungen mit den Amerikanern nur zu verzögern. Bis die NATO 100 Jahre alt ist. Beim SPD-Parteitag im April in München fallen die Würfel über Schmidt.

WILLI SCHUBERT

hat uns im Alter von 47 Jahren viel zu früh verlassen. Seit fast zwanzig Jahren gehörte er der Sozialdemokratischen Partei an. Er war von 1972 bis 1976 Gemeindevertreter der damals noch selbständigen Gemeinde Nordenstadt und von 1974 bis 1977 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Nordenstadt. Seit 1978 bis zu seinem Tode war er Vorsitzender des TUS Nordenstadt. Es fällt schwer zu akzeptieren, daß er nicht mehr unter uns ist. Wir danken ihm für sein Engagement!

Was kann ein Hort schon bieten?

Seit Mai letzten Jahres, mit der Eröffnung der zweiten Kindertagesstätte an der Heerstraße, gibt es in Nordenstadt auch eine Hortgruppe! Doch was ist das eigentlich - ein Hort?

Nach der Begriffsbestimmung des Landesjugendamtes Hessen sind "Horte Einrichtungen der Jugendhilfe für die außerschulische Betreuung und Förderung von Kindern im schulpflichtigen Alter." Der Hort als eigenständige sozialpädagogische Einrichtung hat u.a. die Aufgabe

- Erziehungsberechtigte in ihrem Erziehungsauftrag zu entlasten und zu unterstützen;
- Kindern aus unzureichenden Wohnverhältnissen eine kinderfeindlichen Umwelt Entfaltungs- und Spielraum zu geben;
- Einzelkindern soziale Lernerfahrungen zu vermitteln.

Das klingt an sich alles ganz vernünftig. Dennoch gibt es eine Menge Vorurteile dieser Einrichtung gegenüber. Zweck dieses Artikels soll sein, diesen Vorurteilen entgegenzuwirken, den Eltern, die ihre Kinder in den Hort bringen "müssen", weil die familiäre Situation keine andere Wahl läßt, das sogenannte "schlechte Gewissen" auszureden, und dem Versuch zu widerstehen, den Hort als verlängerten Arm der Schule zu betrachten. Auch muß klargestellt werden, daß der Hort evtl. Erwartungen wie

- Trainieren für diszipliniertes Verhalten in der Schule,
- Üben von Diktaten und Lesestücken, bzw. Auswendiglernen und
- Erteilen von Nachhilfeunterricht weder erfüllen könnte noch sollte.

Im Gegenteil: Soweit es die Rahmenbedingungen einer solchen Einrichtung zulassen, sollen die Kinder lernen, ihr Handeln selbst zu bestimmen und Verantwortung für das Alltagsgeschehen im

Hort zu übernehmen. Das Zusammenleben in einer Gruppe bietet den Kindern ja genügend Erfahrungsraum, um die eigenen Interessen artikulieren zu können, sie mit den Bedürfnissen der übrigen Kinder abzustimmen, Toleranz zu üben, auf andere Rücksicht zu nehmen, Konflikte durch Kompromisse zu regeln - also demokratisches Verhalten zu lernen.

Sicher gibt es zu Anfang Schwierigkeiten, ehe ein Gruppe von ca. 20 Kindern unterschiedlichen Alters und unterschiedlicher Herkunft ein gemeinsames Gruppengefühl entwickelt und Zusammengehörigkeit empfindet. Doch diese schwierige Anfangsphase ist in der Nordenstadter Hortgruppe überwunden. Es ist eine Gruppe entstanden, in der Kinder miteinander spielen, sich bei den Hausaufgaben gegenseitig helfen, die gemeinsam ihre Räume gestalten. Da sieht man die Jungs genauso begeistert mit der Nähmaschine umgehen wie die Mädchen im Werkraum hantieren. Man spürt, daß den Kindern hier Spielmöglichkeiten eröffnet werden, die sie zu Hause gar nicht vorfinden können.

Die Einrichtung bietet vielfältige Möglichkeiten, den Hortalltag für die Kinder positiv zu gestalten. Wichtig ist - wie für alle anderen Kinder auch - daß jeder Einzelne das Gefühl hat, als Person ernstgenommen zu werden. Ein wichtiger Punkt ist auch, daß die Kinder in der Schule nicht als die "armen Kinder, die in den Hort müssen", angesehen werden. Diesen oft geäußerten Vorurteilen muß in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Lehrern entgegen gewirkt werden.

Die Kindertagesstätte an der Heerstraße plant, mit Beginn des neuen Schuljahres eine zweite Hortgruppe zu eröffnen. Sollten unter den Lesern Interessierte sein, so können Sie im Hort unter der Tel. Nr. 15496 Näheres erfahren.

W. Herwig
Elternbeirat der Hortgruppe

ACHIM EXNER NEUER SOZIAL- UND KLINIKDEZERNENT

Mit 53 von 79 gültigen Stimmen wurde der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Stadtparlament zum hauptamtlichen Beigeordneten der Landeshauptstadt Wiesbaden gewählt.

Achim Exner wird sehr viel Durchsetzungsvermögen, Überzeugungskraft und das notwendige Quentchen Glück brauchen, will er sich erfolgreich in den härteren Verteilungskampf um die knappen Finanzmittel einschalten.

"Ihnen allen war vor der Entscheidung klar, daß ich engagierter Sozialdemokrat bin und sozialdemokratische Positionen hinreichend zu vertreten weiß. Dies wird auch in Zukunft so bleiben." Darauf wies Achim Exner in seiner Rede nach der Wahl hin.

Wünschen wir ihm das Quentchen Glück, das wir angesprochen haben.

KK

»EVA«

ist die Abkürzung, unter der sich eine "Eltern-Verkehrs-Aktion" mit einem sehr ansprechenden Flugblatt der Öffentlichkeit vorgestellt hat. Den Initiatoren, Eltern Nordenstadter Grundschüler, geht es um mehr Verkehrssicherheit für die Kinder. Die Aktion der Eltern möchte in erster Linie auf die motorisierten Verkehrsteilnehmer einwirken, um sie zu mehr Rücksicht im Straßenverkehr zu bewegen. Welche Aktionen im einzelnen unternommen werden können, das wird von der Gruppe derzeit noch diskutiert. Wie von Beteiligten zu erfahren ist, hat das erste Auftreten der EVA viel Resonanz gefunden; aus der Bevölkerung sind zahlreiche Anregungen gekommen.

Wer offenen Auges durch Nordenstadt geht (oder fährt), kann diese Initiative nur begrüßen. Daß sie so spontan und überparteilich zustande gekommen ist, unterstreicht nur die Notwendigkeit der Sache, um die es geht. Fragen der Verkehrsführung und -sicherheit werden auch im Ortsbeirat immer wieder diskutiert, und manches muß wohl auf kommunalpolitischer Ebene entschieden oder überhaupt erst in Gang gebracht werden. Doch ohne die Einsicht aller Verkehrsteilnehmer, ohne die Bereitschaft, auch das eigene Verhalten zu prüfen und zu verändern, ist Verkehrssicherheit für die Kinder nicht zu erreichen. Überhöhte Geschwindigkeit, Parken auf Gehwegen, Mißachtung von Verkehrsregeln und Mangel an vorausschauendem Denken, das z.B. die kindliche Unangepaßtheit an den Straßenverkehr in Rechnung stellt, kann man tagtäglich in Nordenstadt beobachten.

Wenn man hier Abhilfe schaffen will, setzt das die Mitwirkung möglichst vieler Bürger voraus. Sie müssen bereit sein, in ihrem eigenen Verkehrsverhalten hinzulernen und andere in diesen Lernprozeß einzubeziehen. Jeder von uns kann im Straßenverkehr Fehler machen.

Wichtig ist jedoch, wie man sich zu eigenem Fehlverhalten stellt. Immer wieder mache ich die Erfahrung, daß Leute, die bei einer Radarkontrolle auffallen, davon erzählen, als sei's eine Heldentat gewesen. Hier könnte man ansetzen. Solange Regelverstöße im Straßenverkehr etwas sind, womit man angeben kann, ohne die Mißbilligung anderer zu ernten, gibt es auch keine Verhaltensänderung. Auf ein anderes Bewußtsein hinzuwirken, ist wohl einer Initiative wert.

Und ein Grund, sich bei EVA zu beteiligen!

S.B.

DI O G E N E S

"Einmal lief Diogenes am helllichten Tage mit einer brennenden Laterne auf den Markt. 'Was soll das, Diogenes?' fragte einer. 'Ich suche Menschen', rief dieser und lief weiter."

Hätte Diogenes nicht im alten Griechenland, sondern im neuen Nordenstadt gelebt, könnte er auf die Laterne verzichten. Laternen brennen bei uns oft. Und jeden Tag viel zu lange in der Frühe und zu früh in der Abenddämmerung!

Wer zuhause unnötigerweise Licht brennen läßt, zahlt dafür. Wenn die Laternen der Main-Kraftwerke unnötigerweise brennen, kassieren die Verschwender. Ob es daran liegt?

Diogenes heute: Blöder Dämmerungsschalter! Verdirbt mir die Pointe!
S.B.

Trimm Dich!

Von Lesern der NORDENSTADT-NACHRICHTEN wurden wir gebeten, bei der Organisation eines Kreises Hilfestellung zu geben, dessen Ziel es sein soll, regelmäßige Trimm-Dich-Übungen zu veranstalten.

Es soll kein tierisch ernster Leistungssport getrieben werden, sondern ein Ausgleichssport als Ausgleich zu den meist ungesunden Lebens- und Arbeitsbedingungen. Unsere erste Idee war, eine "Gründungsversammlung" einzuberufen, um Interessenten ausfindig zu machen, die mittrimmen wollen. Aber was soll's?

Treffen wir uns doch einfach am Donnerstag, dem 13. Mai, und fangen an. Wer mitmachen will, kommt um 20 Uhr an den Bolzplatz hinter der Taunushalle. Nach den ersten Trimm-Übungen (Dauerlauf o.ä.) können sich die Teilnehmer immer noch auf einen kurzen Schluck zusammensetzen und bereden, wie es weitergehen soll. Vielleicht findet sich dann auch jemand, der bereit ist, das "Organisatorische" zu übernehmen.

WW

Entscheidung über den Wasserpreis ist noch nicht gefallen

Wie wir in früheren Ausgaben berichtet haben, ist im § 9 des Eingliederungsvertrages eine besondere Wasserpreisregelung für Nordenstadt zwischen der Stadt Wiesbaden und der Gemeinde Nordenstadt vereinbart worden. Grundlage sollte der Wasserabnahmepreis am Tage der Eingliederung sein. Die Gemeinde Nordenstadt hatte mit der Stadt Wiesbaden die früher erhobene öffentlich rechtliche Wassergebühr im Eingliederungsvertrag - mit einer Übergangsregelung - in ein privatrechtliches Wasserentgelt der Stadtwerke Wiesbaden umgewandelt und dieses sollte lt. Eingliederungsvertrag auf die Dauer von zehn Jahren nur insoweit erhöht werden als auch die Gemeinde Nordenstadt aufgrund gestiegener Kosten den Bezugspreis hätte erhöhen müssen.

Diese Vereinbarung im Eingliederungsvertrag hat die Stadt Wiesbaden nicht eingehalten. Inzwischen ist der Wasserpreis unseres Erachtens in unzulässiger Weise um mehr als 100 Prozent erhöht worden.

Es hat sich als richtig erwiesen, daß sich die SPD Nordenstadt schon sehr frühzeitig mit diesem Komplex beschäftigt und auch verschiedene Rechtsanwälte mit der Wahrnehmung der Interessen der Nordenstädter Bürger beauftragt hat.

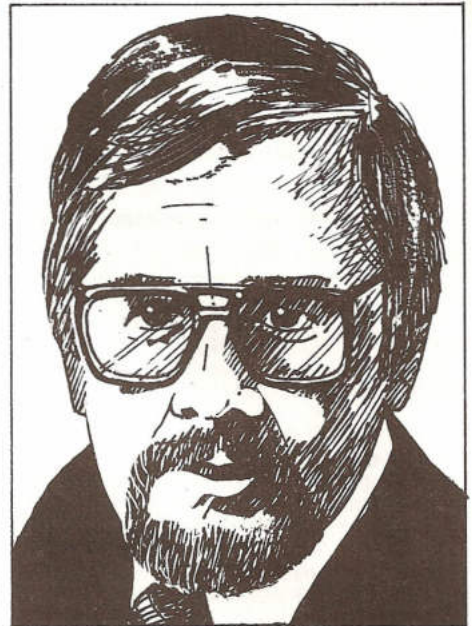
Ohne im Detail auf die rechtliche Problematik einzugehen, stellt sich die Angelegenheit zur Zeit wie folgt dar:

Es wird die Frage aufgeworfen, ob der Eingliederungsvertrag überhaupt eine ortsrechtliche Bindungswirkung erzeugen kann. Nach neueren Urteilen der Verwaltungsgerichte müssen nämlich ortsrechtliche Regelungen veröffentlicht werden. An solche Veröffentlichungen werden von den Gerichten strenge Anforderungen gestellt, die möglicherweise nicht alle erfüllt worden sind.

Des weiteren stellt sich die Frage, ob der Eingliederungsvertrag von der Aufsichtsbehörde nach § 18 Abs. 1 HGO hätte genehmigt werden müssen und inwieweit eine Genehmigung erteilt bzw. welche Einschränkungen rechtsgültig erlassen wurden.

Oberbürgermeister Oschatz hat mit Schreiben vom 21.01.1982 dem Ortsbeirat Nordenstadts mitgeteilt, daß er und der Magistrat selbstverständlich zu den von der Stadt Wiesbaden abgeschlossenen Verträgen stehen werde - unabhängig ob die Verträge möglicherweise an formalen Rechtsmängeln leiden. Oschatz führte dazu weiter aus, daß für den Fall einer evtl. gerichtlich festgestellten Unwirksamkeit des Vertrages der Magistrat alles Erforderliche veranlassen werde, eventuelle Rechtsmängel zu beseitigen.

Erfreulicherweise hatte die CDU-Fraktion in einer nicht-öffentlichen Ortsbeiratssitzung zunächst Bereitschaft an einer Beteiligung signalisiert. Bedauerlicherweise hat sie aber dann doch beschlossen, nicht mitzumachen. Schade - denn hier geht es nicht um Parteieninteressen, sondern allein um die Interessen der Bürger von Nordenstadt.



Aus dem Ortsbeirat

Die Arbeit des Ortsbeirates ist offensichtlich in eine kritische Phase eingetreten. Das zeigte sich bei der Diskussion über die Frage des Wasserpreises und noch deutlicher vielleicht bei der Debatte um Bebauungspläne für den alten Ortskern. Ich will auf die Inhalte hier nicht eingehen. Dies geschieht in gesonderten Beiträgen in dieser Ausgabe. Es geht hier um den Stil unserer Arbeit, um die Art kommunalpolitisch zu wirken, letztlich um unser Selbstverständnis als Vertreter der Bürger, die in Nordenstadt leben.

Wir haben am Anfang der neuen Wahlperiode im April 1981 betont, daß der Ortsbeirat, der ja nur ein Beirat ist, der sich Gehör verschaffen, aber letztlich keine Entscheidungen treffen kann, dann am wirkungsvollsten ist, wenn er einmütig entscheidet. Das ist festzuhalten. Aber auch mit den besten Vorsätzen: die Interessen und Meinungen der Bürger sind nicht einheitlich und die Parteien stellen eben auch ein Spiegelbild dieser Unterschiede dar. Wir haben in dem ersten Jahr unserer Arbeit deshalb auch bei einigen wichtigen Fragen kontrovers diskutiert und mit Mehrheiten unsere Beschlüsse gefaßt.

Das ist einerseits wohl unvermeidlich, aber es hat nun auch zu Spannungen geführt, mit denen wir erst noch lernen müssen umzugehen. Gelingt uns dies nicht, wird die Kontroverse auch bei anderen Fragen die Arbeit bestimmen; dann werden Gegensätze eher gesucht als Gemeinsamkeiten. Die an sich durchaus demokratiefreundliche Konkurrenz der Parteien verselbständigt sich dann leicht. Das gegenseitige Verhalten dessen, was früher geschrieben, gesagt, gemeint wurde; der Versuch, die anderen mit Hilfe der Geschäftsordnung auszutricksen - das sind Warnsignale aus der letzten Sitzung, die man nicht übersehen darf. Nichts dürfte den Bürgern uninteressanter werden als neun Feierabendpolitiker, die sich mit sich selbst beschäftigen.

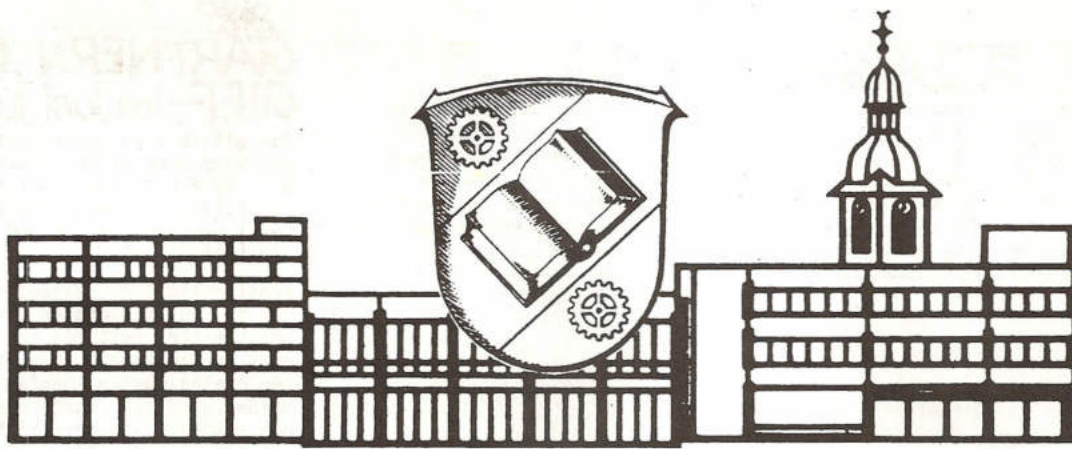
Wir sollten alle selbstkritisch bedenken, was es heißt, ein Mandat, einen Auftrag zu haben.

Seppiel Paul

TERMINE

- 30. April 1982 - 20 Uhr
TANZ IN DEN MAI (SPD) in der Taunushalle
- 04. Mai 1982 - 18,00 - 19,00 Uhr
Sprechstunde der NORDENSTADT-NACHRICHTEN im Gemeindezentrum, Sitzungszimmer 1. Stock
- 08. Mai 1982
Sportlerball des TUS-Nordenstadt in der Taunushalle
- 20. Mai 1982
Vatertagswanderung des CBVN (Carnevals und Brauchtumsverein Nordenstadt)
- 22./23. Mai 1982
Hallenhandballturnier des TUS in der Taunushalle
- 03. - 06. Juni 1982
75 Jahre KZV (Kleintierzüchterverein) in der Taunushalle
- 19./20. Juni 1982
Sommernachtsfest des TUS





NORDENSTADT-NACHRICHTEN

6. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

Mai/Juni 1982

+++ Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergründe +++

Arbeitslosigkeit ist kein Problem nur für eine Gruppe. Alle müssen in die Pflicht genommen werden, um dieses Problem in den Griff zu bekommen. Diese Ansicht vertraten Rudi ARNDT und Horst WINTERSTEIN gemeinsam in einer öffentlichen Veranstaltung der SPD im Gemeindezentrum in Nordenstadt. Der bekannte Wirtschafts- und Sozialpolitiker Arndt, ehemals Wirtschaftsminister Hessens, heute Vizepräsident der Sozialistischen Fraktion des Europaparlamentes in Straßburg, legte anschaulich dar, wo die Ursachen der heutigen Arbeitsplatzsorgen national und weltweit liegen und welche langfristig wirksamen Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollen.

Horst Winterstein, Vorsitzender der SPD-Fraktion des Hessischen Landtags, wies in klarer und eindeutiger Weise nach, daß die hessischen Sozialdemokraten im Landtag und in der von Ministerpräsident Holger Börner geführten Landesregierung ihre Folgerungen aus den Ursachen bereits gezogen haben und Programme zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung auf den Weg gebracht haben.

Die Sicherung und die Neuschaffung von Arbeitsplätzen können nur über den Weg zusätzlichen qualifizierten Wachstums gelingen. Die Ursachen: Weltwirtschaftskrise, geburtenstarke Jahrgänge, die auf den Arbeitsmarkt drängen, hohes Zinsniveau in allen Industrienationen, hoher Ölpreis werden nicht von heute auf morgen zu beseitigen sein. Wenn jährlich seit 1978 zusätzlich 200.000 Jugendliche Arbeitsplätze suchen und gleichzeitig durch den Zwang zu kostensenkenden Rationalisierungsmaßnahmen bei hohen Kapitalkosten unternommen werden, kann die Gesellschaft nicht tatenlos zusehen.

Aber wie können Regierung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbände hier zur Lösung beitragen?

Genügt es, von den Arbeitnehmern Zurückhaltung bei Lohnabschlüssen zu fordern und zugleich staatliche Hilfen für die Automatisierung von Produktionsabläufen - d.h. also für die Verringerung der Zahl der Arbeitsplätze - zu gewähren?

Für Rudi Arndt ist unbestritten, daß hier die Sozialdemokraten in den Ländern und in Bonn den richtigen Weg aufgezeigt haben:

ARBEIT FÜR ALLE!



- Bereitstellung von zinsverbilligten Darlehen und Steuererleichterungen;
- Umschichtung der öffentlichen Ausgaben vom Personalbereich in den investiven Bereich;
- Einführung einer Ergänzungsabgabe für hohe Einkommen;
- Erhebung einer Arbeitsmarktabgabe von allen - also auch von Beamten und Selbständigen;
- vorübergehende Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung eines Beschäftigungsprogramms.

Sicher ist inzwischen, daß diese Vorschläge nicht alle verwirklicht werden können. Koalitionen in Bonn und in Hessen, sowie die Unionsmehrheit im Bundesrat verhindern das. Aber, auch wenn z.B. eine Finanzierung des Beschäftigungsprogramms allein aus Einsparungen im Bundeshaushalt erfolgen müßte, wäre seine Verwirklichung ein wichtiger Schritt hin zur Konsolidierung. Wer zwar (Arbeitslosen-)Geld hat, aber keinen Arbeitsplatz, der ist auch zu unsicher, um sein Geld auszugeben und Waren, die in Industriebetrieben erstellt werden, zu kaufen. Diese Betriebe andererseits können sich nicht erweitern oder Anlagen zu kaufen, wenn sie nicht längerfristig die Aussicht auf den Absatz ihrer Waren haben. So bedingen Verbrauch und Produktion einander und müssen in geeigneter Weise gleichermaßen Unterstützung erfahren.

Die Hessische SPD, betonte Horst Winterstein, habe hier beispielhaft begonnen. Nutzung der Standortvorteile und Strukturpolitik der letzten Jahre haben Hessens Wirtschaft im Vergleich zu anderen Bundesländern vor größeren Einbrüchen bewahrt.

Ein zusätzliches Wohnungsprogramm von 10.000 Wohneinheiten in den nächsten 4 Jahren; ein Dorferneuerungsprogramm und Investitionen in das Fernwärmenetz sind Schwerpunkte im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.

Einhergehen werden Überlegungen, wie die vorhandene Arbeit auf mehr Personen verteilt werden kann. Arbeitszeitverkürzungen bei nicht unbedingt vollem Lohnausgleich können als Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden. Aber hierbei gilt grundsätzlich, daß nur dann, wenn alle am Wirtschaftsgeschehen Beteiligten ein Gesamtpaket mittragen, die Lasten gerecht verteilt werden.

Das erfordert mehr Wahrhaftigkeit auf Seiten der Politiker und mehr Solidaritätsdenken auf Seiten der Wirtschaft. Die Arbeitnehmer stehen - wie in mancher bisherigen Lohnrunde bereits bewiesen - dann sicher nicht zurück, ihren Anteil beizutragen. N.J.

SPITZENVERDIENER SOLLTEN

SONDERZUSCHLAG ZAHLEN

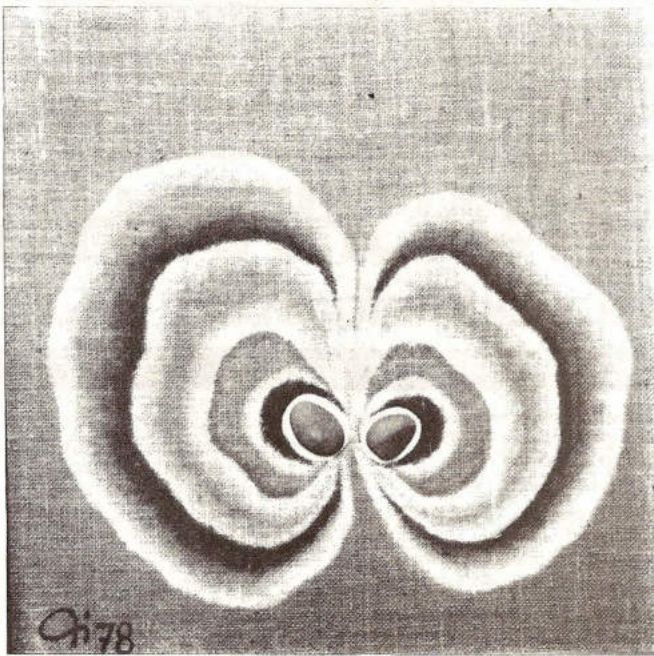
Zur Finanzierung neuer Arbeitsplätze sollte nach Ansicht des südhessischen SPD-Vorsitzenden Willi Görlach von Spitzenverdienern vorübergehend ein Sonderzuschlag erhoben werden. Der gut verdienende Zahnarzt und der frei praktizierende Arzt könnten zur Zahlung einer solchen Abgabe ebenso herangezogen werden wie die Beamten in den höheren Besoldungsgruppen sowie die Minister und Abgeordneten des Bundestages und der Landesparlamente - meint Görlach.

Der gut verdienende Akademiker könne auf diese Weise auch einen Teil der Ausbildungskosten zurückzahlen, die der Steuerzahler für ihn aufgebracht habe. Wenn beispielsweise ein Medizinstudent der Allgemeinheit bis zum Abschluß seiner Ausbildung mehr als 100.000 Mark kostete, so sei es kein unbilliges Verlangen an ihn, nunmehr einen geringen Teil für die Mitbürger aufzubringen, "die derzeit draußen stehen", betonte der sozialdemokratische Politiker.

KUNSTAUSSTELLUNG IN NORDENSTADT

Seit 4 Jahren ist die Wiesbadener Malerin Lilo Stepputtis-Roesich im Ortsteil Nordenstadt ansässig. Ihre erste kleine Einzel-Ausstellung zeigte sie vor genau 10 Jahren in Niederrhausen. Seither hat sich ihr künstlerisches Schaffen stetig erweitert und ver-

tieft. Auch ihre Ausstellungs-Chronik weist inzwischen die beachtliche Zahl von 16 Einzel- und Gemeinschaftsausstellungen in ganz Deutschland auf. Die letzten Ausstellungen zeigte sie in ihrer Heimatstadt Osnabrück und in Stuttgart.



"Das Paar" - ein Materialbild, welches im Jahr 1978 entstand, zeigt eine ge-

lungene Synthese einer modernen und zugleich rustikalen Darstellung.

Lilo Stepputtis-Roesich malt und zeichnet gegenstandslos bis abstrakt und zwar in den verschiedensten Techniken. Nach eigenem Aussagen kultiviert sie bewußt Vielseitigkeit im künstlerischen Schaffen, damit sie sich Aussagefrische und Arbeitsfreude erhält und ihre Phantasie nicht in der Routine einer Stilrichtung oder Technik erstarrt.

Davon zeugte eine Atelier-Ausstellung, die die Künstlerin in ihrem Nordenstadter Haus vom 15. - 22. Mai 1982 zeigte. Hier stellte Lilo Stepputtis-

Roesich einen Querschnitt ihrer Arbeiten der letzten 10 Jahre vor. Zeichnungen, Aquaralle, Acrylbilder in einer sehr interessanten Technik, Materialbilder, Monodrucke, auch einige Ölmalerei und anderes. Ganz neu in ihrem Werk sind 4 Betonskulptur-Modelle.

Die Ausstellung spiegelte ein eindrucksvolles Bild der vielseitigen Künstlerin wider, die außerdem noch schriftstellerisch tätig ist. Lilo Stepputtis-Roesich schreibt Prosa, Lyrik und Essays.

RUND UM DEN HESSENRING

Abgegrenzte, versetzte Parkstreifen im westlichen Teil des Hessenrings haben dazu beigetragen, die Verkehrssicherheit zu erhöhen.

Im nördlichen Teil ist an eine Verbesserung der Verkehrssicherheit nicht zu denken, da die bestehenden Verkehrsbeschränkungen von einem großen Teil der Autofahrer mißachtet wird. Vielleicht gelingt es auch hier durch gleiche Maßnahmen wie im westlichen Teil, eine Verbesserung zu erreichen.

Im südlichen Teil des Hessenrings ist gegenwärtig die Verkehrssituation bedrohlich. Eine Änderung ist nach Abschluß der Bauarbeiten in diesem Bereich dringend geboten.

Für den Goethering gab es vor längerer Zeit zur Verbesserung der Verkehrs- und Wohnsituation den Vorschlag, diesen Bereich als verkehrsberuhigte Zone umzugestalten. Als Ziel sollte erreicht werden, ein sinnvolles Nebeneinander von fahren (Zufahrt zu Wohnungen, Parkplätzen), gehen, spielen und treffen zu ermöglichen.

Obwohl eine Umfrage eine Zustimmung von fast 60 Prozent zu diesem Verlangen ergab, gelang es einer Minderheit durch massives Auftreten dieses Vorhaben zu verhindern. Als wichtiges Argument wurde dabei genannt, daß spielende Kinder die Ruhe der Anlieger stören könnte. Dabei sind die bevorzugten Spiele in verkehrsberuhigten Straßen Stelzen laufen, Murmeln, Springseil hüpfen, usw. - also ruhige Spiele.

Wir vermuten, daß die damalige Ablehnung mehr aus Unkenntnis über die Gestaltung von verkehrsberuhigten Zonen erfolgte und wünschten uns, daß der damalige Vorschlag wieder aufgegriffen und mit den Anliegern erneut diskutiert würde.

WW

IMPRESSUM:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Presserätlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26,
Eike Spiekermann, Wacholderstraße 5,
Werner Wahler, Pommernstraße 45

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr.14

EIGENDRUCK Auflage 2.800

GÄRTNERN OHNE GIFT - im Juni, Juli, August.

Die alljährlich gefürchteten Eiseheiligen sind ohne große Schäden überstanden und der Gärtner wartet auf die Schafskälte im Juni. Diese kann noch Forst bringen und man muß sich darauf einstellen.

Frostempfindliche Pflanzen, welche man in Kästen, Schalen usw. eingesetzt hatte, holt man in das Zimmer oder in die Garage. Die Pflanzen in den Beeten müssen ebenfalls geschützt werden, und zwar durch dünne Decken, die man seitlich befestigt oder auch mit Strohmatte. Als nächste Arbeit wird auch wieder der Boden gedüngt. Viele Gartenbesitzer bedienen sich noch immer ausschließlich chemischer Mittel. Düngung ist notwendig, da dem Boden beim Wachstum der Pflanzen wichtige Nährstoffe entzogen werden. Diese müssen ihm auf jeden Fall wieder zugefügt werden. Im Kleingarten kann dies sehr gut mit Hilfe von gut durchgereiftem Kompost geschehen. Zur Kompostbereitung eignen sich Garten- und Küchenabfälle. Sie werden in einer Ecke des Gartens angehäuft. Wichtig ist hierbei, daß immer eine Lage Erde dazwischen kommt.

Auch wer keinen Komposthaufen in seinem Garten anlegen kann oder will, findet im Handel genug Auswahl an organischem Dünger. Man sollte auch auf die chemischen Unkrautvernichtungsmittel (Herbizide) verzichten. Besser ist Jäten und Harken. Damit werden gesundheitsschädliche Wirkungen ausgeschlossen.

Anstelle von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln werden vielerorts Brennesseljauche oder Schachtelhalmtee empfohlen. Leider hilft dies nicht immer. Man kann jedoch oftmals Schädlingsbefall von vornherein durch standortgerechte Bepflanzung vermeiden.

Nun zu den Zimmerpflanzen: Auch hier gibt es eine Reihe von Arbeiten, die bereits im April und Mai, aber auch jetzt noch, erledigt werden können:

Nach den langen Wintermonaten erhalten die Pflanzen wieder mehr Wasser und Nährstoffe, auch die Kakteen. Umpflanzenarbeiten sollten bereits beendet sein. Mit dem Gießwasser kann nun Dünger zugeführt werden, jedoch nie bei trockener Erde! Zunächst gießt man reines Wasser.

Zimmerpflanzen, die zu üppigem Wuchs neigen, werden zurückgeschnitten. Hierbei fallen häufig lange Triebspitzen an, welche man als Stecklinge in einem Glas Wasser zur Bewurzelung bringt. Nach genügender Wurzelbildung werden sie dann in Töpfe gepflanzt.

A. S.

TERMINE • TERMINE

12. Juni 1982
Altpapiersammlung der Jugendfeuerwehr
ab 9,00 Uhr

19./20. Juni 1982
Sommernachtsfest des TUS

25. Juli - 01. August 1982
60 Jahre Freiwillige Feuerwehr Nordenstadt

02. - 08. August 1982
Sportwoche des TUS

28. - 30. August 1982
Kerb Nordenstadt - ausgerichtet vom TUS

"Die Seite des Wahlkämpfers"

INTERVIEW MIT

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Vor uns liegt eine wichtige Landtagswahl. Genosse Börner, wie siehst Du die Ausgangslage der SPD nach dem Münchener Parteitag?

Holger Börner:

Die sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auf ihrem Bundesparteitag in München wieder Tritt gefaßt. Sie hat damit all denen eine herbe Enttäuschung bereitet, die sich auf einen Akt der Selbstzerfleischung gefreut haben und sich am erwarteten Untergang unserer Partei weiden wollten. Unsere Partei hat dagegen in München die Chance genutzt, ihre Identität zu behaupten. Sie hat nach offener Diskussion über die brennenden Zukunftsfagen unserer Gesellschaft klare Entscheidungen getroffen. Die sozialdemokratische Partei hat in München bewiesen, daß sie fähig und willens ist, die Herausforderungen unserer Zeit anzunehmen und zu bewältigen.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Die Arbeitslosen und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sind eines unserer Hauptprobleme. Hierzu hat der Münchener Parteitag Beschlüsse gefaßt, zu denen Du in einer Denkschrift Wesentliches beigetragen hast. Wo liegen die Kernpunkte?

Holger Börner:

Die Kernforderung meiner Denkschrift heißt: Wir brauchen eine Beschäftigungsbrücke für die jungen Leute, die den Einstieg in das Arbeitsleben suchen. Das sind wir unserer jungen Generation schuldig und deshalb müssen wir nach Lösungen suchen und dann auch für ihre Durchführung kämpfen, auch wenn sie unpopulär sind. Ein Grunderfordernis für die Lösung der Beschäftigungskrise ist die Solidarität derjenigen, die einen Arbeitsplatz und ein sicheres Einkommen haben mit denen,



die draußen vor der Tür stehen und in das Beschäftigungssystem hinein wollen. Wir dürfen uns nicht davor scheuen, Opfer von den wirtschaftlich Starken zugunsten der wirtschaftlich Schwachen zu verlangen.

Ich halte es nicht für vertretbar, die Folgen der strukturellen Umwälzung unserer Volkswirtschaft einseitig durch die Sozialversicherten bezahlen zu lassen. Nicht nur diejenigen, die einen sicheren und in vielen Fällen unkündbaren Arbeitsplatz haben, wie z.B. der öffentliche Dienst, sondern auch freie Berufe und andere Gruppen unserer Gesellschaft müssen zur Lösung dieser Aufgabe Opfer bringen.

Es liegt in ihrem eigenen Interesse, Ausbildungs- und Arbeitsplätze auch für die junge Generation bereitzustellen, denn unsere Wirtschaft braucht Fachkräfte. Deshalb fordere ich die Unternehmer auf, alle Möglichkeiten auszunutzen, um auf Vorrat auszubilden aber auch auf Vorrat zu beschäftigen, damit die deutsche Wirtschaft auch in den 90er Jahren noch wettbewerbsfähig ist.

HOLGER BÖRNER

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Unsere sozialdemokratischen Vorstellungen zur Wirtschafts- und Finanzpolitik stoßen auf den hartnäckigen Widerstand der unionsregierten Länder. Worauf läuft die Wirtschaftspolitik der Konservativen in unserem Land hinaus?

Holger Börner:

Die konservativen Modelle zur Wirtschaftssanierung sind für uns kein Vorbild. Margaret Thatcher und Ronald Reagan haben die Modelle der konservativen Wirtschaftswissenschaft in ihren Ländern in die Praxis umgesetzt. Die Folgen für die Wirtschaft, für die Staatsfinanzen und insbesondere für die Arbeitnehmer und für die sozial Schwachen sind katastrophal. Präsident Reagan hatte versprochen, daß er mit Steuersenkungen und massiven Kürzungen der Sozialleistungen einen neuen Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft herbeiführen werde, der auch eine Sanierung der Staatsfinanzen mit sich bringt. Heute steht Reagan vor dem wirtschaftlichen Fiasko. Die Staatsverschuldung in den USA hat eine astronomische Größenordnung erreicht, die Massenarbeitslosigkeit hat weiter zugenommen und Armut und Elend sind größer geworden. Im Wahlprogramm der CDU für die Landtagswahl ist nachzulesen, daß die CDU diese Rezepte auf Hessen anwenden will. Das haben unser Land und seine Bürger nun ja wirklich nicht verdient. Wir müssen verhindern, daß die Arbeitnehmer als Versuchskaninchen für die Theorien konservativer Wirtschaftswissenschaftler mißbraucht werden.

NORDENSTADT NACHRICHTEN:

Herzlichen Dank für Deine Äußerungen. Wünschen wir uns - und besonders Dir - für den bevorstehenden Wahlkampf den entsprechenden Erfolg.

DER JUNGEN GENERATION EINE CHANCE

Recht auf Arbeit sichern, den sozialen Frieden erhalten. Hierin liegen die größten Forderungen an die Politik der nächsten Jahre.

Mit wachsender Zahl von Jugendlichen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, muß ein Mehr an Arbeitsplatzangeboten einhergehen. Sonst produzieren wir trotz guter Schulbildungsangebote Nachwuchs für die Arbeitslosigkeit. Dies kann und darf sich eine Gesellschaft nicht ungestraft leisten. Es müssen Mittel freigesetzt werden, die wirksame Beschäftigungsmaßnahmen finanzieren helfen.

Die Politiker sind gefordert! Besonders die Sozialdemokraten: sie wollen und müssen Garant einer glaubwürdigen Arbeitnehmerpolitik sein, um in den 80er Jahren bestehen zu können.

"Wir müssen der jungen Generation eine Beschäftigungsbrücke in die 90er Jahre bauen." So lautet ein Kernsatz der Denkschrift von Ministerpräsident Holger Börner zur Sicherung von Vollbeschäftigung und sozialem Frieden (s. auch Interview mit Holger Börner in dieser Ausgabe).

Wie kann das möglich gemacht werden?

- Wir brauchen ein staatliches Investitionsprogramm für die Bereiche Wohnungsbau, Umweltschutz, Fernwärmenutzung, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und zur Stützung der Strategie des "weg vom Öl".

- Wir brauchen eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Die Unterstützungszahlungen für Arbeitslose über die Bundesanstalt für Arbeit sind volkswirtschaftlich nicht länger vertretbar. Ein Arbeitsloser kostet jährlich durchschnittlich 24.000 DM. Dieses Geld ist sowohl aus Sicht des Staates wie auch aus der des Arbeitslosen sinnvoller als "Einkommen aus Arbeit" einzusetzen, als daß es als Entgelt für zwangsweises Nichtstun entgegengenommen werden muß.

- Wir müssen sowohl das Alter der Lebensarbeitszeit wie auch die laufende Arbeitszeit verringern. Dabei muß der vorzeitige Einstieg in den Ruhestand auf freiwilliger Basis ermöglicht werden. Damit schaffen wir zusätzliche Chancen für die jungen Arbeitssuchenden.

- Wir müssen die Arbeitslosigkeit nicht als Folge der hohen Gastarbeiterzahlen sehen. Wer würde denn die lebensnotwendigen aber unbeliebten Arbeiten in Reinigungsdiensten, Müllabfuhr, Schichtdienst, Kohlebergbau, etc. von uns übernehmen wollen, die heute reibungslos

und ohne Murren von den Gastarbeitern erledigt werden? Wer hier bleiben will, muß die Chance dazu erhalten. Der Annahmestop muß aber bestehen bleiben. Sonst rennen wir stets hinter der Lösung der Integrationsprobleme her. Dies schadet allen, den deutschen Arbeitnehmern und den ausländischen Arbeitnehmern, die hier auch in Zukunft leben und arbeiten wollen.

- Wir müssen die Kosten zur Finanzierung dieser Arbeitsmarktpolitik auf viele Schultern verteilen - und das möglichst gerecht! Dazu gehört nicht nur, daß die Arbeitnehmer bei Lohnverhandlungen Vernunft zeigen und maßvolle Tarifierhöhungen akzeptieren. Dazu gehört vor allem auch eine Ergänzungsabgabe von Höherverdienenden und die Einführung einer Arbeitsmarktsteuer auch für Beamte. Wer heute ein hohes Einkommen und einen sicheren Arbeitsplatz hat, von dem kann auch ein Solidaritätsbeitrag für die, "die draußen stehen" verlangt werden.

Die SPD ist angetreten, Beschäftigung für alle auch in den 80er Jahren zu sichern. Sie braucht hierzu die Unterstützung durch die Bürger. Sie hat deren Vertrauen auch über Jahrzehnte in der Vergangenheit verdient und wird dieses Vertrauen auch in Zukunft rechtfertigen.

N.J.

Nachrüstung mit chemischen Waffen.

Im politischen Windschatten der Debatte über den NATO-Doppelbeschluß vollzieht sich eine dramatische Entwicklung: Nachrüstung mit chemischen Waffen.

US-Präsident Reagan hat im Februar den Kongreß formell davon unterrichtet, daß Washington nach dreizehn Jahren die Produktion chemischer Waffen wieder aufnehmen will.

Die bisherige Planung sieht die Produktion von Artilleriemunition und Nervengasbomben vor, aber auch die Entwicklung chemischer Sprengkörper für Marschflugkörper (Cruise Missiles) und Raketen wird geprüft. Verteidigungsminister Weinberger im Mai 1981: "Es ist absolut notwendig für die Vereinigten Staaten, sofort mit der Beseitigung des chemischen Ungleichgewichts zwischen uns und der Sowjetunion zu beginnen. Wir brauchen eine stärkere Fähigkeit zum Rückschlag, um einen Ersteinsatz von chemischen Waffen durch die Sowjetunion abzuschrecken."

Moskau, so mäkkelt Washington, habe den einseitigen Produktionsstopp der USA seit 1969 nicht honoriert und ein beträchtliches eigenes Potential aufgebaut.

Westliche Experten schätzen das sowjetische Giftgas-Arsenal auf einen Bestand zwischen 30.000 bis über 70.000 Tonnen, während die USA nach offiziellen Angaben "nur" über 42.000 Tonnen Kampfstoffe Senfgas, Sarin und VX verfügen. Das Londoner Institut für Strategische Studien rechnet der Sowjetunion 350.000 Tonnen zu, räumt aber ein, daß es unmöglich sei, die Depotbestände chemischer Waffen einzuschätzen.

Amerikanische Befürworter der chemischen Nachrüstung weisen besonders auf angebliche Verletzungen der Konvention über das Verbot biologischer

Waffen durch die UdSSR sowie den Einsatz sowjetischer Kampfstoffe in Afghanistan, Laos und Kambodscha hin - ohne allerdings Beweise vorlegen zu können.

Seit 1969 hatten die USA darauf verzichtet, chemische Kampfstoffe zu produzieren. Während des Vietnamkrieges hatten sie noch rund 40.000 Tonnen des Entlaubungsmittels "Agent Orange" eingesetzt. In den siebziger Jahren scheiterten die jährlich vorgetragenen Forderungen amerikanischer Militärs, den einseitigen Produktionsstopp für chemische Waffen zu beenden, am Widerstand des Kongresses.

Im Mai 1981 dann entschied sich der US-Senat mit einer Mehrheit von 50:48 Stimmen für die Einführung binärer chemischer Kampfstoffe. Was diese "Modernisierung" bedeutet, beschreibt der SPD-Sicherheitsexperte Karsten D. Voigt so: "Die neueren Giftgase bestehen zumeist aus tödlich wirkendem Nervengas. Die geruchs-, geschmacks- und farblosen Nervengase sind zehn- bis hundertmal giftiger als Senfgas. Schon in mikroskopisch kleinen Mengen führen sie in wenigen Minuten über Schweißausbrüche, unkontrollierte Zuckungen und Erbrechen zum Erstickenstod, wenn nicht schnell eine künstliche Beatmung oder die Behandlung mit Medikamenten wie Atropin und Oximen eingeleitet wird."

Und die binären Kampfstoffe sind, so der CDU-Wehrexperte Rühle, chemische Substanzen, "die aus zwei nicht oder nur wenig toxischen chemischen Verbindungen erst kurz vor der Verteilung, zum Beispiel durch Granat-Einschlag, Bombenexplosion oder Versprühung" entstehen.

Die NATO gründet ihre Doktrin darauf, daß eine Überlegenheit des Gegners in Teilbereichen kompensiert wird durch die eigene Stärke in anderen. Da auf eine chemische Attacke beinahe zwangsläufig eine Reaktion mit Atomwaffen folge, brauche der Westen nicht mehr als ein kleines Vergeltungspotential, das jetzt bereits vorhanden sei. So argumentiert nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung der ehemalige stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Gert Schmückle. Nach seiner Ansicht steht fest, daß eine Vermehrung von C.Waffen "im Abschreckungs-System gar nichts bringt."

Außerdem wird im Genfer Abrüstungsausschuß der UN seit Jahren über ein Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen verhandelt. Zwar hat das "Genfer Protokoll" von 1925 den Ersteinsatz von chemischen Waffen verboten. Dennoch haben die Großmächte die Stoffe weiterhin gelagert. Umstritten ist in Genf vor allem, wie ein Verbot wirksam überprüft werden kann. Präsident Reagan will die sowjetischen Widerstände durch die eigene Stärke brechen.

Daß in der Bundesrepublik so wenig über chemische Waffen diskutiert wird, muß doppelt überraschen. Einmal wird schon jetzt auf deutschem Territorium (Bundesrepublik und DDR) Giftgas gelagert. Und im Fall eines Krieges wäre Deutschland das Einsatzgebiet dieser schrecklichen Waffen, die vor allem die Zivilbevölkerung bedrohen. Washington hat die Produktion der binären Waffen ohne Absprache im Bündnis beschlossen, vor einer Stationierung in Europa aber sollen die Verbündeten konsultiert werden. Im Jahre 1984 sind die ersten "modernisierten" Kampfstoffe einsatzfähig.

Diesen Artikel haben wir dem "Sozialdemokrat Magazin" (März 1982) entnommen.

Kennen »SIE« die Aufgaben des Ortsgerichtes und des Schiedsmannes?

Die Mitglieder des Ortsgerichtes für Nordenstadt und Delkenheim wurden zum 01.01.1982 vom Präsidenten des Amtsgerichtes Wiesbaden neu bestellt. Das Ortsgericht setzt sich aus dem Ortsgerichtsvorsteher und vier Ortsgerichtsschöffen zusammen.

Zum Ortsgerichtsvorsteher wurde wiederum Herr Heinrich SCHÄFER ernannt. Die Ernennung erfolgte auf Grund eines Vorschlages der Ortsbeiräte und der Stadtverordnetenversammlung.

Die Ortsgerichte haben verschiedene Aufgaben auf dem Gebiet der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Schätzwesens. Sie sind als Hilfsbehörden der Justiz tätig. Am häufigsten werden die Ortsgerichte zur öffentlichen Beglaubigung von Unterschriften im Zusammenhang mit der Bestellung einer Grundschuld oder Hypothek in Anspruch genommen. Daneben gibt es noch eine Anzahl von anderen Aufgaben: Abschriften öffentlicher oder privater Urkunden können beglaubigt werden. Sterbefallsanzeigen werden ausgestellt. Die ordentlichen Gerichte können das Ortsgericht beauftragen, sie über Besitzverhältnisse oder persönliche Verhältnisse von Personen zu informieren. Vermögensverzeichnisse und Nachlassinventare können vom Ortsgericht aufgestellt werden, ebenso können Maßnahmen zur Sicherung des Nachlasses durchgeführt werden.

Schließlich haben die Ortsgerichte noch wichtige Aufgaben im Zusammenhang mit Grundstücken. Dazu gehört auf Antrag eines Beteiligten oder auf Ersuchen einer Behörde bei der Feststellung und Erhaltung von Grundstücksgrenzen behilflich zu sein. Ebenso wird auf Antrag der Wert von Grundstücken, der Wert von Nutzungen eines Grundstückes, der Wert von Rechten an einem Grundstück, der Wert von Früchten, die noch nicht geerntet sind, sowie der Wert von Schäden an einem Grundstück geschätzt.

Natürlich können diese Leistungen nicht kostenlos angeboten werden. Wir glauben jedoch, daß die Gebühren des Ortsgerichtes relativ günstig sind. Ein paar Beispiele:

Die Beglaubigung einer Unterschrift kostet 5.-- DM; die Beglaubigung der Abschrift einer Urkunde 2.-- DM; die Sicherung des Nachlasses z.B. durch Siegelung je nach Wert des Nachlasses ab 6.50 DM und die Schätzung bei einem Geschäftswert von 50.000 bis 100.000 DM bedeutet eine Gebühr von 68.-- DM.

Sprechstunden des Ortsgerichtes sind jeden Mittwoch zwischen 17 und 18 Uhr im Gebäude der Ortsverwaltung, Hessenring 46.

Nun zu den Aufgaben der Schiedsmänner. Die Einrichtung der Schiedsstelle geht auf die Preußische Schiedsmannordnung

zurück. Die Schiedsmänner wurden bestellt, um bei bestimmten strittigen Rechtsangelegenheiten durch eine Sühneverhandlung eine Einigung zu erreichen. Sie sind ehrenamtlich tätig. Am bekanntesten sind die Sühneverfahren im Zusammenhang mit Hausfriedensbruch, Beleidigung, leichter vorsätzlicher und fahrlässiger Körperverletzung, Verletzung des Briefgeheimnisses, Sachbeschädigung und Bedrohung. Bevor bei diesen Delikten beim Amtsgericht eine Privatklage erhoben werden kann, muß vorher beim Schiedsmann ein Sühneverfahren durchgeführt worden sein. Die Schiedsmänner kann man aber auch bei zivilrechtlichen Streitigkeiten in Anspruch nehmen, wenn es sich um einen vermögensrechtlichen Anspruch handelt. Man kann beispielsweise, ohne das Gericht anzurufen, bei Mietstreitigkeiten oder, wenn ein Schadenersatzanspruch wegen Beschädigung oder Zerstörung eines Gegenstandes geltend gemacht werden soll, den Schiedsmann anrufen.

Die Verfahren beim Schiedsmann sind recht kostengünstig. Zur Zeit ist für eine Sühneverhandlung in zivilrechtlichen Streitigkeiten 5.-- DM, in Strafsachen 12.-- DM zu bezahlen. Der Antrag auf Anberaumung eines Sühntermins kann beim Schiedsmann entweder schriftlich eingereicht oder mündlich zu Protokoll gegeben werden.

ARBEITERWOHLFAHRT ORGANISIERT STADTRANDERHOLUNG 1982

Sozialzentrum der Arbeiterwohlfahrt,
Unter den Eichen 1 (Endstation der Bus-
linie 3).

Inhalte der Freizeiten:

Spielen, Basteln, Wandern und Ausflüge!
Sport und Spaß - Musik und Theater-
spiele! Gelegenheit zu einer warmen
Mahlzeit; kalte Getränke und Frühstück
müssen mitgebracht werden.

Unkostenbeitrag je Kind DM 20.--; bei
Geschwistern Ermäßigung auf DM 15.--.

Anmeldungen sind an die AW-Geschäfts-
stelle zu richten. Telefon 402041 -
Herr Jechimer.

Wir wünschen den Kindern auch in die-
sem Jahr eine gelungene Stadtrander-
holung. Damit dies nicht an finanziel-
len Dingen scheitert, hat auch der
Ortsverein der SPD-Nordenstadt mit ei-
ner Spende von DM 200.-- einen kleinen
Beitrag geleistet.

Nachdem die Stadt kein Geld mehr für
die Ferienspaziergänge zur Verfügung
stellt, hat die Arbeiterwohlfahrt ei-
genständig eine Stadtranderholung für
die zu Hause weilenden Schulinder or-
ganisiert.

Sie ist dabei auf Spenden angewiesen
und bittet alle, die mit der Strei-
chung der Stadtranderholung durch die
Stadt nicht einverstanden sind, die
AWO finanziell zu unterstützen. Spen-
den sind unter dem Kennwort "AW-Stadt-
randerholung 1982" auf das Konto der
Wiesbadener Volksbank, Konto Nr.
210 210 2 (BLZ 510 900 00) erbeten.

Die Ferienfreizeiten finden statt in
der Zeit vom 21.06. - 02.07.1982 und
vom 05.07. - 16.07.1982. Es werden je-
weils 120 Kinder (6 - 12 Jahre) auf-
genommen; jeweils von Montag bis Frei-
tag in der Zeit von 9.00 - 17.00 Uhr
in der Waldschule des Anny-Lang-Heimes.

VERKEHR(T)?

Wenn es um das Thema Verkehr geht,
werden hitzige Debatten unter großer An-
teilnahme der Bevölkerung geführt, wer-
den seitenlange Ausarbeitungen von be-
rufener und unberufener Seite vorge-
legt. Hier glaubt jeder, mitreden zu
müssen. Ganz egal, ob es dabei um die
Planung einer Schnellstraße geht oder
nur um die Aufstellung eines Haltever-
botsschildes.

Wenn es aber um den Abbau sozialer
Leistungen, um Einschränkungen der
Freiheiten (auf die gerade wir ja so
stolz sind) geht, herrscht Stille.
Diesen Teil der Politik überläßt man
den Politikern und läßt sich durch
die Presse informieren.

Gerade in den letzten Jahren, wo der
Einfluß der SPD durch Mehrheiten der
CDU (im Bundesrat, in verschiedenen
Ländern und auch in unserer Stadt) zu-
rückgedrängt wurde, wäre ein solcher
Protest notwendig, um gemeinsam die
sich verbreitende konservative Poli-
tik zurückzudrängen.

Wo bleibt der Protest gegen schon wie-
der angekündigte Fahrpreiserhöhungen,
gegen die Schließung der Bäder, gegen
die Streichung der Ferienspaziergänge,
gegen die Verhinderung der Errichtung
von Sozialwohnungen (obwohl das Land
Hessen ausreichende Mittel bereit-
stellte), gegen die Schließung und un-
zureichende Betreuung von Jugendzen-
tren, gegen

WW

OSCHATZ verläßt das sinkende Schiff

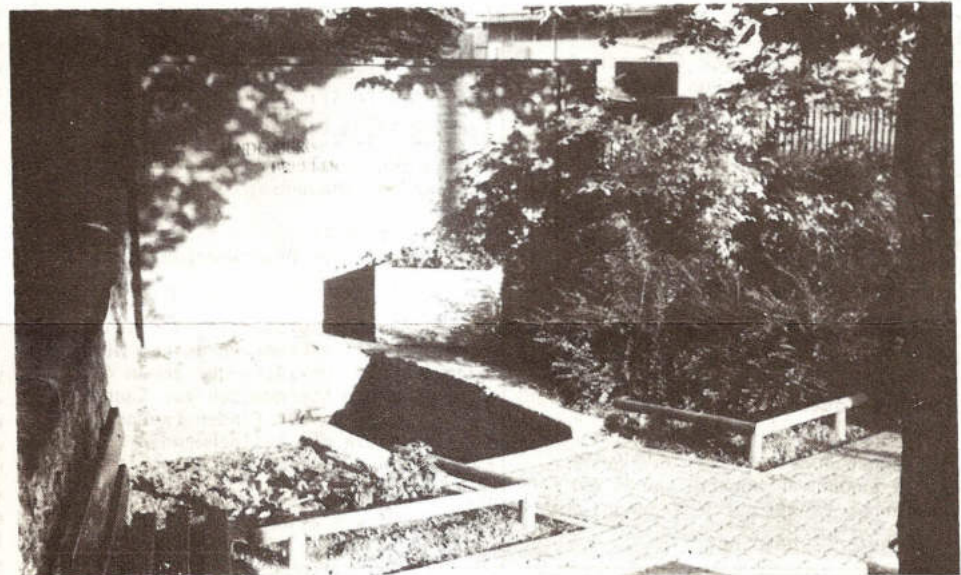
Wiesbaden ist nach den Berechnungen
der Kämmerer im Verhältnis die am
höchsten verschuldete Stadt in der
Bundesrepublik. Im Grunde geht hier
"nichts mehr" oder eben kaum noch
etwas. Ist es das, was unseren Ober-
bürgermeister flüchten läßt? Man muß
es fast annehmen. Denn ist der Tausch
eines Oberbürgermeisterstuhls mit
dem eines Staatssekretärs in einer
Landesregierung wirklich eine so ein-
leuchtende Alternative?

Oschatz sieht wohl eine. Auf jeden
Fall wird er eine ruhigere, geordne-
tere Arbeit antreten können, und nicht
wie in Wiesbaden sich Tag für Tag mit
neuen Problemen herumschlagen müssen.
Noch dazu mit einer Mehrheitsfraktion,
die nicht immer auf ihn hören mag.
"Nein, ein Zerwürfnis mit seiner Frak-
tion" habe es nie gegeben, meint
Oschatz. Nun ja, einen Reisenden kann
man sicher nicht mehr aufhalten.
Wird Hans-Joachim Jentsch nun Nach-
folger von Oschatz? Sicher. Die CDU-
Mehrheitsfraktion hat sich bereits
einstimmig dafür ausgesprochen.

Auf wackeligen Beinen steht auch die
Vereinbarung zum Allparteienmagistrat.
Für die SPD-Fraktion werden die Haus-
haltsberatungen im Juni "Prüfstein"
für eine Weiterführung des Allpartei-
enmagistrats sein. "Eine Kurskorrek-
tur sei wohl notwendig" - so Sozial-
dezernent Exner. So wird die SPD ih-
re Haltung zu einem OB-Kandidaten
Jentsch abhängig machen von der Ein-
stellung der CDU-Fraktion zu einer
Reihe von Anträgen für den Doppel-
haushalt 1982/83. Zum Beispiel
die Forderung nach der Schaffung von
Planstellen für die offene Jugendar-
beit in Jugendzentren; ein größeres
Engagement der Stadt für den sozia-
len Wohnungsbau.

Viel Aussicht auf Erfolg besteht
aber nicht, denn all diese Anträge
wurden bereits einmal im Finanz-
und Wirtschaftsausschuß mit CDU-Mehr-
heit abgelehnt.

Ob ein OB-Kandidat Jentsch da einen
neuen "Kurs" durchsetzen kann/will?
KK



Neubepflanzt haben Mitglieder des SPD-Ortsvereins Nordenstadt den Hinden-
burg-Brunnen, der unter den Nordenstädtern als HORSCHM bekannt ist.
Da die städtischen Mittel aus der Aktion "Schöneres Wiesbaden" zur Pflege
und Unterhaltung von stadt-eigenen Grünflächen durch die CDU-Mehrheit im
Wiesbadener Stadtparlament gestrichen wurden, mußten die Aufwendungen von
den Initiatoren getragen werden.

Ganz in den Mai

Weit über Nordenstadt hinaus bekannt
ist der Tanz in den Mai, der alljähr-
lich in der Taunushalle veranstaltet
wird.

Daher ist es auch nicht verwunderlich,
daß der größte Teil der zur Verlosung
ausgesetzten Preise nach "draußen"
ging. Verlost wurden unter den fast
600 Teilnehmern eine Busreise nach

Paris für zwei Personen, ein Tele-
spiel, ein Minionbandgerät sowie
mehrere Schallplatten- und Buchgut-
scheine. Überreicht wurden die Preise
von dem Vorsitzenden der SPD-Landtags-
fraktion, Horst WINTERSTEIN, der zu
diesem Zweck eigens in die Taunushalle
gekommen war.

WW

KLEINTIERZUCHTVEREIN FEIERT 75 - Jubiläum

So erstreckten sich die Fest-
veranstaltungen von einer akademischen
Feier am Donnerstag, 3. Juni, über ei-
nen großen "bunten Abend" und einer
Tanzveranstaltung bis hin zum gemü-
tlichen Frühschoppen am Sonntagmorgen.
Die Vereinsgeschichte weist einen stetigen
Fortschritt auf. Lokal- und Kreis-
schaften hatten die Nordenstädter Klein-
tierzüchter schon immer durchgeführt.
Aber mit der Bundesschau 1976 kam für
den Verein der Höhepunkt dazu. Über
1.800 Tiere wurden damals in Norden-

stadt ausgestellt.

Bei allen Erfolgen ist es dem Klein-
tierzuchtverein bislang allerdings
nicht gelungen, eine eigene Zuchtan-
lage zu bekommen. 1969 wurden die
ersten Bemühungen in dieser Richtung
unternommen und 1981 wurde eine Klein-
tierzuchtanlage sogar in den Flächen-
nutzungsplan für Nordenstadt aufge-
nommen. Eine eigene Zuchtanlage ist
das Ziel des Vereins.
Wir wünschen dem Verein weiterhin eine
so erfolgreiche Arbeit.

f.Sp.

SCHULFEST AM 12. JUNI 1982.

Auf Hochtouren laufen die Vorbereitungen für das am 12. Juni 1982 angesetzte Schulfest der Grundschule Nordenstadt.

Spiel, Spaß und Spannung hat der Festausschuß als Ziele bei der Programmgestaltung genannt. Nach einem gemeinsamen Auftakt um 14 Uhr gibt es Spiele, Verkaufsstände, Theatervorführungen, Ausstellungen in allen Räumen und auf dem Schulhof. Beim Malen, Geschicklichkeitsfahren mit dem Fahrrad, Ponyreiten, Ballwurfspiel oder einer der vielen anderen Vergnügungen kann jedes Kind auf seine Kosten kommen. Flohmarkt, Blumenverkauf, Amerikanische Versteigerung runden das Angebot auch für die Erwachsenen ab. Für das leibliche Wohl wird selbstverständlich auch gesorgt sein.

Na, wer wird da hinter dem Ofen sitzen bleiben können? Übrigens, das Fest kann auch durch schlechtes Wetter nicht behindert werden. Aber gutes Wetter ist natürlich besser; deshalb schon heute: Daumendrücken!

N.J.

A U S !!

"Wir bemühen uns weiter um die Fortführung der Bahnbuslinie Wiesbaden - Flughafen Frankfurt über den 22.05.1982 (Fahrplanwechsel) hinaus" hieß es in einem Schreiben des Regierungspräsidenten von Darmstadt, das die Redaktion der NORDENSTADT NACHRICHTEN Mitte April erhielt. Danach sollte ein privates Busunternehmen gefunden und die Flughafen AG um eine Kostenbeteiligung gebeten werden.

Alles vergeblich!! Wie wir dem neuen Fahrplan entnehmen können, wurde der Flughafenbus ersatzlos gestrichen!

Bürgernahe Entscheidung?



60 Jahre



Freiwillige Feuerwehr Nordenstadt

Am 15. Juli 1922 wurde die Freiwillige Feuerwehr Nordenstadts gegründet. Heute - 60 Jahre später - kann der Vorsitzende Ernst RIETZE stolz auf 400 Mitglieder verweisen.

Wir gratulieren unserer Feuerwehr sehr herzlich und hoffen, daß sie auch weiterhin ihren eigentlichen Aufgaben "retten - löschen - bergen - schützen" nicht allzu häufig nachkommen muß.

Nachstehend das Festprogramm der FFN:

Sonntag 25. Juli - 11,15 Uhr

Friedhof Oberfortstraße: Totenehrung unter Mitwirkung des Fanfarenzuges und aller Aktiver der Freiwilligen Feuerwehr in Dienstkleidung.

Freitag 30. Juli - 20.00 Uhr

Taunus-Halle, Heerstraße 60: Festkommers. Gesondertes Programm wird noch veröffentlicht.

Samstag 31. Juli - 16.00 Uhr

Schauübung im alten Ortsbereich; anschließend Schauübung der Jugendfeuerwehr.

Und abends um 20.00 Uhr findet in der Taunus-Halle der Feuerwehrball statt.

Sonntag 1. August - 13.30 Uhr

Eintreffen und Aufstellung der teilnehmenden Gäste-Feuerwehren und der Musikgruppen. Um 14.00 Uhr gehen die Züge in einem Sternmarsch zur Taunus-Halle. Um 15.00 Uhr finden Freundschaftsspiele der teilnehmenden Musik-, Fanfaren und Spielmannszüge statt.

Die Feuerwehr hofft auf einen regen Besuch und vor allen Dingen gutes Wetter.



Aus dem Ortsbeirat

In der April-Sitzung des Ortsbeirates war die Vorlage des Haushaltsplanentwurfes, in dem von den bereits Mitte des vergangenen Jahres einstimmig angemeldeten Vorhaben nur mehr ein einziges enthalten ist, mehr als enttäuschend. Bei dieser einzigen Maßnahme handelt es sich um den erforderlichen Bau des Regenüberlaufbeckens, mit dem vermieden werden soll, daß bei starkem Regen die Gartenanlagen auf der Delkenheimer Gemarkung unter Abwasser stehen. Alle übrigen Vorhaben wurden nicht berücksichtigt, obwohl das Investitionsprogramm bis zum Jahre 1985 reicht.

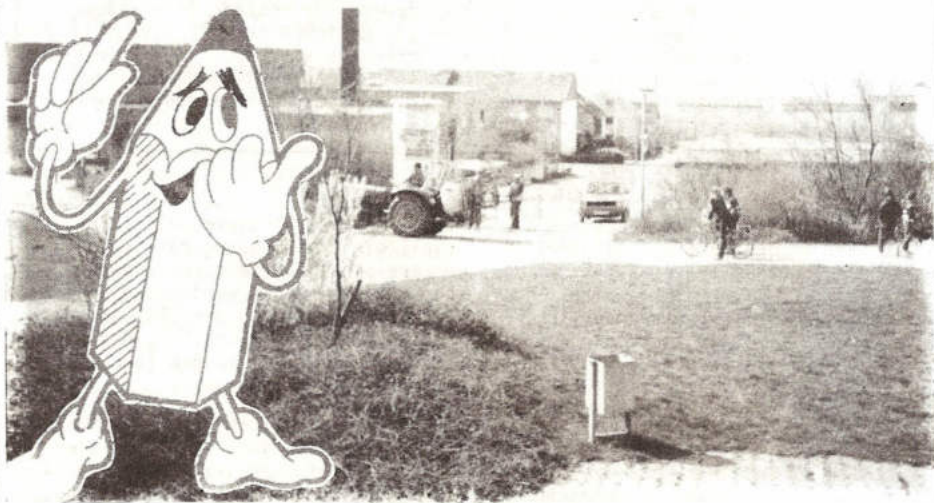
Von dieser Streichung ist auch der Anschluß des Westringes an die Erbenheimer Kreisstraße betroffen. Hier sind noch nicht einmal die Mittel für die Planung berücksichtigt. Da der Ortsbeirat von dieser Maßnahme eine Verkehrsberuhigung erwartet, bei einem Planungsbeginn nach 1985 aber vor 1990 nicht mit einer Realisierung gerechnet werden könnte, beschloß der Ortsbeirat einstimmig, daß diese und die übrigen Maßnahmen im Rahmen des ausstehenden Nachtragshaushaltes zu berücksichtigen sind.

Über die Rechtsgültigkeit des Eingliederungsvertrages und der Zuständigkeiten der Ortsverwaltung wurde sehr heftig und teilweise kontrovers diskutiert. Durch die Annahme eines SPD-Antrages bei nur einer Gegenstimme von Heinz Schrodt (CDU-Wortführer) wird der Magistrat aufgefordert, die Zweifel an der Rechtsgültigkeit des Eingliederungsvertrages zu beseitigen. Mit Nachdruck forderte der Ortsbeirat, unverzüglich alle politisch und rechtlich notwendigen Schritte zu tun, um alle Rechtsmängel zu beheben.

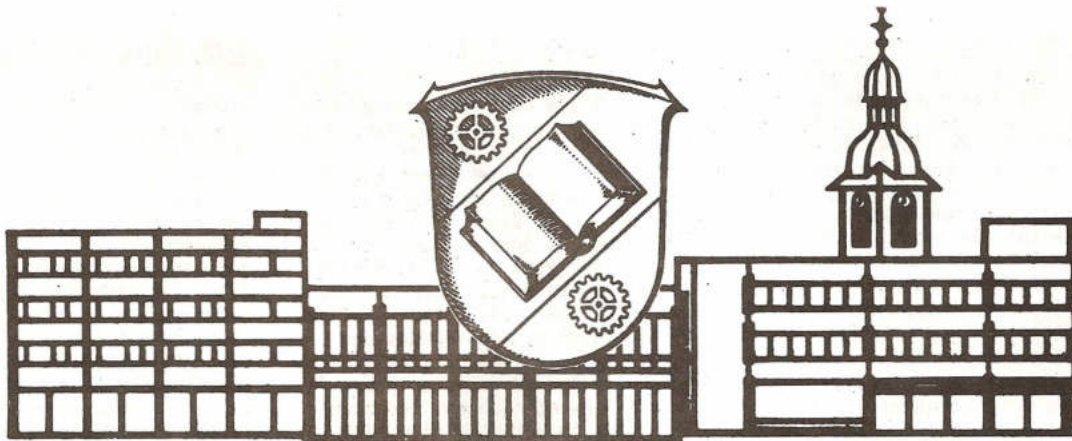
Außerdem wird der Magistrat aufgefordert, alles zu unterlassen, was die Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten der Ortsverwaltung beeinträchtigen könnte. Die Zuständigkeiten und die personelle Ausstattung der Ortsverwaltung sollten unverändert beibehalten werden.

In einem einstimmig angenommenen SPD-Antrag wendet sich der Ortsbeirat "entschieden" gegen eine Erhöhung der Beiträge für die städt. Kindertagesstätten und gegen eine Erhöhung der Gruppenstärke über die derzeit geltenden Richtwerte (2 qm je Kind) hinaus.

Handwritten signature



Gleich ein Traktor war erforderlich, um die Menge Herbizide anzuschleppen, die für die Unkrautvernichtung an Nordenstadt's zur Zeit einziger Grünanlage angeblich notwendig sind. Nach den Worten eines Aufsehers aber "völlig ungefährlich" (???). Ob da nicht doch ein Zusammenhang besteht, zwischen dem Tod eines Ponys vom Circus Caroli (der am 26. und 27. Mai auf dem Festplatz gastierte) das in der Umgegend weidete? Wir meinen der Ortsbeirat sollte sich um eine Aufklärung bemühen, schließlich spielen hier auch Kinder.



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

6. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert

August/Sept. 1982

--- Nachrichten +++ Unterhaltung +++ Meinungen +++ Hintergrund +++

> Nordenstadt Zentrum des Ländchens? <

Als Urlaubslektüre konnten einige Mitglieder des Ortsbeirates die vom Magistrat in Auftrag gegebene "Versorgungs- und Zentralitätsuntersuchung der östlichen Stadtbezirke" in das Gepäck stecken.

Hinter dieser Ausarbeitung steckt im Grunde nichts als die Auflistung vorhandener privater und öffentlicher Versorgungseinrichtungen. So z.B. die Ermittlung der Anzahl der Kindergartenplätze und der Schüler, der Anzahl der Einzelhandelsgeschäfte nach Branchen und die Verkaufsflächen in Quadratmetern pro Einwohner.

Besonders im Hinblick auf das beobachtete Einkaufsverhalten wird der Schluß abgeleitet, daß sich Nordenstadt zum Zentrum des Ländchens entwickelt habe. Diese zentrale Funktion ergibt sich jedoch im wesentlichen daraus, daß die Ansiedlung des Massamarktes und die Überrepräsentation von Möbel- und Teppichmärkten eine hohe Anziehungskraft besitzen.

Auf den Stadtteil Nordenstadt entfallen nach dieser Untersuchung etwa 50 % aller Verkaufsflächen des Untersuchungsgebietes; der Anteil der Wohnbevölkerung beträgt nur 10 % des Untersuchungsgebietes.

Daß Waren des täglichen Bedarfs (z.B. Lebensmittel) nur von 72 % der Nordenstadter Bevölkerung auch in Nordenstadt gekauft werden, ist ein Beweis dafür, daß es sogar hier einer Ergänzung bedarf. Zum Beispiel könnte man sich die Einrichtung eines Nordenstadter Wochenmarktes auf dem Gelände des Gemeindezentrums sehr gut vorstellen, auf dem vorzugsweise Nordenstadter Landwirte und Einzelhändler ihre Waren anbieten.

Das mit der Untersuchung beauftragte Büro für regionale Strukturplanung und Wirtschaftsplanung kommt auch zu dem Schluß, daß es in Nordenstadt an "einer richtigen Geschäftsstraße mangelt und daß eine Konzentrierung von Geschäften wünschenswert" sei. Dieser Feststellung kann nicht widersprochen werden.

Schärfsten Widerspruch fordert jedoch der Vorschlag heraus, eine solche Konzentrierung auf dem zur Zeit brachliegenden Grundstück an der Schule vorzunehmen. Hätten die Verfasser sich auch die sehr spärlich vorhandenen öffentlichen Grünflächen angesehen, wären sie möglicherweise auf einen derartigen Vorschlag erst gar nicht gekommen. Oder vielleicht steckt ja auch eine bestimmte Absicht dahinter? Der Ortsbeirat sollte auf alle Fälle wachsam sein!

Öffentliche Einrichtungen

Nach Auffassung des Verfassers ist die Versorgung mit öffentlichen Einrichtungen gut, es müßten nur für einige Gebiete größere Entfernungen zurückgelegt werden.

Wir wissen nicht, wie der Verfasser zu dieser Aussage kommt. Hätte er sich mit den Benutzern der öffentlichen Einrichtungen unterhalten, so wäre ihm bestimmt nicht entgangen, daß es in Nordenstadt an öffentlichen Einrichtungen mangelt. ▷



Auf dem Bolzplatz an der TAUNUSHALLE.

SPIELANGEBOTE:

- Nagelbalken, Büchsenwerfen
- Eierlaufen, Sackhüpfen
- Sonntagsmaler
- Wurstschnappen
- Luftballonspießen

LIBERAL SIND KLEINE PREISE ZU GEWINNEN!
Für Hungerige und Durstige wird gesorgt!

Alle Kinder und deren Eltern sind herzlich eingeladen!!

NORDENSTADT - Zentrum des Ländchens ?

Hätte sich der Verfasser der Mühe unterzogen, auch die Bevölkerungsstatistik zu analysieren, so wäre ihm auch nicht entgangen, daß wir für den hohen Anteil jugendlicher eigentlich ein Jugendzentrum bräuchten. Der einzige kleine Raum im Souterrain der Taunus-Halle kann doch wohl nicht als ausreichend angesehen werden.

So bemüht sich z.B. die Nordenstadter Jugendgruppe "Die Falken" seit ihrem Bestehen um geeignete Räume - bisher leider ohne Erfolg.

Auch die Kapazität der Nordenstadter Sporteinrichtungen ist so ausgelastet, daß die Erweiterung der Sportanlagen nicht mehr weiter auf die lange Bank geschoben werden kann.

Nach der vorliegenden Bevölkerungsprognose wird Nordenstadt auf etwa 8.000 Einwohner anwachsen. Wenn Nordenstadt darüber hinaus eine zentrale Bedeutung haben oder erhalten soll, ist auch das Fehlen eines Volksbildungswerkes und anderer kultureller Einrichtungen augenfällig.

Über die Verwendbarkeit und die Ausstattung der in Nordenstadt vorhandenen Spielplätze wird in der Studie auch eine Aussage gemacht. Wie jedoch die Nordenstadter Kinder sich Spielplätze wünschen, kann einem weiteren Artikel dieser Ausgabe entnommen werden.

WW

Sprechstunden der NORDENSTADT NACHRICHTEN

Regen Gebrauch machen die Bürger Nordenstadts von den Sprechstunden der NORDENSTADT NACHRICHTEN. Seit November letzten Jahres wenden sich Bürger an uns, wenn es um Behördenbürokratie geht, wenn es um die Entgegennahme von Anregungen und Beschwerden geht.

So erhielten wir während der letzten Sprechstunde vor unserer Sommerpause die Anregung, dem Hindenburg-Brunnen seinen alten Namen wiederzugeben - nämlich HORSICHEM. Ein guter Vorschlag, wie wir meinen, um die alten überlieferten Bezeichnungen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Nachdem die Ferienzeit wieder vorbei ist, stehen wir wieder an jedem 1. Dienstag im Monat zur Verfügung. Also am 7. September, 5. Oktober, jeweils von 18 bis 19 Uhr im Sitzungsraum des Gemeindezentrums (1. Stock).

Die Redaktion

Gärtnern ohne Gift

Der Schlüssel zum Erfolg für unseren Öko-Garten ist der gesunde Gartenboden. Hier sollte man mit einem Blick in die Natur beginnen. Wie sieht dort eigentlich die Bodenpflege aus? Entweder wird der Boden mit einer dichten Laubschicht zugedeckt oder es siedeln sich sofort eine Vielzahl von Wildkräutern an, die wir dummerweise immer nur als Unkraut bezeichnen. Die Wirkung auf den Boden ist einmalig: die Verdunstung wird geringer, die Temperaturen gleichmässiger, die Bodenorganismen haben optimale Lebensbedingungen. Beachten wir besonders im Herbst einige wichtige Grundregeln, dann gelingt es uns ohne chemischen Dünger das Bodenleben zu fördern, Lebensraum für vielfältige Tiere und Pflanzen zu schaffen.

Der Regenwurm ist der Hauptbewohner unseres Gartens! Ist der Boden in Ordnung, ist er noch nicht kaputtgedüngt, haben wir auch keine Blattläuse, keinen Mehltau etc. Wir müssen dem schädlichen Ungeziefer nicht nur mit Brennesseljauche usw. zu Leibe rücken, wir müssen zu allererst den Boden wieder gesund pflegen.

Fegen Sie Ihren Garten im Herbst nicht aus wie ein Wohnzimmer. Gönnen Sie dem Boden nicht nur das Laub von allen Bäumen, decken Sie zusätzlich auch noch ab mit Hecken-, Rosen- und Rasenschnitt vom Nachbarn, wenn die Öko-Wiese nicht gemäht werden soll. Den Spaten brauchen wir nur noch zum Ausheben der Baumscheiben. Graben Sie nie mehr den Garten um, Sie zerstören den Boden! Nur mit der Grabegabel lockern. Bis zum Frühjahr ist die Bodenabdeckung verrottet und der Boden lockerer. Nie mehr Torf in unseren Garten. Wir nehmen Komposterde von unserem Komposthaufen. Nie mehr chemischen Dünger. Wir lassen alle Gemüswurzeln (Bohnen, Erbsen, besonders wichtig: Kohlrabi-Wurzeln) stehen, sie verfaulen und geben dem Boden den besten Dünger ab. Genausogut ist auch: im August Lupinen aussäen, später abhacken und bis zum Frühjahr liegen lassen.

Pflanzen Sie Königskerzen in Ihren Garten. Sie sind nicht nur gut als Tee gegen Husten und Erkältungskrankheiten. Sie sind auch der beste Schutz gegen Wühlmäuse.

Gift und Kunstdünger sind im Hobbygarten völlig überflüssig! Im Hausgarten brauchen wir keine Superernte - nur eine optimale Ernte.

E.Sp.

TON-Kunst in Nordenstadt

Christa HAMPEL wohnt und wirkt seit vier Jahren in Nordenstadt. Durch das WALLAUER FACHWERK fand die gelernte Handwerksmeisterin auf dem Weg über Makrame, Batik und Trockenblumenarbeiten zu ihrem heutigen Metier - der Keramik.

Aus massiven Tonplatten heraus modelliert sie ihre bevorzugten Motive: Landschaften und Bäume. Die Palette ihrer Arbeiten ergänzt sich durch handaufgebaute Kerzenständer, Schalen und Tongefäße.

Der anschließende Brand und die Glasur lassen ihre Werke leben. Sie heben die Konturen hervor und bringen Tiefe zum Ausdruck.

Christa Hampels Arbeiten finden Beachtung. Ausstellungen in Mannheim, Karlsruhe, in Mainz auf dem Künstlermarkt zeugen davon. Momentan ist ein Teil ihrer Werke in Essen zu sehen. Demnächst möchte sie auch in Nordenstadt ihre Arbeiten in einer Ausstellung vorstellen, in denen sie selbst die Verwirklichung von künstlerischen Ideen durch die handwerkliche Bearbeitung des Grundstoffes Ton sieht.

E.Sp.



FÖRDERSTUFE AB 1983

Die Vorbereitungen zur flächendeckenden Einführung der Förderstufe in Wiesbaden haben mit Beginn des Schuljahres beim Staatlichen Schulamt begonnen. Wie in dann über 65 Prozent der hessischen Schulbezirke werden auch die Schüler und Eltern in Wiesbaden während des zwei Jahre länger währenden gemeinsamen Unterrichts in den Klassen 5 und 6 die Neigungen und Fähigkeiten des einzelnen Schülers eingehender als bisher erkunden können. Erst am Ende der 6 Klasse wird dann die entscheidende Wahl über den weiteren Bildungsweg zu treffen sein.

Dieser Entscheidung der Landesregierung ging eine gründliche Prüfung der sächlichen und personellen Voraussetzungen, die für Wiesbaden positiv beurteilt wurden, voraus. Neben den bestehenden acht Standorten sieht die inzwischen veröffentlichte Verordnung weitere elf Förderstufenstandorte vor. Die schulorganisatorischen Einzelheiten, d. h. insbesondere die Zuordnung der Grundschulen zu den einzelnen Standorten, werden rechtzeitig geklärt. Die Nordenstadter Schüler werden wahrscheinlich einer Förderstufe in Erbenheim zugeordnet werden.

N.J.

“Es geht um mehr - Die SPD kämpft um Hessen“

In Hessen steht bei der Wahl am 26. September viel auf dem Spiel: Die Fortsetzung der seit 30 Jahren bewährten sozialdemokratischen Politik. Nach der Koalitionsentscheidung der F.D.P. zugunsten der CDU kämpft die SPD alleine dafür, daß Hessen sozial und frei bleibt. Darüber hinaus muß die Friedens- und Entspannungspolitik von Helmut Schmidt gesichert bleiben.

Um die große Bedeutung der hessischen Wahlentscheidung sichtbar zu machen, wird die SPD am 28. August in Wiesbaden ein Hessentreffen unter dem Motto "Es geht um mehr - Die SPD kämpft um Hessen" veranstalten, das Politik und Kultur miteinander verbindet.

Ab 10 Uhr findet in der Wiesbadener Fußgängerzone ein wechselvolles Programm aus kulturellen Darbietungen und politischen Diskussionen statt, an dem die Mitglieder des SPD-Bundesvorstandes, ausländische Gäste wie Anker Joergensen aus Dänemark, Kalevi Sorsa aus Finnland und Felipe Gonzales aus Spanien sowie die sozialdemokratische Wählerinitiative und namhafte Künstler teilnehmen.

Am Nachmittag sprechen auf dem Schloßplatz der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, Bundeskanzler Helmut Schmidt und der Hessische Ministerpräsident Holger Börner.

Die Sozialdemokratische Partei lädt zu diesem Hessentreffen am 28. August alle Wiesbadener Bürger herzlich ein.

Weitere ausführliche Informationen finden Sie auf unseren Plakattafeln, auf Flugblättern und in den Wiesbadener Tageszeitungen.

"Die Seite des Wahlkämpfers"

HESSEN VOR DER LANDTAGSWAHL

Die Sommerferien sind zu Ende und nur noch wenige Wochen trennen uns von den Wahlen zum Hessischen Landtag am 26. September 1982.

Bei diesen Landtagswahlen geht es ausschließlich - aber dies mehr denn je - um die Lebensverhältnisse aller hessischen Bürger in den nächsten Jahren. Es geht darum, ob Hessen sozial und frei bleibt.

Bei dieser Entscheidung sind wir Sozialdemokraten auf uns allein gestellt. Die FDP hat sich bekanntlich zu Ferienbeginn gegen Holger Börner und für Alfred Dregger entschieden. Und dies, nachdem sie gemeinsam mit der SPD noch wenige Tage zuvor eine erfolgreiche Bilanz der sozial-liberalen Koalition in Hessen in den letzten Jahren festgestellt und darüberhinaus erklärt hatte, daß die Zusammenarbeit stets von großem gegenseitigen Vertrauen und der Bereitschaft zu fairem Kompromiß gekennzeichnet war.

Die FDP hat sich für einen Mann entschieden, von dem der FDP-Vorsitzende wenige Monate zuvor sagte: "Wir brauchen keinen lautstarken Erretter der Nation", nachdem der CDU-Spitzenkandidat Dregger die Deutschen aufgefordert hatte, "aus dem Schatten Hitler's herauszutreten."

Die konservativen Ziele der CDU und ihre plötzliche und keinem recht verständliche Unterstützung durch die FDP zeigen:

Wer sozialliberale Politik will, muß am 26. September Holger Börner und die SPD wählen. Die SPD muß stärkste Partei werden.

Alle Spekulationen von irgendwelcher Seite, die SPD würde statt dessen auf einen Einzug der Grünen ins Hessen-Parlament hoffen, sind widersinnig und gehen ins Leere. Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit - Kernstücke sozialdemokratischer Politik - spielen bei den Grünen, wenn überhaupt, nur eine untergeordnete Rolle. Schon diese inhaltlichen Unterschiede und Gegensätze schließen eine parlamentarische Zusammenarbeit aus. Eine solche Zusammenarbeit wird im übrigen von dieser Gruppierung selbst abgelehnt. Somit ist jede Stimme für die Grünen eine Stimme gegen sozialliberale Politik in Hessen.

Jede Stimme für die Grünen ist eine Stimme mehr für Alfred Dregger!



Horst Winterstein
SPD-Fraktionsvorsitzender im
Hessischen Landtag

Bei den Landtagswahlen am 26. September geht es nicht nur um unser Hessen, das sozial und frei bleiben muß. Die Haushaltsberatungen in Bonn haben jedem klar gezeigt, daß die Hessen-Wahl ein Test für die Bundespolitik sein soll. CDU und FDP wollen über Hessen Helmut Schmidt stürzen. Es geht also auch um den Kanzler - um seine Friedenspolitik, seine Beschäftigungspolitik und seine Politik des sozialen Friedens und der sozialen Gerechtigkeit.

Für eine Entscheidung zugunsten der SPD am 26. September sprechen unsere Leistungen der letzten Jahre, eine Erfolgsbilanz sozial-liberaler Politik.

Am 28. August können Sie in Wiesbaden was erleben.

Redner, Sänger, Sportler, Händler, Schriftsteller,
Ministerpräsidenten, Musiker und eine Menge Spaß
aus Hessen und aus aller Welt.



Die Sozialdemokratische Partei regiert seit mehr als 30 Jahren in Hessen. Hessen ist während dieser Zeit von einem armen, strukturschwachen zu einem wirtschaftsstarken Land geworden, das im Rahmen des Finanzausgleichs große Summen an andere Bundesländer überweist.

Sozialdemokraten in Hessen - der Name Georg August Zinn steht hier an erster Stelle - haben mit ihrer Politik Impulse für andere gegeben.

Der Versorgungsgrad unseres Landes mit Kindergärten, modernen Schulen, Bürger- und Gemeinschaftshäusern, mit Schwimmbädern und sonstigen Sport- und Freizeitanlagen, mit Altenwohnheimen und Gesundheitseinrichtungen war und ist vorbildlich.

Sozialdemokratische Politik hat unser Hessen-Land geprägt und wir können stolz auf unsere Leistungen sein.

Die SPD gibt Hessen nicht kampflos ausgerechnet an einen Politiker wie Alfred Dregger, denn Hessen muß sozial und frei bleiben. Holger Börner muß Ministerpräsident bleiben, Helmut Schmidt muß Bundeskanzler bleiben.

Und dies deshalb,

- weil wir alle auch weiterhin in Frieden leben wollen - denn ohne Frieden ist alles nichts,
- weil wir alle einen Arbeitsplatz haben wollen, denn ohne Arbeit gibt es keine Sicherheit,
- weil wir unseren Kindern Bildungschancen und Ausbildungsplätze gewährleisten müssen, denn ohne Bildung und Ausbildung gibt es keine sichere Zukunft,
- weil wir unseren Eltern einen gesicherten Lebensabend erhalten möchten, denn das haben sie verdient.

Und noch ein Wort zu Holger Börner: In schwierigen Zeiten, die gekennzeichnet ist von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen, arbeitet er seit 1975 für unser Land als Ministerpräsident. Er steht dabei für Gradlinigkeit und Anstand in der Politik. Er steht dafür, daß Bewährtes erhalten bleibt und Notwendiges solide, entschlossen, zielbewußt und auch selbstkritisch angegangen wird. Holger Börner ist kein Mann des bequemen Weges. Er handelt aus Sorge um den sozialen Frieden, um die wirtschaftliche Sicherheit der Familien und die Zukunftschancen der jungen Menschen.

Deshalb muß die Entscheidung am 26. September lauten:

FÜR HOLGER BÖRNER UND DIE SPD!

99 NORSCHTER ALLERLEI 99

Der TUS Nordenstadt 1883 e.V. ist turnusgemäß 1982 Ausrichter der diesjährigen Kerb, die vom 28. - 30. August in der Taunushalle und drumherum stattfindet.

Als Motto wählte der TUS-Vorstand "NORSCHTER ALLERLEI".

Die Kerb wird am 28. August um 19,30 Uhr durch einen Kinderfackelzug eröffnet. Die Aufstellung des Zuges findet in der Turmstraße - gegenüber der evangelischen Kirche - statt. Für die musikalische Begleitung hat sich der Musikverein Nordenstadt bereit erklärt.

Am Sonntag, dem 29.08., beginnt um 13 Uhr die Aufstellung des Kerbezuges in der Heerstraße, der sich dann gegen 13,30 Uhr durch die Junkernstraße - Robert-Stolz-Straße - Oberpfortstraße - Holzweg - Borkestraße - Breckenheimer Weg - Wallauer Weg - Hunsrückstraße - Stolbergerstraße - Heerstraße bis zur Taunushalle bewegt.

An dem Zug beteiligen sich alle Ortsvereine mit selbstgebastelten Motivwagen, die entsprechend dem Motto vom Kerbeauschuß ausgewählt wurden.

An allen drei Tagen spielt die bekannte Tanz- und Stimmungskapelle "Treffpunkt". Am Samstagabend - nach dem Fackelzug -, am Sonntag- und auch am Montagabend kann dann nach Herzenslust das Tanzbein geschwungen werden.

Der übliche Frühschoppen am Montag findet diesmal nicht in der Halle, sondern in den einzelnen Nordenstädter Lokalen statt. Auf dem Bolzplatz gibt es natürlich wieder den üblichen Rummel, für den sich sicher nicht nur die Kinder schönes Wetter erhoffen.

W.Sch.

DER KUHHANDEL

Es ist noch nicht so lange her, da mußte man Verstöße gegen die Zusagen aus dem Eingliederungsvertrag zwischen der ehemaligen Gemeinde Nordenstadt und Wiesbaden noch durch einen Kuhhandel verschleiern.

Heute, im Zeitalter leerer Kassen, ist das einfacher. Es reicht zu sagen, es sei kein Geld da.

Was hat man dem Bürger nicht alles versprochen, damit er die bittere Pille Tennis- und Freizeitzentrum Birkenhöhe mit Eislauffläche und Wassersportmöglichkeiten und natürlich dem dazugehörenden motorisierten Publikumsverkehr schluckt. Für den TUS Nordenstadt hatte man schnell ein Ersatzgelände für die zugesagte Sportplatzvergrößerung parat, damit der Proteststurm vonseiten der Sportler schnell beigelegt werden konnte. Dem Bürger Nordenstadts versprach man ein Freizeitgelände im Anschluß an den erweiterten Sportplatz und daran anschließend Kleingärten auf dem Gelände der heutigen Obstanlage an der westlichen Bebauungsgrenze. Der Plan war schön! Und für Nordenstadt, ohnehin mit Grün etwas vernachlässigter Stadtteil Wiesbadens, wäre das ein grüner Topfer mit erheblichem Freizeitwert geworden. Viele Bürger meldeten sich bei der Gemeindeverwaltung als Interessenten für diese Kleingärten. Mit dem Konkurs und der folgenden Nichterweiterung des Tenniszentrums scheinen unsere (Nordenstädter) Kommunalpolitiker aber auch den anderen Teil des Kuhhandels vergessen zu haben. Wann kommt denn das Freizeitgelände mit Sportplatzvergrößerung und Kleingartenanlage?

W.Sp.



Termine... Termine... Te

21. August 1982

Picknick des SPD-Ortsvereins

28. August 1982

Großes Hessen-Treffen in Wiesbadens Fußgängerzone

28. - 30. August 1982

Nordenstädter Kerb - ausgerichtet vom TUS

07. September 1982

Sprechstunde NORDENSTADT-NACHRICHTEN 18 - 19 Uhr im Sitzungszimmer der Gemeindeverwaltung (1. Stock)

11. - 12. September 1982

Handballturnier des TUS in der Taunus-Halle

26. September 1982

Wahlen zum Hessischen Landtag

Neues im Westen!

Jahrelang war das Problem der fehlenden Einkaufsmöglichkeit im Gebiet um den Westring bekannt. Der Ortsbeirat lehnte es ab, ein kleines Baugebiet für diesen Zweck neu auszuweisen und ein anderes Grundstück konnte in diesem Baugebiet nicht gefunden werden.

Im Sommer letzten Jahres bot sich dann eine Möglichkeit und der Nordenstädter Ortsbeirat, mehr bekannt für seine Streiftreue denn für seine Entschlußkraft, griff zu. Wenn die Mühlen der städtischen Bürokratie tatsächlich weitermahlen, wird im Jahre 1983 im derzeitigen Lagergebäude der Raiffeisenbank, Heerstraße 58, nach kurzem Umbau auf ca. 400 Quadratmetern ein Verbrauchermarkt der HL-Gruppe eröffnet. Das jetzige Lagergebäude wird auf einem städtischen Grundstück in der Senefeldstraße 9 errichtet, dort ist außerdem mit einer großen Produktpalette für Klein- und Hobbygärtner zu rechnen. Das Bankgebäude der Raiffeisenbank in der Heerstraße 57 wird aufgestockt und vergrößert und um ein kleines Geschäft und eine Arztpraxis erweitert. Ein Wermutstropfen ist jedoch auch hier zu bemerken. Der Kinderspielplatz, der auf dem Gelände der Raiffeisenbank vor drei Jahren von der Jugendabteilung der Freiwilligen Feuerwehr mit viel Liebe und Mühe errichtet wurde, fällt dieser Baumaßnahme zum Opfer. Ob auch hier an anderer Stelle schnell Ersatz gefunden werden kann?

W.Sp.

SPIEL - Plätze!

In vielen Gärten in Nordenstadt haben Eltern für ihre Kinder private Spielplätze geschaffen. Hier sieht man alles, was so ein Kinderherz begehrt. Einen Nachteil hat das jedoch. Die Eltern müssen oft auch Wegbereiter sein für die Freundschaften ihrer Kinder. Auf öffentlichen Spielplätzen jedoch können die Kinder leicht selbst Kontakte knüpfen.

Uns - die FALKEN-Gruppe Nordenstadt - hat deshalb interessiert, wie es um unsere öffentlichen Spielplätze bestellt ist. An einem warmen Sommertag haben wir sie uns angeschaut.

1. An der Taunus-Halle: Hier fanden wir Sand, Schaukeln und Rutsche. Einige erinnerten sich noch an ein Kletternetz, das früher zum Toben anreizte. Heute bleibt da nur noch der sehnsüchtige Blick in die benachbarte Kindertagesstätte.

2. Am Spielplatz: Hier ist gar nur noch die Rutsche in Ordnung. Alle anderen Geräte sind vom Zahn der Zeit angenagt und morsch geworden.

3. Am Gemeindezentrum: Diesen Platz wollten die Kinder als Spielplatz nicht einmal anerkennen. Es ist wohl eher ein Warteplatz, während Mutter auf der Gemeinde Besorgungen macht.

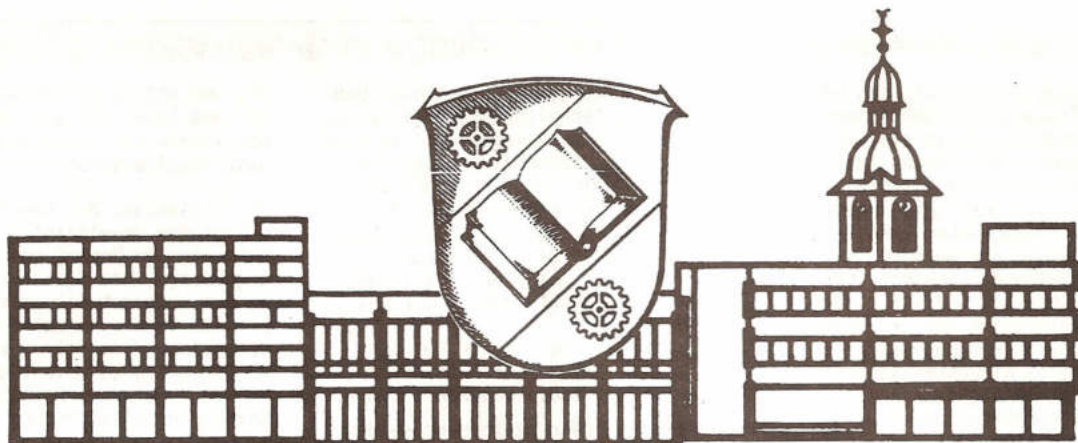
4. Am Breckenheimer Weg: Auch hier hat die Zeit einige Schäden angerichtet. Dennoch, die Kinder mögen diesen Platz, das sieht man auch an der Zahl der Spielplatzbesucher.

Eines haben unsere Nordenstädter Spielplätze allerdings gemeinsam: viel Sonne und keinen Baum, der evtl. in einigen Jahren Schatten spenden könnte. Auf die Frage, was sie - die Kinder - denn am liebsten auf ihrem "Spielplatz" hätten, kam neben Kletterturm und Karussell als Wichtigstes: Wasser. Deshalb sieht man auch in vielen Gärten Planschbecken. Nur schade, daß da ja nicht jeder daran teilhaben kann.

G.W.

Impressum:

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
 Presserechtlich verantwortlich:
 Paul Hüllenhütter, Hebelweg 7
 Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26
 Elke Spiekermann, Wacholderweg 5
 Werner Wahler, Pommernstraße 45
 Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr. 14



NORDENSTADT-NACHRICHTEN

6. Jahrgang

Die SPD Nordenstadt informiert Okt./November 1982

+++ Nachrichten +++++ Unterhaltung +++++ Meinungen +++++ Hintergründe +++

Protokoll zur Landtagswahl

Selten hatten sich Meinungsforscher so geirrt wie in den Wochen vor der zurückliegenden hessischen Landtagswahl. Noch eine Woche vor dem Gang zur Urne lag die SPD nach dem Urteil der Demoskopien bei der 30-Prozent-Marke und viele Wahlhelfer verzweifelten und die Aktivitäten erlahmten. Doch der 17. September, der Tag, an dem Bundeskanzler Schmidt die FDP-Minister aus seinem Kabinett entließ und die hinterhältigen Absprachen Genschers mit CDU-Kohl aufdeckte, wirkte wie eine Befreiung für die Sozialdemokraten - auch in Nordenstadt. Die lähmende Lustlosigkeit war gewichen und innerhalb weniger Stunden wurden mit einem ungeheuren Arbeitsaufwand zwei riesige Plakatständer mit dem Bild von Bundeskanzler Helmut Schmidt aufgestellt. Die Nordenstadter Genossen hatten wieder Lust!

Aber auch in der Bevölkerung ging ein Wandel vor. Hunderte von Nordenstädtlern trugen sich in den nächsten Tagen an Infoständen und bei anderen Aktionen in die Listen für "sofortige Neuwahlen" ein.

Der Wahlsonntag kam. Noch einmal wurde von den Verteilern der SPD die "Zeitung am Sonntag" ausgetragen. Am Mittag glaubte man noch an eine sehr hohe Wahlbeteiligung, doch mit dem Regen am Nachmittag schwamm diese Hoffnung dahin.

Um 18.01 Uhr die ersten beiden Ergebnisse aus den vier Nordenstädter Wahlbezirken. Im alten Nordenstädter Ortskern hatte die CDU nur vier Stimmen Vorsprung vor der SPD, die Grünen dreimal mehr Stimmen als die FDP. Rund um den Hessenring betrug der Vorsprung der CDU zur SPD 14 Stimmen, die FDP blieb auch hier unter fünf Prozent, die Grünen erreichten acht Prozent.

Um 18.15 Uhr kam der Nordenstädter SPD-Vorsitzende von der Wahlparty im Gemeindezentrum zu den Wahlhelfern in die Grundschule und berichtete von der ersten Trendmeldung im Fernsehen. "CDU und SPD leichte Verluste, Grüne im Landtag, FDP draußen".

Jubel bei den SPD Wahlhelfern, betroffenes Schweigen bei der FDP, ungläubiges Grinsen bei der CDU, die diese Meldung als schlechten Scherz empfand, wo sie doch seit Wochen wußten, daß sie die absolute Mehrheit erreichen werden. Doch wenig später grinste man nicht mehr, da lagen die endgültigen Zahlen von Nordenstadt vor.

Vergleich zu den Wahlen zum Landtag 82 und zum Stadtparlament 81, der letzten Wahl.

So wählte Nordenstadt

CDU	SPD	Grüne	FDP
46,5 %	41,1 %	8,2 %	4,0 %

Wahlbezirk o1
östliches Nordenstadt
(Wallauer Weg, Spessart-/Eschenstraße)

	CDU	SPD	FDP	Grüne
LW 82	47,7	42,8	2,0	7,3
KW 81	53,9	39,0	7,1	-

Wahlbezirk o2
alter Ortskern

	CDU	SPD	FDP	Grüne
LW 82	44,2	43,8	3,0	8,8
KW 81	48,5	41,8	9,7	-

Wahlbezirk o3
(Neubaugebiet Horcheimer Str./Hessenring)

	CDU	SPD	FDP	Grüne
LW 82	44,5	42,7	4,8	8,0
KW 81	43,2	44,4	12,4	-

Wahlbezirk o4
(Neubaugebiet Igstadter Str./Westring)

	CDU	SPD	FDP	Grüne
LW 82	47,1	40,0	5,2	7,2
KW 81	43,0	41,2	15,7	-

Kampfhubschrauber vor der Haustür?

Wenn man den Stand der gegenwärtigen Diskussion über die Stationierung von Hubschraubern auf dem Erbenheimer Flugplatz auf einen kurzen Nenner bringt, könnte man meinen, es gehe nur noch um Anzahl und Typ.

Das Ganze erinnert mich an eine Geschichte, die sich in einer kleinen Gemeinde - noch vor der Gebietsreform und vor der Jahrhundertwende - ereignet haben soll. Damals stellte nämlich der Bürgermeister dieser Gemeinde den Antrag auf Anschaffung eines Gemeindepferdes. Nach kurzer Erörterung kamen die Gemeindevertreter zu der Auffassung, daß diese Anschaffung nicht erforderlich sei. Die Gemeindevertreter lehnten den Antrag einstimmig ab.

Es vergingen einige Monate und der Bürgermeister dieser Gemeinde versuchte es noch einmal, denn er wollte ja unbedingt das Pferd. Aus seiner ersten Niederlage schlaue geworden, fragte er die Gemeindevertreter nun nicht mehr, ob ein Pferd angeschafft werden sollte, sondern stellte die Gemeindevertreter vor die Frage, ob für die Gemeinde ein Schimmel oder ein Rappe angeschafft werden sollte.

Es gab heftige Diskussionen um dieses Thema quer durch alle Fraktionen und Lager. Mit denkbar knappster Mehrheit entschied sich die Gemeindevertretung dann für den Schimmel. Und siehe da, der Bürgermeister hatte, was er wollte.

Nach der Verlautbarung des Pressesprechers der amerikanischen Streitkräfte in Wiesbaden soll Wiesbaden-Erbenheim der Standort für Kampfhubschrauber werden. An eine Belegung mit Transporthubschraubern sei nicht gedacht. Aber was soll's. Für Nordenstadt bedeutet das zusätzlichen Lärm, zusätzliche Belastung, Tiefflüge und Nachtübungen. Mit 35- bis 70 Tausend Flugbewegungen pro Jahr muß gerechnet werden, als ob wir durch die An- und Abflugschneise des Frankfurter Flughafens nicht ohnehin genug belastet sind.

Bereits vor zwei Jahren, als schon einmal die Hubschrauberstationierung im Gespräch war, stellte die Bundesanstalt für Flugsicherung fest, daß diese Stationierung außerordentlich schwerwiegende Auswirkungen auf die Sicherung des Betriebes des Rhein-Main-Flughafens haben werde. Hieran hat sich doch nichts geändert! ▶

► PROTOKOLL ZUR LANDTAGSWAHL

Das Briefwahlergebnis bereitete dem unerwartet guten Ergebnis der SPD leider einen leichten Dämpfer, es verschlechterte das Endergebnis der SPD um fast zwei Prozent. Verwunderlich ist dies allerdings nicht, denn etwa 85 Prozent der Briefwahlunterlagen waren bereits vor dem 17. September eingegangen. Da spiegelt sich in etwa das Ergebnis der Umfragen drei Wochen vor der Wahl wider. Viele Wähler fragten nach dem 17. September bei der Ortsverwaltung nach, ob sie ihre abgegebenen Wahlunterlagen zurückhaben könnten, da sie sich nun anders entscheiden möchten. Das Ergebnis der Briefwahlstimmen in Prozentzahlen:

CDU	SPD	FDP	Grüne
52,8	30,2	5,1	11,9

Die Briefwahlbeteiligung war außergewöhnlich hoch; jede zehnte gültige Stimme war die eines Briefwählers.

Bei Nachprüfung der Wahllisten fiel besonders auf: die Hälfte der Nichtwähler in Nordenstadt war unter 30 Jahren.

Das Ergebnis der repräsentativen Wahlstatistik Wiesbadens sagt aus, daß die Wahlbeteiligung bei der Gruppe unter 30 Jahren mit Abstand die schlechteste war. Weiter beweist die Statistik, daß die Wähler unter 35 Jahren zu zwei Drittel SPD (40%) oder Grüne (27%) wählten, die CDU hier knapp die 30-Prozentmarke überspringt.

Bei den über 60-jährigen Wählern liegt die CDU bei fast 50 Prozent, die SPD bei 45 Prozent, der Anteil der Grünen dagegen nur noch bei 1,4 Prozent.

Fazit der Landtagswahl 1982 für Nordenstadt: Die CDU hat gegenüber der Landtagswahl 74 5,4 Prozent verloren, gegenüber der Landtagswahl 78 0,5 Prozent dazugewonnen. Die SPD hat gegenüber 74 2,1 Prozent gewonnen, gegenüber 78 1,4 Prozent verloren. Die Grünen sind mit 8,2 Prozent die drittstärkste Partei Nordenstadts. Die FDP hat gegenüber der Landtagswahl 78 4,9 Prozent und gegenüber der Bundestagswahl 12,3 Prozent ihrer Wähler verloren. Deshalb gilt wohl auch in Nordenstadt: F.D.P. = Früher Dritte Partei!

W.Sp.

► KAMPFHUBSCHRAUBER vor der Haustür?

Neben diesen aus umweltpolitischen und flugsicherungstechnischen Gesichtspunkten hervorgebrachten Argumenten spielen aber auch noch sicherheitspolitische Gründe eine Rolle. Jede Konzentrierung von militärischer Kampfkraft wird das gegnerische Raketenpotential anziehen. Kann das im Sinne einer deutschen Sicherheitspolitik sein, wenn Ballungsräume zum Zielgebiet gemacht werden?

Der SPD-Landtagsabgeordnete Herbert Schneider erhielt auf eine entsprechende Anfrage im März 1981 folgende Antwort:

"Von amerikanischer Seite sind an den Bundesminister der Finanzen, der nach dem NATO-Truppenstatut der zuständige Verhandlungspartner ist, auch keine Funktionsänderungen herangetragen worden.

Die in Wiesbaden stationierte Planungsgruppe für Heeresflieger der US-Army steht nach Angaben militärischer Dienststellen der US-Streitkräfte in keinem Zusammenhang mit öffentlich geäußerten Vermutungen, Wiesbaden-Erbenheim in den nächsten Jahren wieder einer Verwendung als Flugplatz zuzuführen."

Die derzeitige Entwicklung veranlaßte Herbert Schneider zu einem Brief an den Hessischen Ministerpräsidenten, den wir auszugsweise veröffentlichen:

"Die Belastung der Bevölkerung durch schädliche Umwelteinflüsse ist heute schon an der Grenze des Erträglichen angekommen. Mit dieser Entscheidung werden auch gutwillige Bürger verprellt. Wieder einmal wird auf die Lebensinteressen der dort wohnenden Bürger wenig Rücksicht genommen, und mitten in einem Wohngebiet einer Großstadt ein militärisches Ziel errichtet.

Ich protestiere gegen die Stationierung von Kampfhubschraubern in Wiesbaden-Erbenheim und bitte Sie, alles zu unternehmen, um dies zu verhindern, und die mir 1981 gegebene Antwort in die Tat umzusetzen."

Wehren Sie sich mit uns gegen die Stationierung der Hubschrauber, ehe Fakten geschaffen sind. Schreiben Sie Ihre Meinung in Leserbriefen an die Wiesbadener Tageszeitungen. Helfen Sie uns, unsere Region zu erhalten! W.W.

WAHLEN UND NEUWAHLEN?

Ernüchternd war für manchen Politiker das Ergebnis der Hessenwahl am 26. September 1982. Allen Demoskopern zum Trotz verhinderten die Wähler, daß es zur absoluten Mehrheit für eine Partei gekommen ist. 86,3 % der Wahlberechtigten in Hessen nutzten ihr Wahlrecht und bestimmten, daß nur noch CDU, SPD und Grüne im Landtag vertreten sind.

Daß dieses Ergebnis der CDU nicht gefiel, ist nicht sehr verwunderlich. In Erwartung des großen Sieges hatte Herr Dregger doch bereits alle wichtigen Posten unter Freunden und Mitläufern aufgeteilt; das Votum der Wähler stand dem aber entgegen. Statt diesen Wählerwillen zu akzeptieren, forderten doch gleich Christliche und Freidemokratische Politiker Neuwahlen, ehe noch das endgültige Wahlergebnis feststand. So

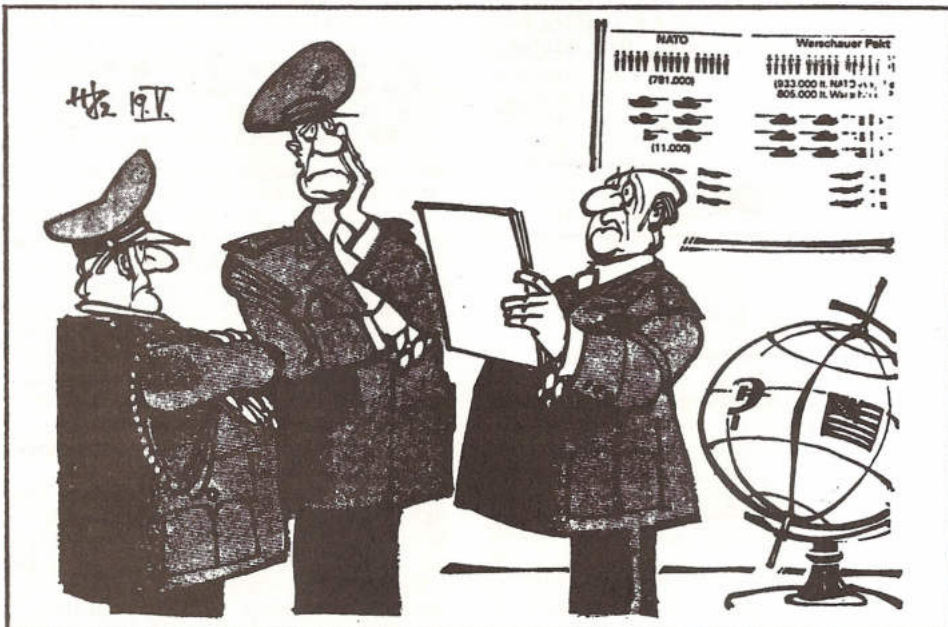
als ob eine Wahl nach der Wahl ein anderes Ergebnis gebracht hätte, so als ob CDU - mit oder ohne FDP - einen verfassungsmäßigen Anspruch auf die absolute Mehrheit besäße.

Was ist das für ein merkwürdiges Demokratieverständnis dieser Herren, die Neuwahlen fordern, obwohl der alte Landtag noch im Amt ist, obwohl der neue Landtag noch nicht einmal zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten ist? Was ist für ein Demokratieverständnis von CDU-Politikern, die beabsichtigen, dem Landshaushalt nur zuzustimmen, wenn die übrigen Abgeordneten im Anschluß daran einer Auflösung des Landtages zustimmen. Ist das Demokratie? Oder liegt hier nicht etwa der Tatbestand einer Erpressung vor?

Kandidaten, die sich für ein Abgeordnetenmandat bewerben, haben, wenn sie gewählt sind, eine Wahlentscheidung zu akzeptieren. Sie haben die Pflicht, mit allen übrigen gewählten Abgeordneten des Parlamentes zum Wohle des Volkes zu wirken. Wer hierzu nicht bereit ist, kann nur eine Konsequenz ziehen: er muß zurücktreten und damit seinem Nachfolger Platz machen.

Neuwahlen für den Hessischen Landtag grundsätzlich auszuschließen, hieße jedoch, den Kopf in den Sand zu stecken. Die Verfassung und das Grundgesetz sehen diese Möglichkeit sehr wohl vor - aus gutem Grund. Jedoch Neuwahlen herbeizureden, weil einem die Zusammensetzung des Landtages nicht paßt, ist gefährlich für den Fortbestand unserer Demokratie. Die neugewählten Abgeordneten müssen zunächst alle die Chance haben, mit dem Wählerwillen fertig zu werden; sie müssen dabei auch mit veränderten Konstellationen umzugehen lernen. Erst wenn dieser Versuch nicht gelingt (und damit die Abgeordneten vielleicht auch ihre Unfähigkeit beweisen), kann man über Neuwahlen zum Hessischen Landtag sprechen.

WW



„Die Gegenseite geht auf unseren Abrüstungsvorschlag ein, was haben wir falsch gemacht?..“

Die Umweltgruppe der Evangelischen Kirchengemeinde Nordenstadt

Verschmutzte Atemluft, sterbende Gewässer, Rote Listen gefährdeter und vernichteter Arten, belastete Nahrungsmittel, eingeengte Lebensräume, wachsende Weltbevölkerung, ausufernde Rüstung, bedrohter Frieden: jeder von uns ist gefordert. Aber: was kann er tun? Sich in großen Organisationen engagieren, die doch oft nur scheinheilig und allzu durchsichtig vom Trend profitieren wollen? Steine werfen, Sprengsätze zünden? Fliehen, auswandern, sich ins Schneckenhaus verkriechen?

Unsere Antwort auf diese Frage ist die Umweltgruppe; es gibt uns seit dem Frühjahr 1981, initiiert von Axel Junghans und mir. Dabei war es weniger unsere Absicht, ein bestimmtes Programm durchzuführen, sondern wir wollten nur den Startschuß geben und die entstehende Gruppe ihre Konzeption und Identität selbst entwickeln lassen.

Genau das aber war gar nicht so einfach: die Gruppe war stark unterschiedlich besetzt hinsichtlich der politischen Einstellungen und hinsichtlich der fachbezogenen (technologischen und ökologischen) Kenntnisstände. Die ersten Gesprächsabende brachten lange, hitzige und letztlich fruchtlose Diskussionen "um's Prinzip", Frust bei allen war die Folge. Schließlich einigte sich die Gruppe auf einen Minimalkonsens als Basis der weiteren Zusammenarbeit:

GRUPPENKONSENS

Die Umweltgruppe ist ein Zusammenschluß besorgter und engagierter Bürger mit dem Ziel, einer schleichenden oder galoppierenden Zerstörung natürlicher Lebensräume entgegenzutreten. Als wesentliche Verursacher dieses Raubbaues an der Umwelt verurteilt sie Konsum- und Wachstumszwänge in den Industriegesellschaften, denen jeder einzelne Bürger permanent ausgesetzt ist.

Die Umweltgruppe versucht, die gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen (Rohstoffverknappung, Bevölkerungsexplosion, Nahrungsmittelengpässe, Luft- und Wasservergiftung, Vernichtung naturbelassener Regionen) in das Bewußtsein der Mitbürger zu heben, sie nimmt die Erarbeitung und Diskussion glaubhafter und praktikabler Antworten in Angriff.

Die Umweltgruppe brandmarkt den Rüstungswettlauf, der den Frieden zu sichern nicht imstande ist, welcher aber in ungeheurem Ausmaß Ressourcen verschwendet und gewaltige Gelder verschlingt, die zur Linderung der Not in Entwicklungsländern und zur Meisterung der zukünftigen Probleme dringend gebraucht werden.

Die Umweltgruppe pflegt Verbindungen zu anderen Organisationen mit ähnlicher Aufgabenstellung, insbesondere zu kirchlichen Gruppen. Sie beteiligt sich an gemeinsamen Aktionen in der Absicht,

die Sorge um das Wohlergehen zukünftiger Generationen politisch mehrheitsfähig zu machen.

Manch eines dieser Statements würde heute wohl schon etwas bescheidener ausfallen, manches Ziel etwas weniger hoch; wesentlich ist jedoch, daß die formulierten Grundsätze unverändert bestehen und daß die Arbeit in der Gruppe sich von da an zu lohnen begann und Spaß machte.

Nun zu den Aktivitäten der Gruppe: Rückgrat der thematischen Arbeit war die Einsicht, daß vor der Diskussion die Information steht. Wir organisierten eine Vortrags- und Referatereihe mit anschließender Diskussion zu umwelt- und friedensrelevanten Problemkreisen:

Trinkwasseraufbereitung und -versorgung; Abwasserentsorgung; Kläranlagen; Situation bei den nichtenergetischen und energetischen Rohstoffen; Meadows - Grenzen des Wachstums; Global 2000; Grundlagen der Kernphysik; Gesundheitsgefährdung durch Nukleartechnologie; Ethische Grundlage des Umweltschutzes; Abfallentsorgung; Eppler - Wege aus der Gefahr; Rüstung und atomares Gleichgewicht; Bevölkerungswachstum und Welternährungsprobleme; Entwicklungshilfe; Pestizide in Muttermilch.

Auf der Aktionsebene hat sich die Umweltgruppe bemüht, im Rahmen zweier Gemeindeabende und eines Umweltgottesdienstes eine größere Zahl von Gemeindegliedern anzusprechen.

Eine im Frühjahr 1982 durchgeführte Erhebungsaktion "Umweltschutz in Nordenstadter Betrieben", die mit viel Sorgfalt vorbereitet worden war, brachte

das ernüchternde Ergebnis, daß die meisten angeschriebenen Betriebe entweder überhaupt nicht oder unter Anführung fadenscheiniger Gründe ausweichend antworteten (worin ja in gewissem Sinne eine interpretationsfähige Antwort gesehen werden kann). Immerhin wirbelte die Aktion soviel Staub auf, daß sogar die Verwaltungsgremien unserer Kommune sich bemüßigt fühlten, eine öffentliche Sitzung des Ortsbeirates abzuhalten; zu der Sitzung waren die betroffenen Firmen ebenso eingeladen worden wie die Umweltgruppe. Wie zu erwarten, kamen greifbare Ergebnisse in dieser Sitzung nicht zustande; die Umweltgruppe nutzte jedoch die Gelegenheit, ihre Vorstellungen verbindlich im Ton und klar in der Sache vorzutragen.

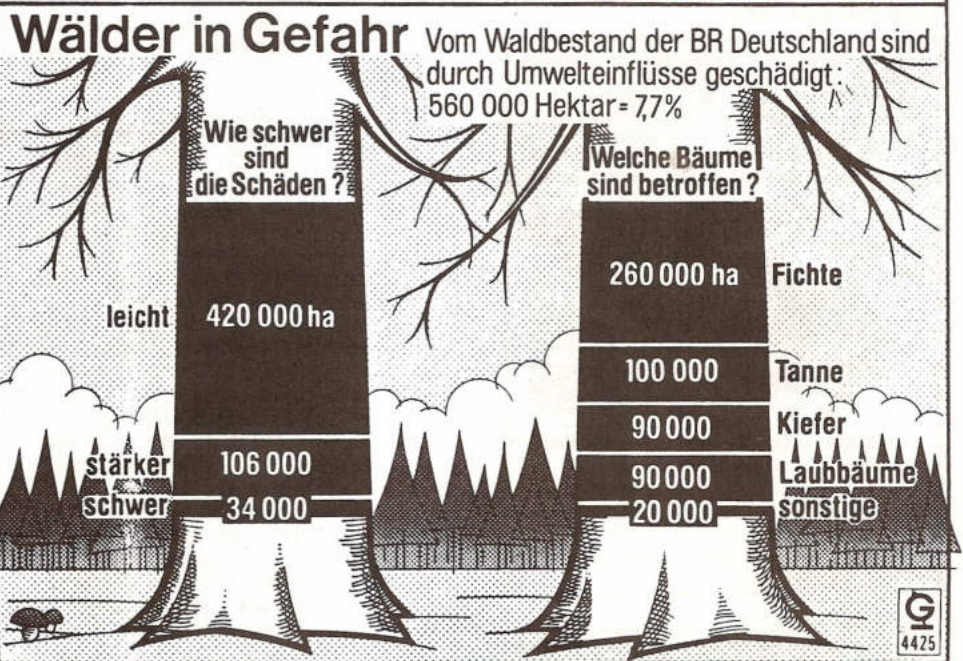
Für diesen Herbst plant die Umweltgruppe eine Erhebungsaktion zum Thema "Umweltrelevantes Verhalten im Privathaushalt"; es sollen 50 Nordenstadter Haushalte befragt werden zu Wasser-, Strom-, Gas- und Heizölverbrauch, zum Einsatz des PKW, zum Anfall von Müll und so weiter.

Die Umweltgruppe hat es insgesamt verstanden, trotz sehr unterschiedlicher Ausgangspositionen der einzelnen Gruppenmitglieder einen gemeinsamen Nenner zu finden und ein offenes Gespräch unter Hintanstellung von Dogmen und Ideologien zu ermöglichen.

Wer an einer Mitarbeit interessiert ist, wendet sich an A. Junghans, Turmstraße 23, Tel. 2225, oder an mich, den Verfasser dieses Artikels.

Dr. med. Holger Meireis
Rieslingstraße 21
Breckenheim / Tel. 14293
- Kinderarzt -

Viel wird in letzter Zeit über den sauren Regen gesprochen. Er entsteht so: Schwefeldioxid, das vor allem bei der Verbrennung von Kohle und Öl entsteht, aber auch Stickoxid, das zu einem guten Teil aus Verbrennungsmotoren stammt, verbinden sich in der Luft mit Sauerstoff und Wasser zu Schwefel- und Salpetersäure. Der Regen wird zum sauren Regen. Seine Wirkung auf Pflanzen und Bodenorganismen ist noch nicht in allen Einzelheiten erforscht, aber im Wald von Jahr zu Jahr deutlicher sichtbar. Die Forstwirtschaft klagt über braune Blätter, fallende Nadeln, kahle Äste, sterbende Bäume. Nach einer Erhebung des Bundesernährungsministeriums sind bereits 560.000 Hektar Wald geschädigt, das sind 7,7 Prozent des Waldbestands der Bundesrepublik. Nordrhein-Westfalen meldet 8,4 und Baden-Württemberg sogar 10 Prozent. Auf 420.000 Hektar Wald werden erste Schädigungen sichtbar, 106.000 sind erheblich und 34.000 Hektar schwer geschädigt.



IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Ortsverein Nordenstadt
Pressereditlich verantwortlich:
Paul Hüllenhütter, Hebbelweg 7

Redaktion: Katrin Kiehne, Goethering 26,
ETK-Spätkeimann, Wacholderstraße 5
Werner Wähler, Pommernstraße 45

Layout: Sigurd Schneider, Pommernstr.14

HILFE ... wir suchen wir suchen wir suchen wir suchen wir suchen
 Wir FALKEN-KINDER suchen einen PLATZ, wo wir SPIELEN und BASTELN können.
 Wir würden auch selbst renovieren und sonstige Arbeiten ausführen. Wir sind
 auch an einem Platz für eine Hütte, an einer alten ausrangierten, nicht mehr
 benutzten Scheune, u.ä. interessiert. Für jeden HINWEIS sind wir sehr dankbar.
 Bitte rufen Sie uns an! Tel. 4790. Klaus Kühnau nimmt gern Ihre HILFE für uns
 FALKEN-KINDER an!!



(ganz natürliche)
**Die Tragetasche
 gibt's umsonst.
 Vom Vorwärts.**

Viele wissen es schon. Am **Vorwärts** hat sich eine Menge geändert. Wir haben die Erfahrungen unserer Leser berücksichtigt. Zur gründlichen Hintergrund-Berichterstattung kommt mehr Aktuelles. Und noch mehr von dem, was nur im **Vorwärts** zu lesen ist. Denn der **Vorwärts** ist ein Stück Gegenöffentlichkeit. So beim Thema Nord-Süd. Oder der Friedenspolitik. Bei Fragen von Umwelt und Energie. Beim Eintreten für mehr Mitbestimmung und Demokratie. Der **Vorwärts** hat Profil. An ihm reiben sich viele. Es lohnt sich, ihn zu lesen. Probieren Sie mal. Dafür kriegen Sie auch was geschenkt.

Schicken Sie mir drei Wochen lang den **Vorwärts**. Kostenlos. Unverbindlich. Wenn Sie danach (innerhalb von 10 Tagen) nichts von mir hören oder lesen, bekomme ich den **Vorwärts** weiter. Woche für Woche. Für mindestens ein Jahr. Das kostet im Monat 8,50 Mark (für Studenten und Schüler 5,95 Mark). Gleichzeitig bekomme ich das angekreuzte Geschenk:

Reprint des Vorwärts.
 Vom 7. August 1932.
 8 Seiten.

Der Zauberwürfel
 in der Mini-
 Fassung.



Die Tasche Den Zauberwürfel Das Reprint
 Und das kann ich auf jeden Fall behalten.

Name _____
 Anschrift _____

 Unterschrift _____

An den Vorwärts, Postfach 2009 10, 5300 Bonn 2

Wußten Sie schon...

In der September Ausgabe von "Nordenstadt CDU aktuell" (die Veröffentlichung ist undatiert, aus dem Inhalt ist aber zu schließen, daß sie vom September 1982 stammt) stellt der Autor H.Sch. (= Heinz Schrodt) die Frage: "Was haben eigentlich der 'Neue' SPD-Vorstand und die SPD-Ortsbeiratsfraktion gegen den Tennisverein Nordenstadt?" Zum Beweis für die Behauptung, die in der rhetorischen Frage steckt, zitiert Schrodt den letzten Satz einer Meldung aus dem "Erbenheimer Anzeiger" vom 26.03.1982. Da kaum anzunehmen ist, daß allzu viele unserer Leser diese EA-Nummer noch zur Hand haben, sie hier die gesamte Meldung zitiert:

"SPD gegen städtische Gebühren für Vereine. Vorstand und Ortsbeiratsfraktion der SPD Nordenstadt sprachen sich diese Woche einstimmig gegen die Einführung von Nutzungsgebühren für Turnhallen, Sportplätze und andere städtische Einrichtungen, die von Vereinen genutzt werden, aus. In diesem Zusammenhang verweist die SPD auf den Eingliederungsvertrag, der für alle Nordenstadter Vereine die kostenlose Nutzung von Sporteinrichtungen, Gemeindesaal und Sitzungszimmer zusichert. Man würdigte die für die Allgemeinheit wichtige Arbeit der Vereine, besonders die wertvolle Jugendarbeit. Die CDU Wiesbaden hält weiter an dem Plan fest, eine Nutzungsgebühr von 0,12 Mark pro Quadratmeter und Stunde zu erheben. Die Benutzung der Taunushalle würde dann fast 150 DM pro Stunde kosten. Der TUS Nordenstadt als größter Nutzer müßte monatlich hierfür allein einige tausend Mark aufbringen, was entweder zum Ruin des Vereins führen würde, oder zu beachtlichen Beitragssteigerungen, der eine Austrittswelle folgen würde. Die SPD kritisierte auf der anderen Seite auch die Situation im Zusammenhang mit dem Tennisverein Nordenstadt, in dem auch nicht-Wiesbadener Mitglied sind, und der einen Pachtvertrag zum Nulltarif bekommen hätte und zehntausende von Mark an Fördermitteln erhielt."

Heinz Schrodt zitiert nur den letzten Satz, auch noch ungenau: so werden aus den "Nicht-Wiesbadenern" bei ihm "Nicht-Nordenstädter", aber das wollen wir ja gar nicht so eng sehen! Daß Schrodt die saloppe Rede vom Nulltarif korrigiert - der Tennisclub zahlt 500 DM Pacht jährlich, festgeschrieben auf die Dauer von 25 Jahren - ist um der Genauigkeit willen verdienstvoll.

Ärgerlich ist die politische Unfairneß. Sie liegt im Verschweigen dessen, worum es der SPD in Nordenstadt geht. Wenn Vereine wie der TUS entgegen dem Eingliederungsvertrag, an dessen Verbindlichkeit sie glaubten, nun möglicherweise vor Belastungen stehen, die ruinöse Folgen hätten, dann sind sie schlechter gestellt als der Tennisclub. Das ist nicht die Schuld des Tennisclubs. Das ist vielmehr die Konsequenz kommunalpolitischer Entscheidungen, die der Stadtverordnete Schrodt mit zu verantworten hat.

Wir haben nichts gegen den Tennisclub; wir finden das Engagement seiner Mitglieder bewundernswert. Aber wir finden es unehrlich, wenn der Stadtverordnete Schrodt kein Wort darüber verliert, was er denn getan hat, um Nachteile vom TUS und anderen Vereinen abzuwenden. Von einem Stadtverordneten aus Nordenstadt ist zu erwarten, zu fordern, daß er die Loyalität gegenüber den Bestimmungen des Eingliederungsvertrages über die Fraktionsdisziplin stellt. Anstatt der SPD Böses zu unterstellen, sollte Heinz Schrodt sagen, was er denn Gutes getan hat.

S.B.

r e g i o n a l

Zentral erfaßt wird der Mensch zur Randerscheinung

Günther Schäfer, mit "th", hat seit dreißig Jahren dieselbe Adresse. Günther Schäfer ist ein ordentlicher Bürger, der auch bei der diesjährigen Landtagswahl seine Stimme abgeben wollte. Aber sein Name stand nicht in der Wählerliste. Denn vor einigen Monaten ist Günter Schäfer, ohne "h", gestorben. Gestrichen wurde versehentlich Günther mit th. Nicht einfach so auf einer Liste nur, sondern im EDV-geführten Register der Wiesbadener Einwohner. Als dann die zum Glück immer noch durch einen lebendigen Menschen dem Toten zugestellte Wahlbenachrichtigung als unzustellbar zurückkam, da wurde nun auch der wirklich Verstorbene gestrichen, doch der auf Lebendigmachen nicht programmierte Computer ließ auch den vermeintlich Toten, den mit "th", im elektronisch kalten Grab.

Ein Versehen, etwas makaber, aber eben menschlich; machen wir doch alle Fehler, und manche sind peinlich ... Man könnte es dabei belassen, wenn nicht zwei Dinge dagegen sprächen. Einmal war es reichlich schwer, den offenkundigen Fehler am Wahltag noch zu korrigieren. Wenn etwas zentral über EDV erfaßt ist - da kann man doch nicht einfach Änderungen vornehmen! Das desavouiert das System, riecht nach Manipulation. Nur weil der Wahlvorsteher sich über die Vorschriften hinwegsetzte, konnte der offenkundig lebendige Günther Schäfer doch noch wählen. Zum zweiten häufen sich solche Fehler mit der zunehmenden Zentralisierung der Einwohnererfassung in Wiesbaden.

Es wäre des Nachdenkens wert, ob diese Zentralisierung mit ihren möglichen Vorteilen aufwiegt, was der einzelne, der das Opfer von Fehlern wird, an Kränkung erfährt. Einer Kränkung, die mehr ist als Sentiment oder Ressentiment, sondern die sehr konkrete Erfahrung, im Zuge von Zentralisierung zur Randerscheinung zu werden. Die allseits geforderte Bürger-nähe gerät zur Farce, wenn sie in den Verwaltungssystemen keinen Niederschlag findet. Eine Wiesbadener Wende ist am Platze!

S.B.

.. Die Namen sind geändert.

Der nächste Winter kommt bestimmt

Nicht mehr lange wird es dauern, bis der Winter seinen Einzug hält. Mit all den liebsamen und unliebsamen Begleiterscheinungen. Zu den unliebsamen gehört sicher auch das notwendige Schneeräumen und Streuen der Gehwege.

Die Nordenstädter Hausbesitzer stehen dann wieder vor der Entscheidung, dieses Jahr noch einmal Salz zu nehmen oder ?? Oder wollen wir nicht alle einmal Umweltschutz auch praktizieren! Um Ihnen den Schritt in die richtige, vernünftige Richtung zu erleichtern, hier ein kleiner Hinweis:

Bei den öffentlichen Spielplätzen muß in jedem Frühjahr der Spielsand ausgewechselt werden. Die städtischen Ämter haben mit Sicherheit nichts dagegen, wenn wir uns dieses "alten" Sandes bedienen - zum Streuen der Gehwege, statt Salz!

WW

«Westumgehung»? — Eine notwendige Klarstellung.

Ob denn die SPD immer noch für den Bau einer Umgehungsstraße im Westen Nordenstadts - sozusagen durch die Obstanlage - sei, so bin ich mehrmals in den letzten Monaten gefragt worden. Angesichts der komplizierten Diskussion um die Verkehrsführung in Nordenstadt ist es wohl angebracht, einiges klarzustellen.

1. Die SPD hat sich immer gegen eine Anbindung des Weststrings an die Landstraße von Breckenheim/Medenbach nach Nordenstadt ausgesprochen. Der Westring soll nicht die Funktion einer Umgehungsstraße erhalten. Diese Meinung wird, soweit man das überblicken kann, auch von CDU und FDP geteilt.

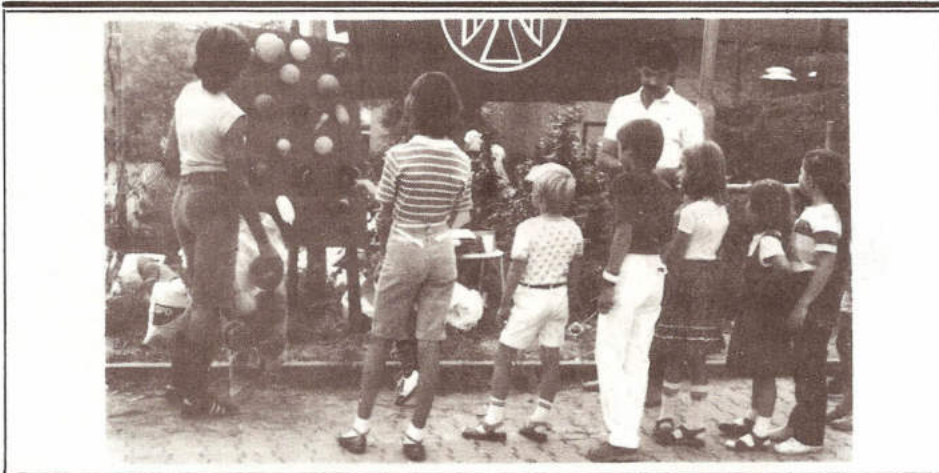
2. Ebenso hat sich die SPD gegen eine Umgehungsstraße westlich des bebauten Gebietes von Nordenstadt ausgesprochen. Allerdings haben zwei der drei SPD-Mitglieder im alten Ortsbeirat noch vor der Kommunalwahl 1981 entgegen dem Parteivotum mit der CDU für diese Westumgehung gestimmt. Die neue Ortsbeiratsfraktion der SPD wird sich an die Beschlüsse der Partei halten - wie sie auch im Wahlkampf gegenüber der Bevölkerung vertreten worden sind.

3. Eine Entlastung des Gebietes Oberpfortstraße, Wallauer Weg, Hunsrückstraße ist unserer Auffassung nach sinnvoll nur zu erreichen über eine Anbindung des Ostrings an die Straße von Breckenheim nach Nordenstadt.

4. Die Funktion des Weststrings ist die einer "Haupterschließungsstraße". Dies bedeutet: der Westring muß an die Straßen von Nordenstadt nach Erbenheim und von Nordenstadt nach Igstadt angeschlossen werden, wobei der Anschluß an die Straße nach Erbenheim vordringlich ist, weil er eine Entlastung für das Gebiet um den Hessenring gewährleistet. Wir haben dies im Kommunalwahlprogramm 1981 vertreten und entsprechende Beschlüsse im Ortsbeirat herbeigeführt.

Wir meinen, mit diesen Vorschlägen ein Konzept zu vertreten, das eine relativ gleichmäßige Verteilung der Verkehrsbelastung herbeiführen würde. Aber alle Vorschläge kosten Geld, wenn sie nicht nur auf dem Papier stehenbleiben sollen. Und weil das Geld knapp ist, wird auch die dringlichste Maßnahme wohl noch geraume Zeit auf sich warten lassen.

S.Brill



SPAß - SPIEL und SPORTLICHER WETTKAMPF

Das Sommerfest am 5. September machte seinem Namen alle Ehre. Bei strahlendem Sonnenschein hatten an die 300 Besucher des alljährlich vom Ortsverein der Nordenstadter SPD ausgerichteten Treffens für Kinder und ihre Eltern einige Stunden Spaß, Spiel und sportlichen Wettkampf zum Nulltarif.

Ob bei den Kleinsten beim Ballwerfen oder bei den größeren beim Kettcar Wettfahren - überall war Mitmachen erst nach geduldigem Anstehen möglich. Das Gedränge war entsprechend. Aber es kam jeder an die Reihe und konnte zeigen, was er konnte.

Kuchentheke und Getränkebar wurden den Wünschen von Groß und Klein gerecht, brachten neue Kräfte. Beim Nagelbalken, Dosenwerfen und Pfeilwurf wurde Treffsicherheit gefragt. Sie wirkte als Herausforderung, so daß ein reges Gerangel entstand. Aber wer vordrängen wollte, wurde (friedlich) an das Ende der Schlange verwiesen. Stolz gingen die Erfolgreichen mit Kleingewinnen zum nächsten Stand, die anderen versuchten es eben noch einmal.

Erfreulich zu beobachten, daß Mitmachen mehr bedeutete als große Gewinne davonzutragen. Es machte halt allen Spaß!

N.J.

AUSLÄNDERPOLITIK - POLITIK FÜR AUSLÄNDER?

In der Bundesrepublik leben rund 4,6 Millionen ausländische Mitbürger. Sie kamen zu uns, weil sie durch und für die deutsche Wirtschaft angeworben wurden. Mit ihrer Leistung halfen die ausländischen Arbeitnehmer, das deutsche "Wirtschaftswunder" auf- und auszubauen. Grundlage für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte waren Verträge der Bundesregierung mit einigen Ländern des Mittelmeerraumes, die in den Jahren von 1955 bis 1968 abgeschlossen wurden. Die Bundesregierung sicherte in diesen Verträgen den ausländischen Arbeitnehmern gleiche Rechte wie den deutschen Arbeitnehmern zu, verlangte jedoch auch die gleichen Pflichten, wie z.B. Abgaben an die Sozialversicherung. Auch heute noch stabilisieren die ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Beiträgen die Sozialversicherung; ihre Steuerabgaben sind feste Posten auf der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte.

Fallen gelassen, aber nicht augenfällig

Noch ein Wort zur Verkehrsanbindung und zum innerörtlichen Verkehr. Denn auch darüber werden in der zwischenzeitlich bereits oft zitierten "Versorgungs- und Zentralitätsuntersuchung der östlichen Vororte" ein paar Bemerkungen fallengelassen.

Es ist sicherlich richtig, daß die Wege von Nordenstadt aus in alle Welt führen. Es ist sicherlich auch wichtig, daß wir mit unserem Autobahnanschluß rasch in Richtung Wiesbaden, Frankfurt oder über das nahegelegene Wiesbadener Kreuz nach Köln, Würzburg, Basel oder zum Flughafen Frankfurt und von da aus nach New York, Nairobi oder auf die Bahamas kommen! Sicherlich - und jetzt mal ernst - sind diese schnellen Wege in die umliegenden Zentren auch Garantie für ein weiteres Anwachsen Nordenstadts, lösen für so manch neu Hinzugezogenen das Standortproblem Rhein-Main. Der in Fernweh verklärte Blick in die Unendlichkeit sollte uns aber nicht die Augen verschließen.

Gewiß wird dem Bedarf von außerhalb, der sich hauptsächlich in den südlichen Regionen um die Großversorgungsanlage des Einkaufsmarktes abspielt, durch die veränderte Verkehrsführung an der Massa-Kreuzung eher gerecht. Es wirken sich die Verkehrsberuhigungen im südlichen und westlichen Hessenring angenehm verlangsamt auf die Verkehrsflüsse aus. Trotzdem sind die Schulwege noch nicht überall gesichert. So wünscht sich der Schülereaternbeirat einen sicheren Übergang am Wallauer Weg/Ecke Hunsrückstraße! Von der Horchheimer Straße kommen immer wieder Klagen (siehe entsprechenden Artikel in dieser Ausgabe). Der nördliche Hessenring ist nach wie vor zu schnell und die Gefahrenquellen für die Kinder der Kindertagesstätte und der Schule, deren Hin- und Nachhausewege diesen Teil des Hessenrings kreuzen, immer noch nicht sicher genug.

Unsere inneren Probleme sind noch vorhanden. Alles weist auf die Notwendigkeit, den Westring endlich an die Kreisstraße anzubinden, hin. Eine dringliche Angelegenheit! Und für den neutralen Beobachter augenfällig, wie ich meine. Oder doch nicht (!) ?

HPSCH

Sicher ist, daß unsere Rentenversicherung ins Wanken geriete, daß die Krankenversicherung die Beiträge erhöhen mußte, wenn morgen die ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimat zurückkehrten. Sicher ist aber auch, daß viele Unternehmen trotz hoher Arbeitslosigkeit ihre Produktion oder Dienstleistung einschränken bzw. sogar ganz einstellen müßten, wenn die Ausländer die Bundesrepublik verließen. Wir erleben gerade in der Schweiz, daß Unternehmen ins Ausland abwandern, weil durch Volksabstimmung der Gesetzgeber gezwungen wurde, einen verschärften Anwerbestop für Gastarbeiter zu erlassen.

Vernünftige Ausländerpolitik muß die Integration der hier lebenden Ausländer in den Vordergrund stellen. Dabei ist die Begrenzung eines weiteren Ausländerzuzuges sicher auch notwendig und liegt nicht nur in unserem, sondern auch im Interesse der bei uns Lebenden Ausländer und vor allem ihrer Kinder.

P.H.



Verkehrsfragen, das größte Problem in Nordenstadt?

Auch in den Sprechstunden der NORDENSTADT NACHRICHTEN werden wir immer wieder zu diesem Punkt angesprochen. Jüngst auch von Anwohnern der neuen Eigenheime an der Horchheimerstraße. Sie haben stark unter dem regen Verkehr zu leiden, der von der Autobahn kommend ins westliche Wohngebiet fließt und natürlich auch umgekehrt. Der Vorschlag einiger Bewohner dieser Häuser: die Horchheimerstraße in Richtung Hessenring zur Einbahnstraße zu machen. Das hätte für sie den Vorteil - so ihre Meinung -, daß der Verkehr durch diese Maßnahme halbiert wäre und gleichzeitig ihre gefährliche Ausfahrt in die Horchheimerstraße entschärft wäre.

Diskussionen im Arbeitskreis Kommunalpolitik der SPD Nordenstadt zu diesem Thema haben erkennen lassen, daß dieser Vorschlag aus mehreren Gründen nicht zu realisieren ist. Zunächst gibt es große Schwierigkeiten wegen der hier verlaufenden Buslinie, die in jedem Fall in beide Richtungen fahren müßte. Zweitens, ein Einbahnsystem in Nordenstadt generell abgelehnt werden sollte, weil die Gefahr der Schnellfahrer (der sog. "Raser") sich durch Einbahnen nur erhöhen würde.

Nun sollten aber die Bedenken der Anwohner an der Horchheimerstraße (wie von vielen anderen auch) nicht so einfach vom Tisch gewischt werden, sondern ihre sehr berechtigten Beschwerden über den starken Verkehr an dieser Straße sollten ernst genommen und die Möglichkeiten der Abhilfe forcierter betrieben werden.

Einziges geeignetes und wirksames Mittel dazu ist nach der Meinung der SPD in Nordenstadt der Ausbau und Anschluß des Westrings an die Kreisstraße nach Erbenheim.

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr hatte der Ortsbeirat bereits einstimmig den Beschluß gefaßt, diesen Ausbau des Westrings zu fordern. Was ist daraus nun eigentlich geworden? Wieso hat sich in dem vergangenen Jahr in dieser Richtung noch gar nichts getan? Wie lange wollen wir den täglich zunehmenden Verkehr in Nordenstadt (täglich kann man den Bezug weiterer Neubauten beobachten) noch so unzureichend gelenkt lassen? Viele Fragen, die endlich einer befriedigenden Antwort bedürfen! KK

Kunsth Handwerk als Hobby

Die süßen und eindrucksvollen Kindergesichter ihrer Puppen sind schwer zu reproduzieren, trotzdem riskieren wir das Foto einer der ersten Püppchen von Martina Hippmann.



Frau Hippmann ist vielseitig begabt; sie macht Keramikarbeiten, da vor allem Tiere - niedlich kleine für Setzkästen oder originalgroße. Ihre Salzteigarbeiten sind mehr als nur dekorativer Wandschmuck. Ihre besondere Begabung und ihr künstlerisches Können zeigen aber ihre Stoffpuppen. Der Gesichtsausdruck, oft nur durch wenige Stiche aufgestickt, gibt jedem Puppenkind ein individuelles Gesicht und verrät Martina Hippmanns Ideenreichtum.

Was erst als Hobby anfang, zeigt sie inzwischen auf vielen Ausstellungen mit bemerkenswertem Erfolg. Frau Hippmann erteilt mittlerweile Kurse beim Volksbildungswerk. Besonders erfreulich für ihre Mitbürger in Nordenstadt: Frau Hippmann organisiert auch in diesem Jahr wieder den Hobby- und Künstlermarkt in Nordenstadt.

VORSITZENDE AUS NORDENSTADT

Der Städtelternbeirat aller städtischen Kindertagesstätten hat im Oktober seinen Vorstand neu gewählt. Zur Vorsitzenden wurde Frau Anemone Lux aus Nordenstadt gewählt. Wir wünschen ihr für das neue Amt viel Glück und Erfolg!

Termine... Termine... Ter

- 30. - 31. Oktober 1982
Landesjugendschau KZV in der Taunushalle
- 02. November 1982
Sprechstunde der NORDENSTADT NACHRICHTEN im Sitzungszimmer (1. Stock) des Gemeindezentrums von 18-19 Uhr
- 11. November 1982
Martinszug CBVN
- 17. November 1982
Eröffnung der Campagne 1982/83 -CBVN in der Gutenbergstube
- 26. November 1982
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum
- 04. Dezember 1982
Altennachmittag der SPD im Gemeindezentrum
- 11. Dezember 1982
Weihnachtsfeier TUS in der Taunushalle
- 14. Dezember 1982
Weihnachtsfeier Landfrauen im Gemeindezentrum
- 17. Dezember 1982
Preisskat der Freiwilligen Feuerwehr im Gemeindezentrum
- 18. Dezember 1982
Weihnachtsfeier Freiwillige Feuerwehr im Gemeindezentrum
- 25. Dezember 1982
Weihnachtsball MGW in der Taunushalle

Kindertraum aus dem letzten Winter

"Ich habe geträumt, die Nordenstädter Feuerwehr wäre bei der klirrenden Kälte mit dem Löschwagen auf den Bolzplatz gefahren und hätte den Platz mit Löschwasser in eine große Eisfläche verwandelt.

Von nun an begann ein buntes Treiben. Bis in den Abend hinein sah man fröhliche, lachende Kinder. Zwischendurch trauten sich auch ein paar Erwachsene auf's Eis. Man versuchte, es den großen Stars nachzumachen. Diejenigen, die keine Schlittschuhe besaßen, rutschten so herum oder liehen sich die Schuhe von jenen, die mal Pause machten. Das war vielleicht ein Spaß!"

Ob dieser Kindertraum dieses Jahr wieder nur geträumt wird, oder ob er vielleicht mal Wirklichkeit werden kann?
MM

POSITIV....

ist anzumerken, daß die Gemeinschaftsanlagen an der Heerstraße (neben der Taunushalle) in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung bzw. dem Grünflächenamt von den Anwohnern verschönert werden. Wir haben seinerzeit in den NORDENSTADT NACHRICHTEN über das häßliche Unkraut gemeckert, nun wollen wir uns auch einmal bedanken! Sicher ein gutes und nachahmenswertes Beispiel unter dem Motto des "schöneren Nordenstadts"!

Die Redaktion

* Auch in diesem Jahr findet wieder der NORDENSTÄDTER HOBBY- UND KÜNSTLERMARKT statt. Der Termin ist: SONNTAG, 14. November 1982, von 10.00 bis 19.00 Uhr im Gemeindezentrum. *
* Dargeboten werden Keramik, Salzteig-Figuren, Stoffpuppen, Aquaralle, Bauernmalerei, Batik und noch vieles mehr. Alle interessierten Aussteller, die ihre Kunstartikel zur Ausstellung und zum Verkauf anbieten möchten, können sich bei Martina Hippmann (Tel. 06122-6993) melden. *